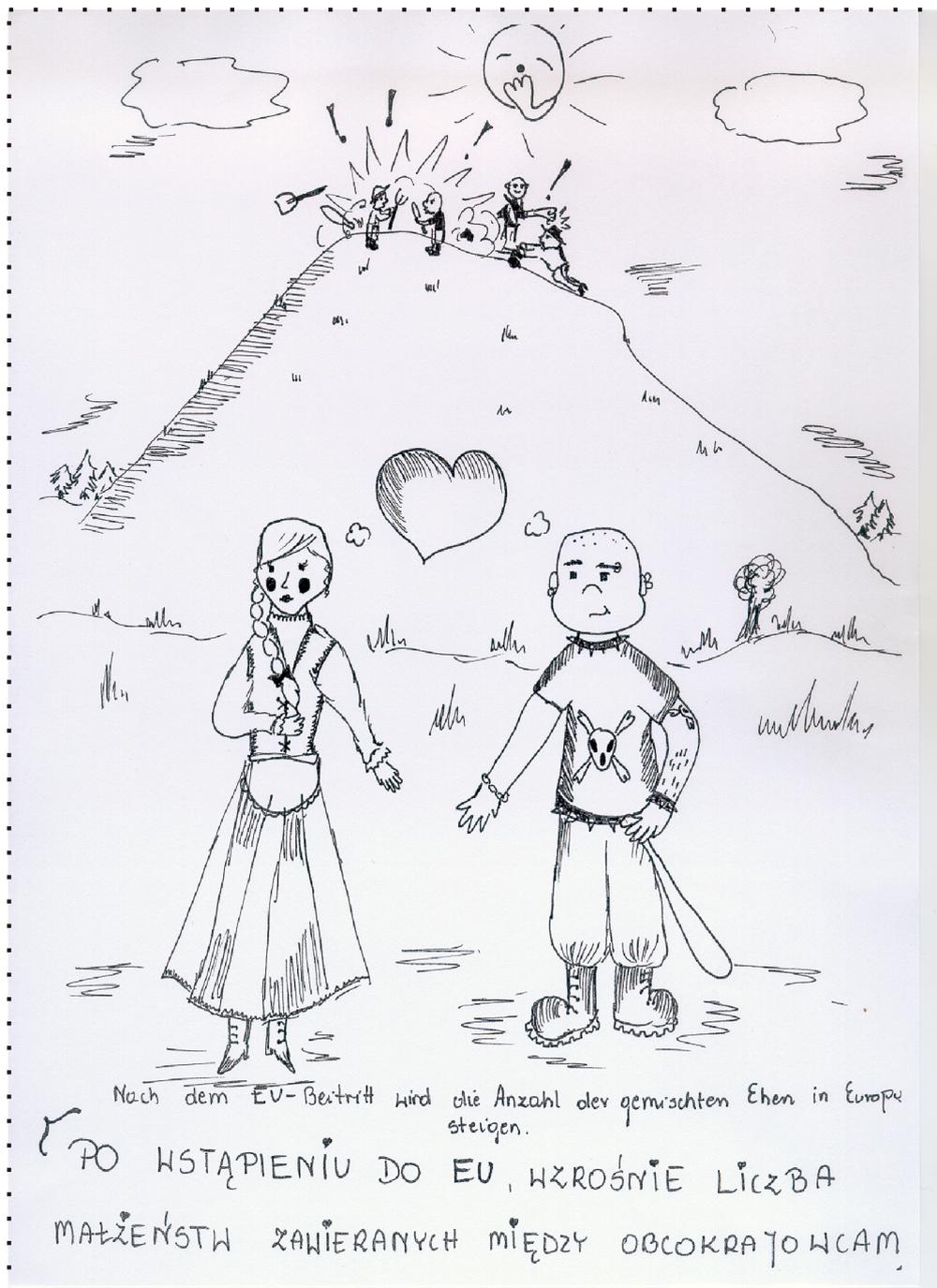


ao

aktuelle
ostinformationen



Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

die vorliegende Ausgabe unserer Zeitschrift beschäftigt sich wie gewöhnlich intensiv mit dem europäischen Einigungsprozess. Trotz einer allgemein spürbaren Krise, man denke nur an die vorläufige Ablehnung des europäischen Verfassungsentwurfs und die kontrovers geführte Debatte über den Fortgang der EU-Erweiterung, gibt es auch relative Erfolge zu vermelden. Dies gilt in erster Linie für den von vielen Befürchtungen im In- und Ausland begleiteten Beitritt Polens zur EU. In der Tat stellt sich die EU-Mitgliedschaft Polens in der Interpretation fast aller politischer Kräfte des Landes, aber auch ausländischer Kommentatoren, als Erfolgsstory dar.

Dass dieser Erfolg nur ein relativer ist, wird deutlich, wenn man sich näher mit dem zweiten Beitrag unseres Heftes beschäftigt. Die Autoren, allesamt Hochschullehrer an der renommierten Warsaw School of Economics (SGH), berichten darin über die Tendenzen der Bildungsentwicklung in unserem östlichen Nachbarland.

Wenn man sich in diesem Kontext die eminent hohe Arbeitslosenrate in Polen (19 Prozent) sowie den überaus hohen Prozentsatz an Jugendarbeitslosigkeit (etwa 40 Prozent) vor Augen führt, weiß man, dass das Land trotz Wirtschaftswachstum und steigender Exporte weiterhin mit massiven sozialen Problemen zu kämpfen hat.

Insofern bleibt die in dem Aufsatz von Tomasz Grosse gestellte Frage nach den Widersprüchen des europäischen Kapitalismus und der Möglichkeit ihrer Überwindung weiterhin aktuell. Zumal sich dahinter auch die Problematik des zukünftigen Funktionierens der europäischen Sozialsysteme und der sozialen Marktwirtschaft verbirgt. Einer ähnlichen Problematik ist der Aufsatz von Gerhard Schüsselbauer gewidmet, in dem der Autor auf die wirtschaftliche Situation der ostmitteleuropäischen Beitrittsstaaten und der südosteuropäischen EU-Kandidaten eingeht.

Ein ebenfalls akutes Problem greift Jos Stübner auf, indem er am Beispiel der Roma in der Slowakei das spannungsgeladene Verhältnis von Transformation und Nationalismus analysiert.

Wie gewöhnlich besprechen wir auch in diesem Heft in zwei längeren Buchreportagen und weiteren Rezensionen aktuelle Veröffentlichungen aus den Bereichen Sachbuch und Belletristik.

Zbigniew Wilkiewicz

Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen: Postbank NL Hannover (BLZ 25010030), Konto-Nr. 177400305.
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.

Inhalt

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz	
Polen – Ein Jahr EU-Mitgliedschaft als Erfolgsstory	3
Jacek Brdulak, Hanna Godlewska, Jan Matlachowski	
Tendenzen der Bildungsentwicklung in Polen in den Jahren 1990-2004	16
Jos Stübner	
Transformation und Nationalismus. Die Auswirkungen des Systemwandels auf die Lage der slowakischen	
Roma	26
Gerhard Schüsselbauer	
„One day in Europe“	38

Dokumentation

Tomasz Grzegorz Grosse	
Eine neues Herangehen an die Lissabon-Strategie. Wird es gelingen, die Widersprüche des europäischen	
Kapitalismus zu überwinden?.....	45

O-Ton

Anna Traducere	
Banater Bergland (Rumänien).....	53

Berichte

Irma Hildebrand	
Osteuropäische Pädagoginnen hospitieren an deutschen Schulen	57
Zbigniew Wilkiewicz	
Innere und äußere Sicherheit nach der EU-Osterweiterung.....	60

Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz	
Anna Wolff-Powęska, Dieter Bingen (Hg.): Nachbarn auf Distanz. Polen und Deutsche 1998-2004.	
Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2005, 496 S.	64
Gerhard Schüsselbauer	
Neue Literatur 2005 von Andrzej Stasiuk (PL), Wladimir Makanin (RUS), Orhan Pamuk (TR), Juri	
Andruchowytsch (UA) und Paweł Huelle (PL).	70

Rezensionen

Ansichten. 16. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt.....	77
Jürgen Osterhammel, Niels P. Petersson: Geschichte der Globalisierung. Dimensionen Prozesse Epochen.....	79
Manfred Mayer (Hg.): Der Weg nach Auschwitz. Mit 170 meist unveröffentlichten Bilddokumenten aus der	
Sammlung Wolfgang Haney.....	82
Gisela Ruprecht (Hg): Politische Bildung im Internet.	88

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

Polen – Ein Jahr EU-Mitgliedschaft als Erfolgsstory

„Ein Jahr ist seit dem Beitritt Polens in die EU vergangen. Dies ist also ein guter Moment für ein kurzes Resümee. Zuerst die große Freude und dann der Schock. So entwickelten sich die ersten Monate in der Union, hauptsächlich wegen der Lebensmittelpreise, die viel stärker anstiegen als die Experten vorausgesagt hatten. Und das traf alle Haushalte hart.

Es scheint, dass wir die Preiserhöhungen heute vergessen haben, und dank der Union haben wir ein schnelleres Wirtschaftswachstum und einen größeren Export. Allgemein betrachtet ist die Bilanz unseres Beitritts zur EU für unsere Wirtschaft günstig.“¹

Dieser recht optimistische Radiobeitrag des Journalisten Mariusz Gierszewski, der am 1. Mai 2005 ausgestrahlt wurde, spiegelt im Großen und Ganzen die Haltung des offiziellen Polen wider. Auch die veröffentlichte und die öffentliche Meinung Polens neigen nach einem Jahr der Zugehörigkeit des Landes zur EU dazu, die positiven



Entwicklungen, die sich durch den Beitritt ergaben, hervorzuheben. Ausländische Kommentatoren der polnischen Szene kommen im Übrigen zu ganz ähnlichen Ergebnissen.²

Dabei wird auf polnischer Seite gern hervorgehoben, dass das neue EU-Mitglied Polen insbesondere die alten EU-Länder überrascht habe. So etwa in dem im April 2005 in der Wochenzeitung „Polityka“ veröffentlichten Artikel von Aleksander Kaczorowski, in dem der Autor hervorhebt, dass Europa sich seit einem Jahr mit „sichtlicher Mühe“ an die Polen gewöhnen müsse. Seit der französische Präsident Chirac vor zwei Jahren den Polen geraten habe, den Augenblick zu nutzen und den Mund zu halten, sei sogar den französischen Eliten bewusst geworden, dass die Polen nicht in der Lage seien, still zu sitzen. Der Irak-Krieg, der Streit um die europäische Verfassung, die Verlagerung von Arbeitsplätzen innerhalb der EU, die orange Revolution in der Ukraine sowie der Tod

¹ Bericht von Mariusz Gierszewski in Radio ZET vom 1. Mai 2005. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 01.05.2005.

² Thomas Rautenberg (ARD-Hörfunkstudio Warschau): Polen seit einem Jahr in der EU. Profitiert haben vor allem die Gegner des Beitritts. In: <http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen>, 01.05.2005.

Johannes Pauls II., keines dieser wichtigen Ereignisse, die in der europäischen Presse zum Teil leidenschaftlich und kontrovers diskutiert wurden, habe ohne maßgebliche polnische Beteiligung stattgefunden. Was das deutlich veränderte Klima in der europäischen Presselandschaft angehe, so werde es am besten durch die Tatsache wiedergegeben, dass die Fotos mit polnischen Pferdefuhrwerken, die über Jahre die Schlagzeilen europäischer Zeitungen schmückten, auf einen Schlag verschwunden seien. Einflussreiche Zeitungen wie die „Financial Times“ schreiben heute hingegen darüber, dass das Opel-Werk im polnischen Gliwice besser zurechtkomme als die deutschen Zweigwerke des Opel-Konzerns, dass der Kurs des Złoty trotz Schwankungen weiter steige, dass Polen seinen Export in die EU enorm gesteigert habe und dass sich die polnischen Landwirte zu regelrechten Euroenthusiasten entwickelt hätten. Die auflagenstarke „Internationale Herald Tribune“ stellte sogar die These auf, dass das katholische Polen mit seinen überaus mobilen Arbeitskräften und Millionen Landsleuten in Übersee die Chance habe, zu einem zweiten Irland zu werden.

Auch habe Europa entdeckt, dass der „polnische Faktor“ das französische Referendum zur EU-Verfassung beeinflussen könne. Immerhin sei die Zahl der französischen Verfassungsgegner just nach jener Fernsehsendung angestiegen, in der Chirac versuchte, die Franzosen zu überzeugen, dass sich der EU-Beitritt Polens für Frankreich positiv ausgewirkt habe. Allerdings gibt Kaczorowski zu bedenken, dass das drohende „Nein“ der Franzosen sich wohl in erster Linie gegen die Politik Chiracs und seines Ministerpräsidenten Raffarin richte. Vielleicht sei es auch dem Umstand geschuldet, dass die Mehrzahl der Franzosen im europäischen Verfassungsentwurf eine stärkere soziale Komponente vermisste. Auch könne sich die Diskussion um einen möglichen Beitritt der Türkei – ähnlich wie in den Niederlanden – als Anlass erweisen, um mit „Nein“ zu stimmen. Die Analyse des Abstimmungsverhaltens der Franzosen, die einige Wochen später die EU-Verfassung mit deutlicher Mehrheit ablehnten, gab dem Autor recht. In der Tat dürfte die Konkurrenz des sprichwörtlichen polnischen Klempners, der seinem französischen Kollegen auf dem französischen Arbeitsmarkt den Arbeitsplatz streitig macht, dabei nur eine sekundäre Rolle gespielt haben.³ Dass das französische „nein“ in Polen, in dem im Herbst Parlamentswahlen abgehalten werden, vor allem den nationalkonservativen und populistischen Gruppierungen hilft, ist offensichtlich. Der europäische Integrationsprozess wird angesichts der vorerst gescheiterten Verfassung und überaus schwieriger Haushaltsgespräche auch in Polen einen empfindlichen Dämpfer erhalten.⁴

Die Stellungnahme der polnischen Regierung

Auch das Informationszentrum der polnischen Regierung CIR (Centrum Informacyjne Rządu) weiß zu berichten, dass der Beitritt zur EU zur Festigung günstiger makroökonomischer und struktureller Tendenzen im Außenhandel, auf dem Arbeitsmarkt und be-

³ Aleksander Kaczorowski; Ach, ci Polacy. In: Polityka, 30.04.2005, S. 4-11.

⁴ Adam Krzemiński: Den Rechten gefällt's. Wie Frankreichs Nein zur EU-Verfassung die Polen trifft. In: Die Zeit, 16.06.2005.

sonders in der Landwirtschaft beigetragen habe. Dies ergibt sich aus der von der Regierung veröffentlichten „Bilanz des ersten Jahres der Mitgliedschaft in der EU“.

Die ersten Monate der Mitgliedschaft Polens hätten bewiesen, dass Polen gut vorbereitet der EU beigetreten sei. Aus der Bilanz ergibt sich außerdem, dass die von vielen Polen zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen unbegründet waren.

Besonders die Einkommenssituation der Landwirte habe sich verbessert. Die Preise für landwirtschaftliche Güter seien angestiegen, man habe mit der Auszahlung der Direktbeihilfen begonnen und es werde auf hohem Niveau exportiert.

Schwerpunkte des Jahres 2006 seien für die polnische Europapolitik die Verhandlungen über die neue Haushaltslinie der Jahre 2007 bis 2013, die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei sowie das Referendum hinsichtlich der europäischen Verfassung. Man rechnet in den nächsten Jahren mit einer weiteren Liberalisierung der Wirtschaft und einem verstärkten Wettbewerb und geht davon aus, dass sich die wirtschaftliche Situation der Verbraucher nicht verschlechtern, sondern verbessern werde und dass es zu einem systematischen Rückgang der Arbeitslosigkeit kommen werde.⁵

Ein Jahr nach dem EU-Beitritt könne man zufrieden sein: Die Polen stellen 8,5 % der Bevölkerung in der EU. Polen ist in allen Institutionen der Gemeinschaft repräsentiert. In der Kommission ist Danuta Hübner für die Regionalpolitik zuständig, im Europäischen Parlament sind 54 Parlamentarier aus Polen vertreten.

Verbesserte Lage in der polnischen Landwirtschaft

Die Bilanz nach dem ersten Jahr in der EU sei für die polnische Landwirtschaft durchweg positiv, der Export landwirtschaftlicher Produkte habe zugenommen und die Direktbeihilfen für die Landwirte hätten zur Stabilisierung dieses Sektors beigetragen, bekräftigte der polnische Landwirtschaftsminister Jerzy Pilarczyk während einer am 8. Juni 2005 abgehaltenen Konferenz, bei der es um die Bewertung des ersten Jahres der EU-Mitgliedschaft Polens ging. Polen habe für das Jahr 2004 im Agrarbereich eine positive Handelsbilanz mit einem Exportüberschuss von 855 Mio. € erreicht, während der Negativsaldo im Jahre 2002 noch 337 Mio. € betragen habe. Im ersten Jahr der Mitgliedschaft sei der Direktexport um 44 Prozent gestiegen. Damit befinde sich Polen in der Spitzengruppe der europäischen Agrarproduzenten und nehme hinter Frankreich und Spanien den dritten Platz ein. Zu diesem Erfolg hätten in erster Linie die in den letzten Jahren getätigten Investitionen in den Betrieben der Lebensmittelverarbeitung sowie die Einführung moderner Technologien beigetragen. Pilarczyk unterstrich auch, dass unabhängig davon, welche endgültige Gestalt der EU-Haushalt für die Jahre 2007 bis 2013 annehmen werde, man sicher davon ausgehen könne, dass sich an dem System der Direktbeihilfen nichts ändern werde. Danach würden die polnischen Landwirte bis 2010 100 Prozent des Niveaus der Direktbeihilfen erhalten, über die heute die Landwirte der alten EU-15 verfügen.

Ganz anders wurde auf der gleichen Konferenz das erste Jahr der EU-Mitgliedschaft vom Vorsitzenden des Agrarausschusses im polnischen Sejm, Wojciech Mojzesowicz von „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) bewertet. Danach hätten sich trotz Direktbeihilfen

⁵ <http://wiadomosci.wp.pl> , 04.05.2005.

die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die polnischen Landwirte verschlechtert. Die Landwirte hätten keinen Anspruch mehr auf billigeren Treibstoff, auch hätten sie aufgrund der Mehrwertsteuererhöhungen auf landwirtschaftliche Maschinen und Baumaterialien weitere Verluste erlitten. Mojzesowicz gab auch zu bedenken, dass die Preise für Getreide, Raps und Beeren zuletzt gefallen seien.

Nach Krzysztof Ardanowski, dem Vorsitzenden der Polnischen Landwirtschaftskammer, habe der EU-Beitritt der polnischen Landwirtschaft Vor- und Nachteile gebracht. Zum Beispiel enorme Verluste bei dem Export von Beeren. Er hob allerdings ebenfalls hervor, dass diese Probleme auch unabhängig vom EU-Beitritt Polens aufgetreten wären, und dass man nicht in der Lage gewesen wäre, die polnische Landwirtschaft aus eigener Kraft zu reformieren. Allerdings kritisierte Ardanowski, dass es in Polen gegenwärtig keine langfristige Konzeption für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums gebe.⁶ Auch habe man in den polnischen Medien die Gesamtsumme und die Bedeutung der Direktbeihilfen für die polnischen Landwirte stark übertrieben dargestellt.⁷

Verbesserte Situation polnischer Firmen und Unternehmen

Im Regierungsbericht wird auch betont, dass Polen gemeinsam mit den baltischen Staaten, der Slowakei und Irland zur Gruppe der sich am dynamischsten entwickelnden europäischen Wirtschaften zähle. Ausländische Investoren hätten nach dem EU-Beitritt Polens noch größeres Vertrauen zum Standort Polen. Die polnischen Firmen seien für die Kooperation mit Firmen aus anderen EU-Staaten gut vorbereitet. Gestützt werden diese Aussagen durch Daten aus dem Bericht der polnischen Wirtschaftskammer (Krajowa Izba Gospodarcza, KIG) „Die polnischen Firmen ein Jahr nach dem EU-Beitritt“, aus dem sich ergibt, dass nur 25 Prozent der polnischen Firmen mit dem EU-Beitritt unzufrieden seien. Etwa 50 Prozent der Unternehmen gehen davon aus, dass sie sich an die Anforderungen der EU angepasst hätten. Nur zehn Prozent signalisieren, dass sie am EU-Markt desinteressiert seien.

Allerdings befürchten 41 Prozent der Betriebsleiter zukünftig Insolvenzen und einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Nach Angaben der Unternehmen bestehe der größte Vorteil des EU-Beitritts darin, dass man nun einen leichteren Zugang zu billigem Kapital, moderner Technologie und zu den EU-Märkten habe.⁸

In einem zusammenfassenden Bericht der „gazeta.pl“ vom 27. April 2005 kommt Konrad Niklewicz zum Ergebnis, dass die Befürchtungen der meisten Experten unzutreffend waren. Es kam nicht zum prognostizierten Zusammenbruch zahlreicher kleiner und mittlerer Betriebe, den etliche Wirtschaftsexperten vorausgesagt hatten. Zwar ging die Zahl registrierter Betriebe um etwa 4.600 zurück, allerdings muss dabei eine Gesamtzahl von ca. 3,5 Mio. registrierter Firmen zugrunde gelegt werden. Vom Markt seien in der Regel nur die so genannten Ein-Personen-Firmen verschwunden. Einige Bereiche, die von

⁶ Pierwszy rok w UE korzystny dla polskiego rolnictwa. In: <http://www.odr.net.pl>, 08. 06. 2005.

⁷ J. Plewa: Po roku w UE. Propaganda o wielkich pieniądzach płynących na polską wieś mocno kontrastowała z rzeczywistością. In: <http://www.nzg.pl/numery/2005/07/raport.htm>.

⁸ 60% firm zadowolonych z UE. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 06. 05. 2005.

mittleren Betrieben dominiert werden, notieren dagegen ein beachtliches Wachstum: zum Beispiel die Holz-, Möbel- und Textilbranche. Dabei handele es sich um Unternehmen, die verstärkt die Unterstützungsfonds der EU in Anspruch nehmen. Auch wurden öffentliche Aufträge in ihrer Mehrheit nicht an ausländische Firmen vergeben, umgekehrt hatten polnische Firmen immense Schwierigkeiten, ihre Dienstleistungen im öffentlichen Bereich des Auslands zu platzieren. Während der polnische Export beträchtlich gewachsen sei, könne man dies vom Import nur in begrenztem Maße feststellen. Von Mai bis Dezember 2004 sei der Export im Verhältnis zum gleichen Zeitraum des Jahres 2003 um 35 Prozent gestiegen. Dagegen habe der Import nur um 24 Prozent zugenommen. Dies sei deshalb besonders auffällig, da wir es in diesem Zeitraum mit einem ständig stärker werdenden Złoty sowie kontinuierlich steigenden Ölpreisen zu tun hatten. Krzysztof Pawiński, der Vorsitzende von Maspeks, einem bekannten Produzenten von Säften und Nudeln, der auch Lebensmittelfirmen in Tschechien und Ungarn übernommen hat, geht davon aus, dass das Jahr 2004 die „wichtigsten fünf Minuten“ in der Geschichte der polnischen Lebensmittelindustrie gewesen sei. Es sei umso erfreulicher, dass es sich hierbei um eine anhaltende Entwicklung handele.

Im Bericht wird betont, dass die Handelsbilanz Polens zwar weiterhin negativ sei, dass der Negativsaldo sich aber von einem auf den anderen Monat verringere. Im Januar und Februar 2005 betrug er nur noch 0,9 Mrd. \$, also 600 Mio. \$ weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bei der Analyse der Folgen des EU-Beitritts könne man also nicht von einem „Schock durch Liberalisierung“ sprechen, sondern müsse vielmehr von einem „Unionseffekt“ ausgehen, der bewirkt habe, dass sich das Handelsdefizit Polens verringert habe. Im Regierungsbericht wird ebenfalls hervorgehoben, dass das BIP im Jahre 2004 das höchste seit 1997 gewesen sei. Das Statistische Hauptamt beziffert es auf real 5,3 Prozent. Die Europäische Union geht davon aus, dass das polnische Wirtschaftswachstum im Jahre 2005 4,4 Prozent und 2006 4,5 Prozent betragen werde.

Keine massive Arbeitsmigration

Wie von den meisten in- und ausländischen Experten prognostiziert, hat es nach dem 1. Mai 2004 auch keine dramatische Zunahme polnischer Arbeitsmigration nach Westen gegeben. Im Vergleich zum Jahre 2003 waren es insgesamt 100.000 Personen mehr, die ständig oder temporär im westlichen EU-Ausland beschäftigt waren. Allerdings sei nur schwer abzuschätzen, was geschehen wäre, wenn alle Länder des „alten“ Europa – und nicht nur Schweden, Großbritannien und Irland – ihre Arbeitsmärkte für polnische Arbeitskräfte ohne Einschränkungen geöffnet hätten.⁹ Im Jahre 2004 waren fast 500.000 Polen im westlichen EU-Ausland beschäftigt. Freien Zugang zum Arbeitsmarkt gibt es für Polen heute in Großbritannien, Irland und Schweden. Die übrigen EU-Länder haben bekanntlich siebenjährige Übergangsfristen gemäß der Systematik 2+3+2 eingeführt. Ihre Arbeitsmärkte können demnach erst nach zwei oder nach fünf Jahren geöffnet wer-

⁹ Zbigniew Wilkiewicz: EU-Erweiterung und Arbeitsmigration. In: Unterricht Wirtschaft, 18 (2004), S. 49-53. 65.000 Polen nach EU-Beitritt wegen Jobs ins Ausland gezogen. In: <http://de.search.news.yahoo>, 25.04.2005.

den. Am meisten Polen, nämlich 324.000, haben 2004 als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft und in der verarbeitenden Industrie Deutschlands gearbeitet.

Etwa 73.000 Polen arbeiteten in Großbritannien, zumeist in Kleinstädten und auf dem Lande, wo sie in der Industrie, auf Baustellen, in der Gastronomie und in landwirtschaftlichen Betrieben Beschäftigung fanden. Aus der Statistik des polnischen Wirtschafts- und Arbeitsministeriums geht hervor, dass in Irland 14.500 und in Spanien und Frankreich jeweils 9.800 Polen beschäftigt waren. Der stellvertretende Direktor für europäische Wirtschaftsfragen im polnischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Janusz Grzyb, geht davon aus, dass die Mehrzahl der Polen nicht daran interessiert sei, aus Beschäftigungsgründen dauerhaft zu emigrieren. Hierfür seien Sprachbarrieren, die Familiensituation sowie die Befürchtung, den eigenen Arbeitsplatz in Polen zu verlieren, verantwortlich. Deshalb bleibe man in der Regel nur zwischen zwei und sechs Monaten im Ausland. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland, Luxemburg und Finnland ihre Arbeitsmärkte früher als erst in sechs Jahren öffnen. Aber auch dann sei nicht mit einer verstärkten polnischen Arbeitsmigration in diese Länder zu rechnen.¹⁰

Im Ergebnis einer zwischen dem 4. und 7. März 2005 durchgeführten repräsentativen Umfrage, an der 1025 Befragte teilnahmen, stellte sich heraus, dass die Mehrzahl der Polen nicht an einer Arbeitsaufnahme in den übrigen EU-Staaten interessiert sind. Dabei gaben 15 Prozent der Befragten an, dass es in ihrem engeren Familienkreis zumindest eine Person gebe, die im EU-Ausland arbeite. Die meisten der Ausgereisten arbeiteten in Deutschland (28 Prozent), gefolgt von Großbritannien (21 Prozent), Italien (11 Prozent), Irland und Holland (je 7 Prozent) sowie Belgien (6 Prozent). Aus den Antworten ergab sich auch, dass 67 Prozent legal beschäftigt waren, während 23 Prozent zugaben, schwarz gearbeitet zu haben. Im Jahre 2004 waren es 54 Prozent, die nicht an einer Arbeitsaufnahme im EU-Ausland interessiert waren, 2005 waren es bereits 74 Prozent.¹¹

EU-Akzeptanz trotz Massenarbeitslosigkeit und Preiserhöhungen

Freilich ist das gravierende Problem der Massenarbeitslosigkeit bestehen geblieben. Im Jahre 2004 ist die Arbeitslosigkeit zwar im Vergleich zum Jahre 2003 minimal um 0,9 Prozent gefallen, allerdings geht man für das Jahr 2005 weiterhin von einer exorbitant hohen Arbeitslosenrate von 18 Prozent aus.

Geirrt haben sich die polnischen Wirtschaftsexperten auch hinsichtlich des nach dem EU-Beitritt prognostizierten Preisanstiegs. Im Jahre 2004 überstieg die Inflation 4,5 Prozent und ging erst in den ersten Monaten des Jahres 2005 auf 3,7 Prozent zurück. Der nach dem 1. Mai 2004 einsetzende Anstieg der Lebensmittelpreise war dabei auf die zunehmenden polnischen Exporte zurückzuführen. Die steigende Auslandsnachfrage setzte zu einem Zeitpunkt ein, als das Lebensmittelangebot auf dem polnischen Binnenmarkt relativ klein war. Hinzu kamen externe Faktoren wie die steigenden Energiepreise, die nicht unmittelbar mit dem EU-Beitritt in Verbindung standen.

¹⁰ W krajach UE pracowało w 2004 r. blisko 500 tys Polaków. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 29.04.2005.

¹¹ PAP: Polacy nie chcą pracować w UE In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 20.04.2005.

Gegenwärtig könne man davon ausgehen, dass die Preise nach diesem heftigen Preisanstieg des Jahres 2004 wieder fallen werden. Allerdings sei der gesellschaftliche Schaden erheblich, da man sich vor Augen führen müsse, dass der durchschnittliche polnische Haushalt 30 Prozent seiner Ausgaben für Lebensmittel aufwende.¹²

Aus aktuellen Meinungsumfragen geht überdies hervor, dass die Mehrzahl der polnischen Bevölkerung den EU-Beitritt bejaht. Im Februar 2005 gaben 77 Prozent der Befragten an, dass sie den Beitritt zur Union befürworten. Dies ist ein besseres Ergebnis als das kurz vor dem Beitritt erzielte. In einer weiteren Umfrage meinen die Befragten, dass die Politiker den größten Nutzen vom EU-Beitritt hätten. An zweiter Stelle platzieren sich die Landwirte, gefolgt von denjenigen, die im westlichen Ausland Arbeit aufnehmen konnten.

Auf der Konferenz „Polen in der Europäischen Union – Erfahrungen aus dem ersten Jahr der Mitgliedschaft“ stellte der Minister für Europafragen, Jarosław Pietras, dar, dass Polen im Jahre 2004 ein Nettoempfängerland gewesen sei, da man von der EU insgesamt 1.554 Mio. € (6.093 Mio. Zł.) mehr an Mitteln erhalten habe, als man habe einzahlen müssen. Aus den Schätzungen der Experten folge überdies, dass dieser Saldo für das Jahr 2005 noch günstiger ausfallen und bei etwa 15 Mrd. Zł. liegen werde.¹³

Positive Bewertungen polnischer Politiker

Die Mehrzahl der polnischen Politiker bewertet das erste Unionsjahr Polens deshalb auch positiv. Der Chef des Bürgerforums (Platforma Obywatelska) Donald Tusk vertritt die Ansicht, dass all jene Kräfte, die vor einem Beitritt gewarnt hatten, eine Niederlage erlitten hätten. Dies gelte sowohl für die extreme Rechte als auch für die extreme Linke.¹⁴

Der Fraktionschef der Bürgerplattform, Jan Rokita, setzt ebenfalls einen positiv, wenn auch etwas anders gelagerten Akzent, wenn er ausführt, dass die Polen „phänomenal“ mit der Präsenz in der EU zurechtkämen. Man gehe sehr effektiv mit den Institutionen der EU um und meistere die Situation geradezu „genial“. So sei ganz Europa konsterniert gewesen, als die angeblich nicht wettbewerbsfähige polnische Landwirtschaft den EU-Markt mit polnischen Lebensmitteln überschwemmte. Auch hätten polnische Studierende überhaupt kein Problem damit, an Universitäten im EU-Ausland zu studieren. Hier habe sich eine Routine entwickelt, als ob Polen bereits seit zwanzig Jahren zur EU gehöre. Ebenfalls positiv sei zu bewerten, dass lokale Institutionen, Gemeinden und eine ganze Reihe von NGOs sehr erfolgreich mit dem Antragswesen der EU umgingen.

Ganz anders sehe es allerdings mit dem Regierungshandeln aus, denn hier herrsche das „totale Chaos“: man verfüge über keine parlamentarische Mehrheit und handele provisorisch. Die polnische Verwaltung sei nicht in der Lage, dem Tempo der polnischen Gesellschaft zu folgen. Die Ministerien für Gesundheit und Umwelt seien außerstande mit den Institutionen der EU zu kooperieren, es gebe hier gravierende Defizite. In Polen

¹² Konrad Niklewicz: Polska w Unii na plusie według rządowego raportu. In: <http://serwisy.gazeta.pl>, 27.04.2005. Dirk Lullies: EU-Beitritt lässt die Preise in Polen steigen. In: <http://www.rbb-online.de>, 07.02.2005.

¹³ UE:Raport o pierwszym roku Polski w UE. In: <http://www.pmedia.pl>, 27.04.2005.

¹⁴ Joanna Cieśla, Bianka Mikołajewska: Czy Donald Tusk nadaje się na prezydenta. In: Polityka, 04.06.2005, S. 24-26.

müsse hingegen – ähnlich wie in Irland – erreicht werden, dass die gesamte staatliche Struktur kompatibel mit den Prozeduren der EU agiere. Auch sei zu erwägen, ob die EU in der Tat die Erwartungen Polens erfülle. Dies ist nach Ansicht Rokitas nicht der Fall, vielmehr hätten sich in der EU Tendenzen verfestigt, die den polnischen Interessen nur sehr wenig dienen. Hier nennt der Politiker die Bestrebungen der sechs reichsten Länder der EU, die Mitgliedsbeiträge und somit auch die Transfers innerhalb der EU zu kürzen. Er kritisiert auch das Fiasko der Lissabon-Strategie sowie die Bemühungen Frankreichs und Deutschlands, die Maastricht-Kriterien aufzuweichen. Dies seien Versuche, für sich selbst bessere Bedingungen zu schaffen als für die neuen Beitrittsländer. Außerdem sei auf zwei „Theorien“ zu verweisen, die sowohl für Polen als auch für die EU schädlich seien: der Vorwurf des Steuerdumpings bestehe darin, dass Polen bestrebt sei, seine Steuern zu senken. Die These vom Sozialdumping postuliere, dass die Polen bei Dienstleistungen allzu wettbewerbsfähig seien.¹⁵

Der Chef der polnischen Sozialdemokraten Marek Borowski hebt hingegen hervor, dass zahlreiche gesellschaftliche Gruppen aufgrund der Mitgliedschaft in der EU profitiert hätten. In diesem Kontext nennt er vor allem die Landwirte und diejenigen Personen, die in Westeuropa eine Arbeit aufnehmen konnten.

Nach Ansicht von Józef Oleksy, dem Chef des Linken Wahlbündnisses (SLD), habe Polen am meisten von den Direktzahlungen an die Landwirte sowie von den Strukturrenten für ältere Landwirte profitiert.

Der Sejmarschall Włodzimierz Cimoszewicz meint wiederum, dass die Integration ihre Vor- und Nachteile gehabt habe, dass die Gesamtbilanz allerdings entschieden positiv ausfalle.

Der Ministerpräsident Marek Belka unterstreicht, dass sich die Schreckensszenarien nicht bewahrheitet hätten und dass es zu keiner Finanzkatastrophe gekommen sei. Polen zahle nicht mehr in den Haushalt der EU ein als es aus ihm herausbekomme. Auch sei das Land nicht von westlichen Lebensmitteln überschwemmt worden.

Selbst der einstige Staatspräsident Lech Wałęsa, der noch vor einem Jahr erhebliche Bedenken hatte, lässt am 1. Mai 2005 verlautbaren, dass er nur teilweise recht gehabt habe. Man müsse deshalb nicht mehr über den Austritt aus der EU nachdenken, sondern überlegen, wie man deren Strukturen verbessern könne.

Der Europaabgeordnete der an sich EU-kritischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), Michał Kamiński, bewertet das erste Jahr der Mitgliedschaft in der EU durchweg positiv und für Polen erfolgreich. Zwar sei die Union kein Klub der Freunde Polens, und man müsse hart für seine Interessen streiten, dies gelinge aber zusehends besser. Die große Mehrheit der Polen sei heute davon überzeugt, dass Polen in die EU gehöre.¹⁶

Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende der gleichen Partei, Jarosław Kaczyński, bereits Ende April 2005. Der Beitritt habe Polen sehr geholfen; allerdings werde man erst 2013 – nach dem Ende der nächsten EU-Agenda – wirklich absehen können, was der EU-Beitritt dem Lande tatsächlich gebracht habe. Den größten Erfolg habe Polen im Hinblick auf seine Ukraine-Initiative erzielt, diesbezüglich könne die Ostpolitik der EU

¹⁵ Rokita: Polacy radza sobie fenomenalnie. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 29.04.2005.

¹⁶ Bilans pierwszego roku w UE korzystny dla Polski. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 04.05.2005.

auch zu einer Kernkompetenz des Landes werden. Allerdings spricht sich Kaczyński ganz deutlich gegen die Verabschiedung der europäischen Verfassung in ihrer jetzigen Form aus und hofft auf ein „Nein“ beim französischen Plebiszit. Die Verfassung sei neu zu diskutieren und stärker auf die Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten, in erster Linie Polens, abzustimmen.¹⁷

Prominente Stimmen

Hingegen bezeichnete Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski das Jahr 2004 als einen der besten Abschnitte in der polnischen Geschichte. Polen habe bewiesen, dass es in der Lage sei, die mit der Integration verbundenen Chancen zu nutzen. Die internationale Position Polens habe sich gefestigt.¹⁸ Den Streit um die europäische Verfassung das „Nein“ der Franzosen und ihre Haltung kommentierte der polnische Staatspräsident einige Wochen später wie folgt:

„Uns liegt daran, dass es so wenig wie möglich Hindernisse hinsichtlich der Öffnung der Arbeitsmärkte und der Freizügigkeit gibt, denn darin liegt unsere Entwicklungschance zur Verringerung des Abstands [zu den alten EU-Ländern]. Um den Streit zwischen einem effektiven und einem sozialen Europa zu beenden, muss sich Frankreich entscheiden. Wir können hingegen nicht akzeptieren, dass die großen sozialstaatlichen Erwartungen in Frankreich ganz Europa binden und die Aufstiegsmöglichkeiten unserer Länder verhindern. Darüber hinaus ist für uns ein solidarisches Europa sehr wichtig. Wir erwarten von Europa die Unterstützung, die unsere Länder unmittelbar nach dem Krieg nicht erhalten haben.“¹⁹

Ähnlich staatsmännisch, und die Interessen der neuen Beitrittsländer berücksichtigend, argumentierte die polnische EU-Kommissarin Danuta Hübner, wenn sie ausführte, dass Polen nach einem Jahr EU-Mitgliedschaft an Autorität gewonnen habe. Versagt hätten allerdings die Politiker und Institutionen der EU, da sie nicht in der Lage waren, alle EU-Bürger von den Vorteilen der Osterweiterung zu überzeugen. Die Erweiterung sei keine Belastung für die EU, sondern eine wichtige Zukunftsinvestition. Was Polen angehe, so sei es in diesem ersten Jahr sowohl im Europäischen Parlament als auch in der Außenpolitik besonders hinsichtlich der Ukraine sehr aktiv gewesen. Damit habe es eine konstruktive, positive Rolle gespielt. Auch im Hinblick auf die Nutzung der europäischen Strukturfonds habe sich erwiesen, dass Polen gut vorbereitet war. Das größte Problem, das die EU aktuell zu lösen habe, sei allerdings der Prozess der Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrags. In diesem Zusammenhang spricht sich Hübner uneingeschränkt für eine Annahme der europäischen Verfassung aus.²⁰ Gute drei Wochen später betonte Hübner anlässlich einer Konferenz über die Perspektiven der polnischen Wirtschaft, dass eine langfristige Wettbewerbsfähigkeit polnischer Unternehmen aufgebaut und gesichert werden müsse. Um strategisch agieren zu können, müsse sei-

¹⁷ J. Kaczyński: mamy nadzieję, że konstytucja UE nie przejdzie. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 27.04.2005.

¹⁸ Kwaśniewski: minął jeden z najlepszych okresów w naszej historii. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 01.05.2005.

¹⁹ Rozmowa Polityki z prezydentem Aleksandrem Kwaśniewskim o sytuacji w Unii po dwóch przegranych referendum. In: Polityka, 11.06.2005, S. 20-21, S. 20.

²⁰ Hübner: W ciągu tego roku Polska pokazała Europie pozytywną twarz. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 25.04.2005.

tens der polnischen Regierung bereits heute festgelegt werden, wofür die vier Prozent des Nationaleinkommens, die man nach dem Jahre 2006 von der EU erhalten werde, investiert werden sollten. Polen habe angesichts der aktuellen Herausforderungen keine Zeit mehr, den Pfaden der größten Nettonehmer wie Spanien, Portugal oder Irland zu folgen, die zunächst in die technische Infrastruktur investierten, um sich später auf Innovation, auf die Entwicklung des Humankapitals und auf modernste Technologien zu konzentrieren:

„Ich glaube, dass wir angesichts ungewöhnlich schneller globaler Veränderungen nicht die Zeit für diese Sequenzen haben, man muss das alles gleichzeitig machen, man muss sich darauf einstellen, dass Polen in den nächsten Jahren eine Wirtschaft der permanenten ökonomischen und gesellschaftlichen Transformation sein wird.“²¹

Auf der gleichen Konferenz stellte der Präsident der Polnischen Nationalbank, Leszek Balcerowicz, seinen neoliberalen Fahrplan für die polnische Wirtschaft in Kurzform vor: Polen könne ein schnelles Wachstum und eine wachsende Beschäftigungsrate nur durch die Sanierung der öffentlichen Finanzen, durch Privatisierung und Marktliberalisierung sowie durch die Stärkung der grundlegenden staatlichen Institutionen erreichen. Dabei müsse jedwede Strategie, die diese Ziele anstrebe, den Beitritt Polens zur Euro-Zone einbeziehen:

„Es geht nicht darum, um jeden Preis beizutreten, sondern darum, die elementaren Bedingungen, also die Maastricht-Kriterien, zu erfüllen. Je schneller und umfassender wir sie erfüllen, desto besser für uns, denn gleichzeitig erreichen wir einen zusätzlichen Nutzen, der von der Polnischen Nationalbank auf 0,4 Prozent zusätzlichen Wirtschaftswachstums pro Jahr geschätzt wird.“²²

Wolle man diese positiven Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsentwicklung festigen, so müsse man sich gleichzeitig schädlichen Tendenzen in der EU-Wirtschaftspolitik entgegenwirken. Für die Entwicklung der ärmeren EU-Länder wäre es besonders gefährlich, wenn – wie dies einige reichere EU-Länder forderten – hohe soziale Standards eingefordert würden.

Das erste Jahr der Mitgliedschaft Polens in der EU könne man mit einer 2+ bewerten, so der Stellvertretende Vorsitzende des Europäischen Parlaments Jacek Saryusz-Wolski. Der Abgeordnete der Bürgerunion und einstige polnische Minister für Europafragen (1991-1996 und 2000-2001) sprach ebenfalls von einer durchaus positiven Bilanz für Polen. Ähnlich wie andere Kommentatoren hob er hervor, dass besonders die polnische Landwirtschaft profitiert habe. Allerdings sei es noch zu früh, um sachgerecht beurteilen zu können, ob und inwieweit die europäischen Strukturfonds von polnischer Seite effektiv genutzt werden konnten. Insgesamt beurteilte Saryusz die Arbeit der polnischen Parlamentarier im EP positiv, allerdings wäre sie seiner Ansicht nach noch effektiver gewesen, wenn die polnischen Abgeordneten nicht so stark in unterschiedlichen Fraktionen zerstreut wären.

²¹ Pierwszy rok w UE. Polska/Konferencja „Rok w Unii: ocena i perspektywa dla biznesu. In: <http://euro.pap.com.pl>, 19.05.2005. Die Bürger müssen folgen können. Die polnische EU-Kommissarin Danuta Hübner warnt vor dem Scheitern der Haushaltsgespräche und rät ihren Kollegen zu mehr Behutsamkeit. In: Die Zeit, 16.06.2005. S. 29.

²² ibd.

Der polnische Erfolg bestehe aber nicht nur darin, dass man eine ganze Reihe wichtiger Posten im EP innehatte, sondern habe sich in erster Linie aus der sehr aktiven Rolle der polnischen Parlamentarier in der Ukraine-Frage ergeben.

Kritisch beurteilte der Parlamentarier allerdings den Einfluss Polens im Europäischen Rat und in der Europäischen Kommission. In der Kommission sei es im Hinblick auf die Besetzung wichtiger Posten zu einer totalen Niederlage gekommen, da die Regierung über keine entsprechende Strategie verfügte.

Auch betonte Saryusz, dass sich Polen zukünftig noch sehr viel stärker für seine Interessen einsetzen müssen, der Standpunkt der polnischen Regierung habe entschiedener und deutlicher zur Geltung zu kommen.

Insgesamt müsse Polen für vier grundsätzliche Dinge kämpfen: für eine solidarische EU, für die östliche Dimension, also eine offene Union, für die Gleichbehandlung der alten und der neuen Mitgliedstaaten sowie für eine adäquate historische Erinnerungskultur, die der EU in einigen für Polen entscheidenden Fragen ganz offensichtlich abhandeln gekommen sei. Wichtig sei schließlich auch, die euroatlantischen Beziehungen zu pflegen.²³

Ähnlich EU-kritisch argumentiert der prominente liberale EU-Abgeordnete und einstige Außenminister Polens Bronisław Geremek, wenn er ausführt, dass die EU-Erweiterung psychologisch und politisch verloren worden sei. Die zeitliche Überlagerung der EU-Erweiterungsdebatte mit der EU-Verfassungsdebatte habe zu einer Krise der Union geführt. In Westeuropa gebe es die Befürchtung, dass aufgrund der EU-Erweiterung soziale Standards gefährdet seien, man werfe den neuen Mitgliedstaaten Sozial- und Steuerdumping vor.

Bei den Neumitgliedern aus Ostmitteleuropa dominiere hingegen das Gefühl, dass bei der alten EU-15 der nationale Egoismus über die Einheit der EU gestellt werde. Dies sei absolut paradox, wenn man sich die positiven Ergebnisse der Erweiterung vor Augen halte:

„In die EU wurden zehn neue Länder aufgenommen. Dies war eine außergewöhnlich mutige und riskante Entscheidung. Das Ergebnis im Bereich der Wirtschaft ist sehr gut. Der Handel zwischen den EU-15 und den neuen zehn Ländern hat zugenommen, obwohl man glaubte, dass er gleich groß bleiben würde, weil schon zuvor viele Handelsbarrieren gefallen waren. In den neuen EU-Ländern ist das Reformtempo ungewöhnlich schnell. Wenn die Weltbank feststellt, dass die Slowakei das Land sei, das seine Wirtschaft am schnellsten und am effektivsten reformiere, so ist dies ein Zeugnis dafür, wie sehr die neuen Länder von dem EU-Beitritt profitiert haben.“²⁴

Die neuen EU-Länder seien keine Bedrohung für den Westen, die Losung vom Sozial- und Steuerdumping sei eine reine Erfindung, denn Polen gebe genauso einen hohen Anteil seines BIP für Sozialversicherungssysteme aus wie Deutschland. Auch fügt Geremek ähnlich wie Hübner hinzu, dass die erweiterungsbedingte Frustration der

²³ Saryusz-Wolski: pierwszy rok w UE na cztery-cztery z plusem. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 27.04.2005.

²⁴ Geremek: rozszerzenie UE psychologicznie i politycznie zostało przegrane. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 19.04.2005.

Westeuropäer eine Bedrohung für den Ratifikationsprozess der EU-Verfassung darstelle.

Insgesamt geht er aber davon aus, dass die polnischen Abgeordneten im EP eine gute Arbeit geleistet hätten, jedenfalls eine bessere, als man habe erwarten dürfen. Damit spielt Geremek sicherlich darauf an, dass sich die Polen bei den Wahlen zum EP im Juni 2004 in erster Linie für national argumentierende EU-Kritiker entschieden hatten.²⁵

Allerdings sei deutlich geworden, dass es nicht einfach sei, den Osten mit dem Westen zu einen. Nicht nur deshalb, weil es große wirtschaftliche Unterschiede gebe, sondern auch deshalb, weil man in Ost und West sehr unterschiedliche Formen der historischen Erinnerung pflege. Der prominente Historiker verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass daran erinnert werden müsse, dass es nach dem 1. September 1939 auch einen 17. September 1939 (Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen) sowie das Massaker in Katyn gegeben habe. Von polnischer Seite sei dabei aber auch zu berücksichtigen, dass die Haltung der westlichen Kollegen nicht auf Böswilligkeit, sondern auf Ignoranz hinsichtlich der Geschichte zurückzuführen sei.²⁶

Resümee

Wie in diesem Aufsatz gezeigt werden konnte, wird das erste Jahr der EU-Mitgliedschaft Polens von den wirtschaftlichen und politischen Eliten sowie von der überwiegenden Mehrheit der Polinnen und Polen positiv bewertet. Die massive Kritik linker und rechter Populisten ist weitgehend verstummt. Und wenn sich solche Stimmen doch erheben, dann nur, um weitere „nationale“, zumeist kaum einlösbare Forderungen zu erheben. Dabei ergibt sich der polnische Optimismus nach einem Jahr EU-Mitgliedschaft ganz offensichtlich aus den spürbaren wirtschaftlichen Erfolgen, die mit dem Beitritt in direkter Verbindung stehen.

Die Tatsache, dass in den zwei Gründerländern der EU, Frankreich und Niederlande, die europäische Verfassung im Frühsommer 2005 mit großer Mehrheit abgelehnt wurde sowie der Umstand, dass auch die Haushaltsverhandlungen für die Jahre 2007 bis 2013 auf dem Brüsseler Gipfel vom 16. bis 18. Juni 2005 gescheitert sind, lassen den desillusionierenden Schluss zu, dass das Projekt Europa neu definiert und modifiziert umgesetzt werden muss. Dabei wird es auch darum gehen, welches Kapitalismus- und Sozialstaatsmodell sich in der EU endgültig durchsetzt.²⁷ Aber auch um den aktuell neu entbrannten Streit, ob die EU in absehbarer Zeit um die südosteuropäischen Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien sowie um die Türkei erweitert werden soll. Die Einbeziehung der sich demokratisierenden Ukraine, an der vor allem auch Polen gelegen wäre, scheint in weite Ferne gerückt.

In diesem Kontext wird ebenfalls sehr deutlich, dass die historische Erinnerungskultur polnischer Eliten sich doch sehr grundsätzlich von derjenigen westeuropäischer Eliten unterscheidet. Dieser Diskurs, der im Zusammenhang mit der 60jährigen Wiederkehr

²⁵ Polen schickt EU-Skeptiker nach Straßburg. In: <http://mdr.de>, 23.06.2004.

²⁶ Wie Fußnote 24.

²⁷ Adam Krzemiński, Marek Ostrowski; Eurokac. In: Polityka, S. 46-48.

des Kriegsendes und der Siegesfeier in Moskau neu angefacht wurde, wird auch in Zukunft sicherlich eine Fortsetzung finden.²⁸

Aber auch Arbeitsmarktprobleme, die Verlagerung von Arbeitsplätzen innerhalb der EU sowie die zwischen dem „neuen“ und dem „alten“ Europa höchst umstrittene Frage, was man unter Steuer- und Sozialdumping zu verstehen habe, werden die Debatten der nächsten Jahre bestimmen.

Die Haltung der politischen Eliten hinsichtlich dieser zentralen Probleme ist recht eindeutig. Ganz offensichtlich will man hier dem für die britische Europapolitik typischen neoliberalen Pfad folgen, um sich die Chance für den wirtschaftlichen Aufholprozess im Verhältnis zur „alten“ EU offen zu lassen. Gleichzeitig besteht man allerdings auch darauf, dass es in der Agrarpolitik der EU zu keinen einschneidenden Veränderungen kommt. Denn der Strukturwandel in der polnischen Landwirtschaft setzt gerade erst jetzt ein und wird das Land noch lange begleiten.

Angesichts der sehr hohen Arbeitslosenrate, der gravierenden regionalen Asymmetrien und der Herausforderungen durch die Wissensgesellschaft stehen Polen weiterhin weitreichende und sicher auch schmerzhaft Reform- und Anpassungsprozesse bevor.

Unabhängig davon ist das Land besser in die EU gestartet als dies die meisten Skeptiker, aber auch die größten Optimisten glaubten. Angesichts der deprimierenden EU-Krise des Frühsommers 2005 wird sich aber erst mittelfristig abschätzen lassen, wie viel dieser „Blitzstart“ wert war.

²⁸ Zbigniew Wilkiewicz: Polen und die europäische Identität. In: aktuelle ostinformationen,3-4 (2003), S. 1-9, S. 2.

Jacek Brdulak, Hanna Godlewska, Jan Matlachowski

(Die Autoren sind Hochschullehrer an der Warsaw School of Economics, SGH)

Tendenzen der Bildungsentwicklung in Polen in den Jahren 1990-2004

Grundlegend für die Systemtransformation der 1990er Jahre in Polen war die Reorganisation des bisherigen Verwaltungssystems des Staates und die Veränderung seiner Administrationsregeln. Besonders wichtig war die Dezentralisation der Wirtschaft und ihrer Mechanismen. Sie hatte dadurch einen gewaltigen Einfluss auf die Veränderung der Bildungslandschaft in Polen. Es kam in den Schulen aller Typen zu grundsätzlichen Änderungen der Lehrpläne und zu ihrer Anpassung an die Marktwirtschaft sowie an aktuelle demokratische und gesellschaftliche Regeln. Es wurde die Reform des Grund- und Mittelschulwesens eingeführt, was die Auflösung der 8jährigen statt der bis dahin 6jährigen Grundschule sowie die Einführung des 3jährigen Gymnasiums bedeutete. Gleichzeitig wurde die Unterrichtszeit in den Mittelschulen von 4 Jahren in den Lyzeen auf 3 Jahre und in den Technika von 5 Jahren auf 4 Jahre reduziert.

In Polen brach ein Bildungsboom aus, was insbesondere für das Hochschulwesen galt. Die Zahl der Studierenden stieg und die Konkurrenz zwischen den einzelnen Hochschulen und Universitäten nahm zu.

Tabelle Nr. 1 Grundschulen und Gymnasien und ihre Träger

Spezifikation	Schuljahr					
	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03	2001/02	2002/03
	Schulen		Schüler/Studenten		Absolventen	
			in TSD			
Grundschulen	15836	15593	3105,1	2983,0	561,8	548,3
<i>Einheiten der territorialen Selbstverwaltung</i>	15216	14926	3062,7	2939,4	556,3	542,1
<i>Gemeinschaftliche u. durch Vereine geführte Organisationen nach Konfession</i>	363	389	21,0	21,8	2,5	3,2
<i>Einheiten der Zentralen Staatsverwaltung</i>	59	70	5,9	6,8	0,6	0,7
<i>Sonstiges</i>	35	46	4,9	4,9	0,9	0,8
Gymnasien	163	162	10,6	10,1	1,5	1,5
<i>Einheiten der territorialen Selbstverwaltung</i>	6423	6609	1743,1	1709,0	0,0	573,5
<i>Gemeinschaftliche u. durch Vereine geführte Organisationen nach Konfession</i>	5877	6020	1716,0	1676,0	0,0	565,2
<i>Einheiten der Zentralen Staatsverwaltung</i>	250	265	11,4	12,8	0,0	3,5
<i>Sonstiges</i>	96	107	8,0	10,7	0,0	1,9
	25	41	1,1	1,5	0,0	0,4
	175	175	6,6	8,1	0,0	2,5

Quelle: eigene Bearbeitung nach Statistischem Jahrbuch GUS 2003.

Tabelle Nr. 2 Grundschulen und Gymnasien für Schüler und Jugendliche (ohne Sonderschulen)

Schulen	Schuljahr											
	1990/1991			2000/2001			2001/2002			2002/2003		
	Ge- samt	Stadt	Land									
Grund- schulen	19446	4638	14808	15986	4784	11202	15079	4455	10624	14810	4300	10510
Gymna- sien	0	0	0	5668	2901	2767	5668	2901	2767	5804	2926	2878
Gesamt	19446	4638	14808	21654	7685	13969	20747	7356	13391	20614	7226	13388

Quelle: eigene Bearbeitung nach Statistischem Jahrbuch GUS 2002 und 2003.

Die Analyse der in der Tabelle Nr. 2 enthaltenen Daten zeigt, dass sich die Gesamtzahl der Schulen im Vergleich mit dem Jahr 1990 vergrößert hat und zwar von 19.446 im Schuljahr 1990/1991 auf 20.614 im Schuljahr 2002/2003. Diese Steigerung betraf hauptsächlich die Städte, bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Schulen auf dem Lande. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die im Jahre 1999 erfolgte Einführung eines neuen Grundschultyps, des sog. Gymnasiums, die gesamte Grundlehrzeit (Grundschule plus Gymnasium) im Vergleich zur alten 8jährigen Grundschule um ein Jahr verlängerte und heute insgesamt 9 Jahre beträgt. Diese Verlängerung des allgemeinen Grundlehrzyklus bildet den Hauptfaktor für die allgemeine Zunahme der Zahl dieser Schulart.

Aus den präsentierten Daten geht eindeutig hervor, dass sich die Bildungsinfrastruktur auf dem Lande im Vergleichszeitraum eindeutig verschlechtert hat, bei gleichzeitiger Konzentration des Schulnetzes in den Städten.

Die Lage sieht im Falle der Studierenden (vergleiche Daten der Tabelle Nr. 3 und Nr. 4) etwas anders aus. In allen analysierten EU-Ländern mit Ausnahme Deutschlands kam es im Vergleichszeitraum zu einer allgemeinen Steigerung der Zahl der Studierenden. Detaillierte Informationen über die Gründe dieser Erscheinungen liegen allerdings nicht vor. Im Falle Deutschlands scheint die Lage besonders komplex und schwierig zu sein.

Tabelle Nr. 3 Hochschulstudenten ausgewählter EU-Länder

Land	1995/96	2000/01	1995/96	2000/01	Darunter Aus- länder in TSD
	Insgesamt				
	in TSD		je 10 TSD der Bevölke- rung		
Österreich	239	265	297	326	27,1
Frankreich	2092	2032	359	344	138
Griechenland	329	478	314	477	0
Spanien	1592	1834	406	457	21,4
Deutschland	2144	2084	262	253	0,3
Italien	1775	1812	310	313	29,2
Polen	860	1775	223	459	6,6

Quelle: eigene Bearbeitung nach Statistischem Jahrbuch GUS 2003.

Tabelle Nr. 4 Polnische Studenten im Vergleich zur EU

Spezifikation	Studienjahr			
	1990/91	2000/01	1990/91	2000/01
	EU		Polen	
	Je 10.000 an der Bevölkerung			
Hochschulstudenten je 10 TSD der Bevölkerung	266	331	142	459

Quelle: eigene Bearbeitung nach Statistischem Jahrbuch GUS 2003

Ein direkter Vergleich der zugänglichen statistischen Daten der verschiedenen Typen der Hochschulen Polens und Deutschlands ist wegen der unterschiedlichen Klassifizierung unmöglich.

Die in den Tabellen Nr. 5 und Nr. 6 dargestellten Daten zeigen aber eindeutig, dass 2002/2003 das bahnbrechende Studienjahr für das Hochschulwesen in Polen war, da es von da an mehr Hochschulen in Polen als in Deutschland gab. Um ausgewählte Hochschularten miteinander vergleichen zu können, sind in Tabelle Nr. 5 diejenigen Hochschultypen dargestellt, die über deutsche Klassifizierungspendants verfügen. Hochschulen, für die es keine entsprechenden deutschen Pendants gibt, werden als "Sonstige" bezeichnet.

Tabelle Nr. 5 Hochschulen in Polen

Hochschulen			
Hochschularten	2000/01	2001/02	2002/03
Hochschulen insgesamt	310	344	377
Universitäten	15	17	17
Pädagogische Hochschulen	19	17	17
Theologische Hochschulen	15	10	14
Sonstige Hochschulen	261	300	329

Quelle: eigene Bearbeitung nach Statistischem Jahrbuch GUS 2002 und 2003.

Aus den Daten ergibt sich, dass das polnische Hochschulwesen in den letzten Jahren eine markante Entwicklung genommen hat. Im Verlauf von zehn Jahren verdreifachte sich die Zahl der Studierenden an den Hochschulen und erreichte laut OECD eine Größenordnung, die mit den Mittelwerten wohlhabender Länder vergleichbar ist. Dabei ist allerdings anzumerken, dass im Jahre 2001 Polen mit 6,4 und Frankreich mit 6,8 diejenigen beiden Länder mit der höchsten Zahl nicht berufstätiger Personen waren, die ein Studium an Hochschulen aufnahmen.¹ Diese Zahlen liegen erheblich über dem von der OECD ermittelten Mittelwert von 4,6.

¹ OECD (2003). Education at a Glance: OECD Indicators. Paris.

Tabelle Nr. 6 Hochschulen in Deutschland

Hochschulen			
Hochschularten	2000/01	2001/02	2002/03
Hochschulen insgesamt	349	355	359
Universitäten	90	91	99
Gesamthochschulen ¹	7	7	-
Pädagogische Hochschulen	6	6	6
Theologische Hochschulen	16	16	17
Kunsthochschulen	49	50	50
Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	153	156	158
Verwaltungsfachhochschulen	28	29	29
¹ Ab dem Wintersemester 2002/2003 wurden die Gesamthochschulen den Universitäten zugeordnet.			
Aktualisiert am 7. März 2003			

Quelle: nach Angaben vom Statistischen Bundesamt Deutschland 2003, Online Ausgabe, aktualisiert am 07. März 2003.

Analysiert man alle zugänglichen Statistiken, so scheint Polen vor dem Hintergrund anderer europäischer Länder ziemlich gut platziert zu sein und im Hochschulwesen sogar bedeutende Erfolge erzielt zu haben. Es scheint also in der Lage, aufgrund seiner starken (wenn auch elitären) akademischen und intellektuellen Traditionen und durch Investitionen in Humanressourcen eine wissensbasierte Wirtschaft (WBW) aufzubauen.

Die letzte internationale Schulleistungsstudie PISA² sowie andere Erhebungen zum Schulwesen stellen die Effizienz des polnischen Schulsystems sowie der gesamten Lehre im Hinblick auf die sich wandelnden Anforderungen einer wissensbasierten Wirtschaft und der EU-Mitgliedschaft allerdings in Frage. Ein prägnantes Beispiel hierfür sind die Ausbildungsprobleme der polnischen Landbevölkerung.

Sowohl in Polen als auch in anderen europäischen Ländern spielen die notwendigen Qualitätsänderungen in der Agrarwirtschaft eine immer größere Rolle. Die Landwirte müssen sich an die neue Situation anpassen, wobei folgende Faktoren wichtig sind:

² Die internationale Schulleistungsstudie PISA (Programme for International Student Assessment) aus dem Jahre 2000 im Auftrag der [OECD](http://www.oecd.org) (Organization for Economic Cooperation and Development).

- der wissenschaftlich-technische Fortschritt: neue Aufgaben für die Landwirte im Bereich der Biotechnologie, der Automatisierung und Computerisierung technologischer Prozesse,
- die ökologische Entwicklung: die zwingende Umsetzung von Kontrollsystemen sowie die Einführung der biodynamischen Landwirtschaft,
- die immer häufigere Gefährdung der Nahrungssicherheit durch Epidemien von Tierkrankheiten beim Menschen: Rinderwahnsinn (BSE), Vogelgrippe,
- die Erfüllung der EU-Anforderungen in den Agrarbetrieben sowohl rechtsökonomisch als auch formal-organisatorisch: z.B. die Einführung des Tieridentifizierungssystems und der Rechnungsführung in der Agrarwirtschaft,
- die wachsende Konkurrenz für Agrarprodukte auf den Inlands- und Weltmärkten mit der ständigen Notwendigkeit, nach Marktlücken und neuen Absatzgebiete zu suchen.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Führung einer konkurrenzfähigen Agrarbetriebs erfordern eine bessere Ausbildung und die Bereitstellung zusätzlicher beruflicher Qualifikationen. Bildungsfortschritte bei der Landbevölkerung schaffen die Bedingungen für eine multifunktionale Entwicklung ländlicher Gebiete. Mit besser ausgebildeter Bevölkerung in der Region kann man einen höheren Grad an professioneller anstatt demographischer Urbanisierung erreichen.

Das ist zum Beispiel im Falle Norwegens ersichtlich, wo im Jahre 1990 der Anteil der Bevölkerung im Alter über 25 Jahre mit mehr als Mittelschulbildung in den Städten 18,3% ausmachte, während er auf dem Lande bei einem Durchschnittswert von 15,9% lediglich bei 9,3% lag.³ Vor diesem Hintergrund fiel das polnische Dorf sehr ungünstig aus, denn im vergleichbaren Zeitraum (1988) lag dieser Indikator für die Landbevölkerung lediglich bei 2,2 % (vergleiche dazu Tabelle Nr. 3).

Tabelle Nr. 1 Die Bevölkerung im Alter über 25 Jahre mit mehr als Mittelschulbildung in ausgewählten europäischen Ländern

Land	Jahr	Der Anteil der Bevölkerung mit mehr als Mittelschulbildung an der Gesamtheit der Bevölkerung im Alter von über 25 Jahren - Gesamt	Der Anteil der Bevölkerung mit mehr als Mittelschulbildung an der Gesamtheit der Bevölkerung im Alter von über 25 Jahren – in Städten	Der Anteil der Bevölkerung mit mehr als Mittelschulbildung an der Gesamtheit der Bevölkerung im Alter von über 25 Jahren – auf dem Lande
Bulgarien	1992	15,2	21,5	3,4
Kroatien	1991	6,4	8,8	1,2
Estland	1989	13,7	16,1	7,4
Griechenland	1991	8,7	12,4	1,3
Norwegen	1990	17,9	21,1	9,4
Rumänien	1992	6,9	12,0	1,4
Polen	1988	7,9	11,3	2,2

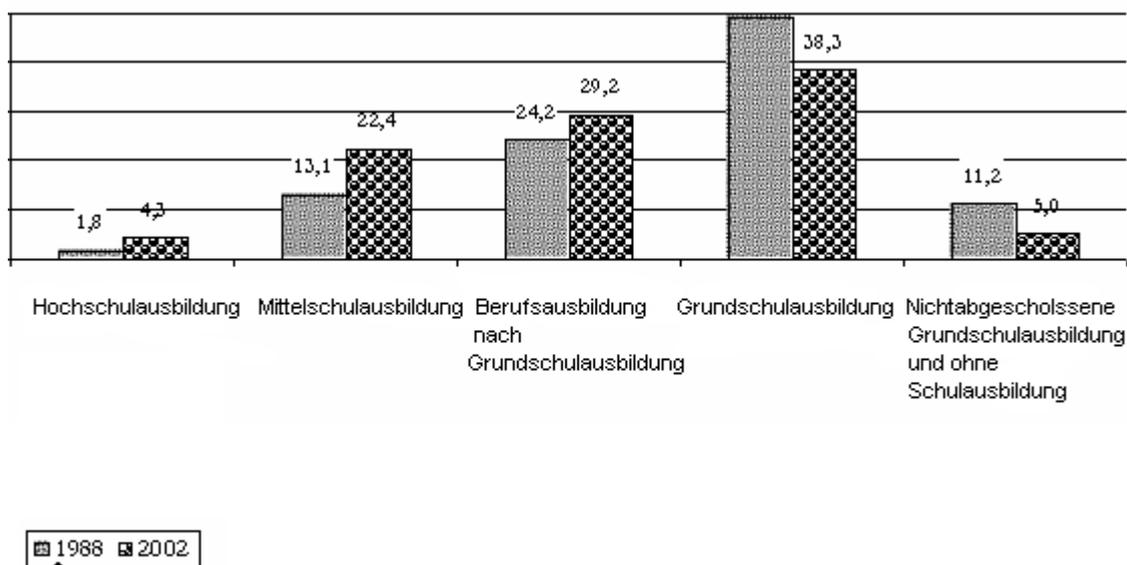
Spätere Angaben hinsichtlich der Bildungsstruktur in städtischen und ländlichen Gebieten liegen nicht vor.

Quelle: eigene Bearbeitung nach: <http://portal.unesco.org/uis/ev.php?>

³ Quelle : http://portal.unesco.org/uis/ev.php?URL_ID=5234&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201&reload=1065515212.

Nach der Einführung der Marktwirtschaft in Polen hat sich die Situation wesentlich verbessert. Im Moment fehlen zwar Vergleichsdaten für Polen und die übrigen Länder der Welt. Die aktuelle polnische Situation kann man aber mit Hilfe von Daten aus der allgemeinen Volkszählung rekonstruieren. Diese Volkszählung erfasst einen bedeutenden Zuwachs des Anteils von Personen mit Hochschulausbildung unter der Landbevölkerung im Alter über 15 Jahre, und zwar von 1,8% im Jahre 1988 auf 4,3% im Jahre 2002. Der Prozentsatz von Personen ohne Schulbildung hat sich auf dem Lande halbiert (vergleiche dazu Diagramm Nr. 1).

Diagramm Nr. 1 Landbevölkerung im Alter über 15 Jahre nach Bildungsstufe und Wohnsitz in den Jahren 1988 und 2002 in %



Quelle: http://www.stat.gov.pl/spis/spis_lud/roz2.doc, S. 28-31.

Dennoch fällt das Bildungsniveau der Landbevölkerung im Vergleich mit den in den hoch entwickelten Wirtschaftsländern geltenden Standards wesentlich ab. Hieraus ergibt sich die Frage, welche Bildungsstruktur notwendig ist, damit die Arbeitslosigkeit nachhaltig abgesenkt werden kann.

Die Struktur der Bildung beeinflusst die Situation des Arbeitsmarktes in den Städten und in den ländlichen Gebieten. Große Bedeutung haben abgeschlossene Hochschulstudien, weil deren Absolventen oft Leitungsfunktionen in den lokalen Gemeinschaften einnehmen. In 19 von insgesamt 26 in dem Bericht erfassten Ländern waren Gesellschaftswissenschaften, Ökonomie und Jura häufig gewählte Studienrichtungen. Dieser Anteil ist in Polen besonders hoch und beträgt über 46% im Vergleich zu Norwegen und Schweden,

wo er ca. 25% ausmacht.⁴ Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass es in Polen ein Überangebot an Studien dieses Typs, besonders mit ökonomischer Ausrichtung, gibt.

Hinsichtlich des Entwicklungsniveaus ländlicher Gebiete kann ein Vergleich der Zahl von Hochschulabsolventen mit naturwissenschaftlichem Abschluss mit der berufstätigen Bevölkerung im Alter von 25 bis 34 Jahren sehr interessant ausfallen. Wie sich aus dem zitierten Bericht ergibt, ist die Zahl der Absolventen im o.g. Wissenschaftszweig stark ausdifferenziert. Besonders hoch ist dieser Index in Irland: 1.400 Absolventen auf 100.000 Berufstätige im Alter von 25 bis 34 Jahren. Über 1.000 Absolventen auf 100.000 Berufstätige in der o.g. Alterskategorie notiert man auch in Finnland, Frankreich, Großbritannien und Spanien. Deutlich niedriger ist dieser Index in Polen, nämlich unterhalb 800. Ähnliche Indices wurden in Deutschland festgestellt. In den Niederlanden, Norwegen, Dänemark und Österreich sind es unter 600 Absolventen. Berücksichtigt man die große Bedeutung der Landwirtschaft für den polnischen Arbeitsmarkt sowie ihre extreme Parzellierung, so wird deutlich, dass sie in der Bildungslandschaft viel zu schwach vertreten ist, besonders wenn es um Biotechnologie und Genetik geht.

In denjenigen Ländern, die sich durch eine geringere Arbeitslosenquote auszeichnen, fällt die Länge der Ausbildungsperiode auf. Wie sich aus dem zuvor zitierten OECD-Bericht ergibt, haben Länder mit einer niedrigeren Arbeitslosenquote eine länger lernende und besser ausgebildete Gesellschaft. In Schweden bilden sich zum Beispiel über 20 % der 29jährigen weiter oder belegen Nachdiplomstudien. In Dänemark, Norwegen und Holland bilden sich vor Vollendung des 30. Lebensjahres ca. 10% der 29jährigen weiter, während in Polen dieser Prozentsatz kaum 2% beträgt.

Deshalb steht das polnische Bildungswesen, insbesondere in den ländlichen Gebieten, vor einer großen Herausforderung. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt stellt dabei eine echte Chance für den Bildungsbereich dar.

Die Netz- und Informationstechnologien erleichtern den Zugang zum Wissen außerordentlich. Bessere Qualität, geringere Kosten, eine bessere Anpassung an den Bedarf der Konsumenten und das Entstehen neuer Produkte beweisen dies. Andererseits vertieft sich der technologische, wissenschaftliche und digitale Unterschied zwischen den entwickelten Ländern, die das Wissen, die Wissenschaft und die Technologie für die Festigung ihres Wohlstands nutzen können, und den weniger entwickelten Ländern, die nicht im Stande sind, in ausreichendem Maße an dieser Jahrhundertrevolution teilzunehmen.

Der Fernunterricht spielt im polnischen Bildungswesen eine immer größere Rolle. Hierbei erfüllt er bei der Erhöhung der beruflichen Qualifikationen eine wesentliche Funktion. Das Internet und das Bildungswesen gleichen im 21. Jahrhundert die Lebenschancen der Menschen aus verschiedenen Lebenskreisen und Regionen aus, auch die der Bildungsbenachteiligten. Die Wissenschaft wird die größten Probleme der Welt lösen: die Alterung der Gesellschaft, den ständigen Zuwachs des Arbeitspotenzials und die Zunahme der Bildungsanforderungen. Aufgrund von in den USA durchgeführten Forschungen werden in den nächsten Jahren 80 % der Arbeitnehmer Zusatzqualifikationen benötigen und es werden 75 % völlig neuartiger Arbeitsplätze (besonders unter Fachleuten, Technikern und Leitungspersonal) entstehen. Vergleichbare Forschungen wurden in

⁴ *Bildung auf einen Blick. OECD Indikatoren. Ausbildung und Kompetenzen. OECD Brüssel 2001.*

Polen zwar nicht durchgeführt, man kann aber annehmen, dass sich hier ähnliche Trends ergeben werden. Dies bedeutet, dass diejenigen Firmen, die nicht in die Fortbildung ihrer Beschäftigten investieren, fast alle ihre Mitarbeitenden verlieren, dagegen Firmen, die sich über Ausbildung und Schulungen ihres Personals Gedanken machen, um mehr als 45 % über dem Marktdurchschnitt liegende Ergebnisse erzielen werden.⁵

Computermethoden und moderne Multimediatechnologien bestimmen immer stärker die Entwicklungsrichtung der Ausbildungstechnik. Wodurch ist sie gekennzeichnet und mit welchen Problemen ist der Fernunterricht verbunden? Es handelt sich hierbei um eine didaktische Methode, bei der Schüler und Lehrer weit voneinander entfernt sind (nicht im gleichen Raum und an demselben Ort, sehr oft Hunderte Kilometer voneinander getrennt). Um möglichst optimale Ergebnisse beim Fernunterricht zu erzielen, werden in Abhängigkeit vom Bedarf und der Situation verschiedene Techniken eingesetzt, vom einfachen Modemanschluss eines Computers an die Telefonleitung bis hin zur Nutzung schneller Satellitenleitungen.

Hinsichtlich der angewandten Kommunikationsmittel kann man folgende Methoden unterscheiden:

- Fernunterricht: in Polen gibt es gegenwärtig einige Einrichtungen, die Fernunterricht anbieten: CEAC Polonia - Centro de Ensenanza a Distancia; ESKK; EDE Poland - European Distance Education; ODDK (Zentrum für Beratung und Qualifizierung). Diese Einrichtungen bieten Kurse für Fremdsprachen, Informatik, schnelles Lesen, Rechnungswesen u.ä. an.
- Rundfunk- und Fernsehunterricht, was besonders Programme für Landwirte und Fremdsprachen angeht. Diese Art des Unterrichtens lässt sich weiter unterteilen:
 - in Rundfunk- und Fernsehunterricht mit Interaktionen per Telefon, Fax, Computer oder Video,
 - durch Computer gestütztes Unterrichten
 - durch Internet gestütztes Unterrichten
 - Unterrichten unter Verwendung von Videotelephonie und Videokonferenzen.

Bei allen Lernprozessen ist die Wissenskontrolle – inklusive Prüfungen - ein wichtiges Element. Im traditionellen, stationären System geschieht dies durch Kontrollarbeiten oder mündliche Prüfungen. Dank moderner Technik, bei der Videokonferenzen geschaltet werden, sind Fernprüfungen möglich geworden.

Durch den Fernunterricht wird die Unabhängigkeit und Autonomie des Studierenden hervorgehoben, wodurch man betont, dass das Ausbildungsziel darin besteht, die Unabhängigkeit des Studierenden und einen individualisierten Studiengang zu entwickeln. In ihrer liberalsten Fassung geht diese Konzeption sogar davon aus, dass die Lernziele vom Studierenden selbst definiert werden. Eine zweite Konzeption hat die Interaktionen zwi-

⁵ A. Kryg: Edukacja przez internet. Siła zdalnego nauczania. In: Gazeta Prawna, Nr 81 vom 25 April 2002.

schen den Zielen und den Fähigkeiten des Studierenden, zwischen sozialen und organisatorischen Faktoren sowie zwischen Ausbildung und Ergebnissen zur Voraussetzung.⁶ Eine effektive Form der Unterrichtsorganisation an Hochschulen ist die Verbindung stationärer und nicht stationärer Lehrformen. Dies ermöglicht es, die stationäre Basis (hauptsächlich die Dozenten) besser für den Fernunterricht zu nutzen und garantiert auch ein homogenes Niveau bei der Rekrutierung von Studienanfängern und bei den Abschlussprüfungen. Allerdings wird kritisiert, dass die Starrheit stationärer Lehrformen die neuen nicht stationären Formen blockiert, besonders wenn der Unterricht von den gleichen Lehrern durchgeführt wird. Man geht deshalb davon aus, dass sich andere Lehrergruppen mit dem Fernunterricht befassen sollten.

Mit der Bildung beschäftigen sich in Polen Einrichtungen unterschiedlicher Profile. Dabei wird das E-Learning bislang als breit angelegtes Experiment verstanden. Global betrachtet ist es schon fester Bestandteil des Bildungskanons. Dies gilt auch für Polen, wo viele Hochschulen dieses Lehrsystem eingeführt haben. Zum Beispiel fördert die renommierte Szkoła Główna Handlowa in Warschau, SGH (Warsaw School of Economics) die traditionellen, klassischen Lehrformen durch ein E-Learning System unter der Internetadresse www.e-sgh.pl. Das System ermöglicht,

- dass Ergänzungsmaterialien zu Vorlesungen und Übungen von Tages- und Fernstudien sowie von Nachdiplomstudiengängen präsentiert werden. So kann der Lehrende den Unterricht um Ergänzungsmaterialien und Übungen bereichern, aber auch um neue Themen und Zusatzmaterialien ausweiten. Der Dozent kann in diesem System auch Materialien unterbringen, die während des Vortrags auf Folien präsentiert wurden;
- dass komplette Vorlesungen bereitgestellt werden, die das Programmangebot der Hochschule erweitern;
- dass Kurse oder Schulungen organisiert und durchgeführt werden, die nicht an Studierende der SGH gerichtet sind.

Alle Vorlesungen, die in dem System gespeichert sind, werden in Form eines Vollschirmdias vorgestellt. Im Fenster erscheint jeweils eine optimale Textmenge, sodass beim Lesen ein aufwendiges Scrollen und die Suche zwischen größeren Textblöcken entfällt. Die auf der Internetplattform präsentierten Materialien sind in vollem Umfang multimedial. Der Text ist mit Aufnahmen, Zeichnungen, Animationen versehen. Die Materialien können durch audio- und audiovisuelle Dateien ergänzt werden.

Ein Zugang zu weiteren Dias kann beschränkt werden, wenn es z.B. nicht die richtige Antwort auf die zu lösende Aufgabe gegeben hat. Tests können auch Hilfsmaterialien beinhalten, die den Benutzer auf die richtige Antwort bringen sollen. Ein Zusatzsystem speichert die Daten der bereits gelösten Tests und ermöglicht so das wiederholte Herangehen an Fragen, die dem Benutzer die größten Schwierigkeiten bereitet haben.

⁶ Polnische Online-Enzyklopädie von Wirtualna Polska: Encyklopedia elektroniczna portalu Wirtualna Polska 2004.

Die Vorlesungen finden in der Regel via Internet statt und sind deswegen in beliebigen, von den Studierenden bestimmbaren Zeiträumen abrufbar. Der Studierende ist aber nicht nur auf sich selbst gestellt. Die Autoren der Internetplattform der SGH haben insgesamt vier voneinander unabhängige Methoden des Kontakts zwischen den Studierenden und den Vortragenden ausgearbeitet:

1. **Chat:** Gesprächsräume, in denen zu einem verabredeten Zeitpunkt Treffen der Studierenden mit den Lehrenden stattfinden.
2. **Informationsforen:** Orte, an denen alle Hörer einer Vorlesung Informationen austauschen können.
3. **Textnachrichten:** Das System verfügt über ein Sendemodul, mit dessen Hilfe Kurzinformationen an einen, mehrere oder alle Studierenden einer Arbeitsgruppe adressiert werden können. Dieses Modul verfügt ebenfalls über die Option, die Empfänger per SMS darüber zu informieren, dass eine neue Nachricht angekommen ist.
4. **E-Mail:** die elementare und zugleich immer noch effektivste Form des Kontakts. Sie ermöglicht als einzige der hier erwähnten Methoden das Übersenden von Dateien. Sie wird immer dann genutzt, wenn die Notwendigkeit für solche Übertragungen besteht.⁷

⁷ Die E-Plattform wurde vom Zentrum für nicht-stationäre Ausbildung an der Warsaw School of Economics entwickelt. Die Beschreibung in polnischer Version findet sich auf der Internetseite der SGH.

Jos Stübner

Transformation und Nationalismus. Die Auswirkungen des Systemwandels auf die Lage der slowakischen Roma

1. Einleitung

Mediale Schlagworte wie „Hungerrevolte“ und „Aufstände der Roma-Minderheit“¹ machten Anfang 2004 erstmals eine größere Öffentlichkeit auf die Notlage der slowakischen Roma, die nach Schätzungen bis zu 10% der Gesamtbevölkerung ausmachen, aufmerksam.² Dass die problematische Situation der Roma nun, da die Slowakei seit dem 1. Mai 2004 ein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist, nicht lediglich als eine nationale Angelegenheit betrachtet werden kann, ist offensichtlich. Ihre europäische Dimension ist schon seit längerem in Form zunehmender Migrationsbewegungen von Roma aus der Slowakei in andere Staaten wahrzunehmen.³ Die Ursache dieser „Flucht“ ist zum einen sicherlich in der jüngst noch verschärften sozialen und wirtschaftlichen Situation zu sehen.⁴ Zum anderen sehen sich die Roma in der Slowakei einer massiven, zum Teil existenzbedrohenden Diskriminierung ausgesetzt. Diese kommt in den verschiedensten Lebensbereichen wie Bildung, Wohnungs- und Arbeitssuche oder auch im Umgang mit Behörden zum Ausdruck. Den negativen Gipfel dieser Anfeindungen stellen zweifellos die regelmäßigen gewaltsamen Übergriffe von Skinheads auf Roma dar.⁵ Bemerkenswerterweise handelt es sich bei dem wirtschaftlichen Abstieg wie auch bei jener aggressiven Form der Diskriminierung um ein spezifisches Phänomen der noch jungen postsozialistischen Slowakei.⁶

Ist die Roma-Minderheit also tatsächlich ein besonderes Opfer des Transformationsprozesses gerade im Vergleich zu anderen Minderheiten? Letzteres bezieht sich insbesondere auf die ungarische Minderheit, welche seit 1998 sogar an der Regierung beteiligt ist. Wo liegen Unterschiede oder auch Kontinuitäten in der Minderheitenpolitik im Verlauf des Wandels vom sozialistischen zum westlich demokratischen System, einerseits zu Zeiten der autoritären Phase Vladimir Mečiar und andererseits unter der seit dem Machtwechsel 1998 von Mikuláš Dzurinda geleiteten Regierung? Lässt sich zudem eine grundsätzliche Aussage hinsichtlich eines grassierenden Nationalismus oder Rassismus

¹ Vgl. taz Nr. 7312 (18.3.2004), Slowakei wegen Roma kritisiert, URL: <http://www.taz.de/pt/2004/03/18/a0168.nf/text.ges,1> [Stand 11.09.04]; Tagesschau.de (27.02.2004), Ostslowakei. Massiver Polizeieinsatz gegen Roma-Proteste, URL: <http://www.mdr.de/eu/aktuell/1235704.html> [Stand 11.09.04].

² Vgl. Anna Mikulcova, Der Minderheitenschutz in der Slowakei unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Roma, in: Osteuropa Recht. Gegenwartsfragen aus den Rechten des Ostens 48/6 (2002), S. 487.

³ Als Reaktion auf solche Wanderbewegungen schrieben andere EU-Staaten eine Visa-Pflicht für Bürger der Slowakei vor – vgl. Mikulcova, S. 491.

⁴ So trifft die zu Beginn des Jahres 2004 eingeführte Halbierung der Unterstützung von Langzeitarbeitslosen die Roma-Bevölkerung besonders hart, da deren Arbeitslosenrate in manchen Gebieten 100% beträgt – vgl. Eva Glauber, „Donner und Blitz über der Tatra“. Die innenpolitischen Krisen der Slowakei, in: Das Parlament 54/17 (2004), S. 6.

⁵ Vgl. U.S. Department of State (25.02.2004), Country Reports on Human Rights Practices – 2003. Slovak Republic, URL: <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2003/27863pf.htm> [Stand 11.09.04].

⁶ Vgl. Zoltan Barany, Orphans of Transition. Gypsies in Eastern Europe, in: Journal of Democracy 9/3 (1998)S. 145f.; darüber dürfen allerdings nicht die brutalen Methoden der Zwangsassimilation und die Sterilisationsprogramme für Roma-Frauen in der sozialistischen ČSSR außer Acht gelassen werden – vgl. ders., The East European Gypsies. Regime Change, Marginality and Ethnopolitics, Cambridge 2002, S. 117f.

in der Slowakei als Folge der Transformation entlang der auf Minderheiten bezogenen Problemfelder treffen?

Für die Beantwortung dieser Fragen sollen die rechtlichen, politischen sowie gesellschaftlichen Aspekte im Mittelpunkt stehen, ohne die enorme Bedeutung der ökonomischen Bedingungen mit ihren immensen Wechselwirkungen zu den ersteren Politikfeldern negieren zu wollen. Als Grundlage und Rahmen der Untersuchung dienen die theoretischen Überlegungen der Transformationsforschung, welche mit der empirisch feststellbaren Realität in der Slowakei in Bezug gesetzt werden sollen. Diesem Schema folgend wird gemäß der Chronologie der Slowakischen Republik zunächst die Regierungszeit Mečiar und daraufhin die Zeit nach seiner Abwahl 1998 zu analysieren sein. Dem wird sich ein Abschnitt anschließen, in welchem die Besonderheiten der Roma, gegenüber anderen Minderheiten, und ihren daraus folgenden besonderen Problemen im Zuge der Systemtransformation im Zentrum stehen.

2. Die Ära Mečiar – Nationalismus als Prinzip

2.1. Homogenisierungsbestrebungen und Populismus als Resultat des Transformationsprozesses

Auf den Regimewechsel 1989/90 folgte für die Roma-Bevölkerung in der Slowakei, trotz anfänglicher positiver Anzeichen wie der erstmaligen rechtlichen Anerkennung als Minderheit,⁷ besonders nach der Trennung von der Tschechischen Republik eine Phase massiver Diskriminierungen,⁸ welche 1997 auch mit zur vorläufigen Ablehnung des Beitritts zur Europäischen Union beitrugen.⁹ Dass der bis 1998 regierende Vladimír Mečiar als Person und seine national orientierte Regierungskoalition einen äußerst autoritären Führungsstil praktizierten, steht außer Frage.¹⁰ Eine daraus resultierende minderheitenfeindliche Politik erscheint nicht außergewöhnlich, bietet aber lediglich auf akteursbezogener Ebene eine Antwort für die Entwicklung der Slowakei.

Mečiar, dessen Name untrennbar mit dem Beginn und der Anfangszeit einer erstmals unabhängigen Slowakischen Republik verknüpft ist, muss hingegen selbst als das Produkt und zugleich als Förderer einer Entwicklung gesehen werden, die aus der besonderen Konstellation, unter welcher der Transformationsprozess in der Slowakei ablief, hervorging – die Forcierung einer national orientierten Homogenisierung.

Eine Systemtransformation erfolgt bekanntlich auf verschiedenen Ebenen; primär im politischen System an sich sowie hinsichtlich der wirtschaftlichen Ordnung. Im speziellen Fall der Slowakei kam es zudem, wie auch in einigen anderen ehemals sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas, parallel zur Herausbildung eines neuen souveränen Nationalstaates. Diese drei Vorgänge stehen in einem komplexen wechselseitigen Ver-

⁷ Vgl. Mikulcova, S. 487.

⁸ Vgl. Claudia Eicher; Mirko Krück; Wolfgang Merkel, Slowakei, in: Werner Weidenfeld (Hg.), Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation, Gütersloh 2001, S. 213.

⁹ Vgl. Mikulcova, S. 488f.

¹⁰ Mečiar wurde auch in Anspielung an den autoritären Staatschef Weißrusslands als „Lukaschenko von der Donau“ bezeichnet – vgl. Commission on Security and Cooperation in Europe (2003), Coerced Sterilization of Romani Women in Slovakia, URL: <http://www.csce.gov/pdf/Coerced%20Sterilization.pdf> [Stand 11.09.04], S. 1.

hältnis und verstärken gegenseitig die Probleme der jeweils anderen Transformationsstränge – das Problem der Gleichzeitigkeit entsteht.¹¹

Die besondere Aufmerksamkeit gilt hier nun dem sich neu herausbildenden Nationalstaat. Als ein solcher ist die Slowakische Republik, die nun erstmalig in ihrer Geschichte durch die Spaltung der ČSFR 1992 die volle Souveränität erwarb, in jedem Falle anzusehen.¹² Über einen solchen sich neu definierenden Nationalstaat gelangt man auch direkt zu der Frage nach der Ethnizität und weiter nach den ethnischen Minderheiten. So ist für die Bildung einer Nation, welche als Basis eines Nationalstaates dient, die Herausbildung einer gemeinsamen Identität und eine damit verbundene Abgrenzung von den nicht der Gemeinschaft zugehörigen Elementen vonnöten. Friedrich Heckmann sieht es als eine Norm des Prinzips von Nation und Nationalstaat, „sich als kulturell möglichst homogene Gebilde zu etablieren.“¹³ Erst die Nationalstaatsbildung lässt im Grunde verschiedene Ethnien beziehungsweise Minderheiten entstehen – heterogene, nicht der eigenen Kultur zugehörige Elemente werden assimiliert oder marginalisiert.

In diesem Zusammenhang entsteht nun, bezüglich des Demokratisierungsprozesses, eine der angedeuteten Wechselwirkungen. Zum einen wird gerade für die Demokratisierung ein sich abgrenzender Bevölkerungsteil als notwendig betrachtet; ein demos, der sich dadurch definiert, dass er sich von anderen demoi unterscheidet.¹⁴ Zum anderen ermöglicht erst die Demokratisierung den politischen Wettbewerb und bietet somit die Chance für „rationale Stimmenmaximierer“¹⁵ sich über populistische Themen zu profilieren und Wahlsiege zu erringen.¹⁶ Im Zusammenspiel mit der Homogenisierungstendenz kann daraus die Erscheinung des Nationalpopulisten, der sich vom Trend tragen lässt und ihn zusätzlich forciert, entstehen. In dieser Weise trägt paradoxerweise gerade der Demokratisierungsprozess in Wechselwirkung mit dem Nationalstaatsbildungsprozess zu einer Verstärkung von nationalistischer oder auch rassistischer Politik bei.

¹¹ Vgl. Wolfgang Merkel, *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Opladen 1999, S. 377ff.

¹² Abgesehen von der eher zweifelhaften Selbstständigkeit als Vasallenstaat Nazi-Deutschlands während des Zweiten Weltkrieges befand sich die Slowakei bis 1992 entweder unter österreichisch-ungarischer Vorherrschaft oder im Verbund mit Tschechien.

¹³ Friedrich Heckmann, *Ethnos, Demos und Nation, oder: Woher stammt die Intoleranz des Nationalstaates gegenüber ethnischen Minderheiten?*, in: Gerhard Seewann (Hg.), *Minderheitenfragen in Südosteuropa. Beiträge der internationalen Konferenz: The Minority Question in Historical Perspective 1900-1990*, Inter University Center Dubrovnik, 8.-14. April 1991 Südost-Institut; Südostdeutsches Kulturwerk, München 1992, S. 24; ebenfalls zur Annahme der Homogenisierungstendenz bei der Nationenbildung vgl. Valeria Heuberger; Arnold Suppan, *Nationen und Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa seit 1918*, in: Valeria Heuberger (Hg.), *Nationen, Nationalitäten, Minderheiten: Probleme des Nationalismus in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, der Ukraine, Italien und Österreich 1945 – 1990*, Wien/München 1994, S. 11ff., sowie Erika Harris, *Nationalism and Democratisation. Politics of Slovakia and Slovenia*, Hampshire/Burlington 2002, S. 113.

¹⁴ Zur Unklarheit über die Zugehörigkeit zum Demos vgl. Merkel, *Systemtransformation*, S. 379 und zur Notwendigkeit der Abgrenzung für eine Demokratie vgl. Heidrun Abromeit; Thomas Schmidt, *Grenzprobleme der Demokratie: konzeptionelle Überlegungen*, in: Beate Kohler-Koch (Hg.), *Regieren in entgrenzten Räumen*, Opladen u.a. 1998, S. 293-320.

¹⁵ Merkel, *Systemtransformation*, S. 380.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 380f; Karel Vodička, *Einmal Verlierer, immer Verlierer? Zur Situation der Roma in der Slowakei*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6 (2003), S. 724.

2.2. Die „erste“ Slowakische Republik als ein System der ethnischen Homogenisierung

Inwieweit lässt sich nun die geschilderte Theorie auf die Realität in der Slowakischen Republik im Rahmen des dortigen Transformationsprozesses übertragen? In der Tat sind die regelmäßig erfolgenden Übergriffe von Skinheads gegen Roma und die fortwährenden Benachteiligungen durch behördliche Einrichtungen nicht als Ausdruck eines nur oberflächlichen, sporadischen und individuellen Rassismus zu sehen.¹⁷ Vielmehr sind es Symptome auf niedrigster Ebene, hinter denen die weitaus größere und machtvollere Struktur des neu entstandenen Nationalstaates steht, der im Zusammenspiel mit seinen politischen Akteuren die Homogenisierung zum Prinzip seines Selbstverständnisses entwickelt hat. Dies lässt sich im Falle der Slowakei auf drei Ebenen des politischen Systems ausmachen – auf konstitutioneller Ebene, im Bereich der inhaltlichen und programmatischen Politik sowie bei der Beschaffung von Mehrheiten durch die politischen Akteure beziehungsweise deren Auftreten in der Öffentlichkeit.¹⁸

Betrachtet man nun die Verfassung als eine Art Grundstock, der die Ausrichtung des Staates in fundamentaler Weise festlegt, so scheint die Marginalisierung von Minderheiten im Slowakischen Staat schon konzeptionell angelegt zu sein. Allein die Präambel der Verfassung der Slowakischen Republik wird von Seiten der Forschung wie auch von Vertretern von Minderheitengruppen als eine klare Aussage in Richtung einer strikten Trennung zwischen dem slowakischen Volk und den anderen Bürgern des Staates interpretiert.¹⁹ Dies kommt insbesondere dadurch zum Ausdruck, dass dort von „Wir, das slowakische Volk“ die Rede ist, das sich auf seine historischen Wurzeln und sein Recht zur Selbstbestimmung der Völker beruft, um dann erst „gemeinsam mit den im Gebiet der Slowakischen Republik lebenden Angehörigen der nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen“²⁰ die Verfassung zu beschließen. Für Erika Harris wird mit dieser klaren Differenzierung zwischen dem slowakischen Volk und den Minderheiten kein Zweifel daran gelassen, wer die wahren „owners of the state“ sein sollen.²¹

Umstritten sind auch die in den Artikeln 33 und 34 der Verfassung getroffenen speziellen Regelungen bezüglich der Minderheiten. Insbesondere aus dem Artikel 34 Absatz 3, der explizit eine Einschränkung für die zuvor gewährten Minderheitenrechte vorsieht, für den Fall, dass diese zu einer Bedrohung für die Souveränität und die territoriale Integrität der Slowakischen Republik führen sollten.²² Nadya Nedelsky erkennt darin die eindeutige Absicht, die slowakische Mehrheit vor den parallel existierenden Minderhei-

¹⁷ Vgl. U.S. Department of State, Country Reports on Human Rights Practices – 1993-1998. Slovak Republic, URL: http://www.state.gov/www/global/human_rights/hrp_reports_mainhp.html [Stand 11.09.2004] – hierin werden für jedes einzelne Jahr erneute Übergriffe mit rassistischem Hintergrund festgehalten und ebenso ein benachteiligendes Verhalten der Behörden konstatiert; ebenso bei Minton F. Goldman, Slovakia Since Independence. A struggle for Democracy, Westport 1999, S. 136f.

¹⁸ Analog zu den drei englischen Politikbegriffen im Sinne Karl Rohes: polity, policy und politics, vgl. Karl Rohe, Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Einführung in das politische Denken, Stuttgart² 1994.

¹⁹ Vgl. Nadya Nedelsky, Constitutional nationalism's implications for minority rights and democratization: the case of Slovakia, in: Ethnic and Racial Studies 26/1 2003, S. 109; vgl. Harris, S. 116f. – Auszüge aus der Verfassung von 1992 finden sich auch im Anhang.

²⁰ Verfassung der Slowakischen Republik vom 1. September 1992.

²¹ Harris, S. 117.

²² Vgl. VerfSR.

ten zu schützen – was einem Misstrauensbeweis gleichkommt.²³ Sieht man einmal davon ab, dass Verfassung und Verfassungsrealität zumeist nicht in völliger Kongruenz zueinander stehen, so bleibt dennoch der Verdacht, dass die Homogenisierung ihre Spuren schon im „Grundgesetz“ der Slowakei hinterlassen haben dürfte.

Verlässt man den konstitutionellen Rahmen und wendet sich tatsächlichen inhaltlichen und legislativen Resultaten der Politik zu, so finden sich hier die Regelungen hinsichtlich der Sprachen an erster Stelle. Sprachen sind in besonderer Weise bestimmend für Kultur und Identität von Ethnien. Somit lassen sich gerade am Umgang mit diesen sehr deutlich die slowakischen Homogenisierungsbestrebungen der 1990er Jahre belegen. Zunächst stehen hierfür die Bemühungen, kurz nach der Gründung der Slowakischen Republik 1992 ungarische Städtenamen zu beseitigen und vor allem die Familiennamen von ethnischen Minderheiten der slowakischen Sprache anzupassen – ein Eingriff in einen intimen Bereich, der mit aller Klarheit die Dominanz des Slowakischen demonstrieren sollte.²⁴ In die gleiche Richtung führte das 1995 von der Regierung Mečiar durchgesetzte Sprachengesetz, womit für eine Vielzahl von Lebensbereichen, überwiegend offizieller Natur, aber auch wie im Falle des Kontaktes zwischen Bediensteten im Gesundheitswesen und deren Patienten durchaus für eher private Sphären, der Gebrauch des Slowakischen vorgeschrieben wurde.²⁵ Gleichzeitig wurde die vorherige Regelung, wonach in Gemeinden die Sprache einer Minderheit ab einem kommunalen Bevölkerungsanteil von 20 Prozent zur offiziellen Amtssprache erhoben wurde, ersatzlos gestrichen.²⁶ Mit diesem Vorgehen offenbarte die slowakische Regierung klar ihre Absichten, eine verstärkte Herausbildung eigener Identitäten von Minderheiten zu unterbinden und eine Vereinheitlichung zu Gunsten der vorherrschenden slowakischen Kultur durchzusetzen.

Dass die Furcht um den Fortbestand des slowakischen Volkes in der Phase des Entstehens des Nationalstaates auch immer wieder ein Mittel der politischen Akteure war, um bei der Bevölkerung Anklang zu finden, lässt sich durch diverse Aussagen belegen. Hier konkretisiert sich nun auch das, was sich in den bislang angeführten Bereichen der Verfassung und Gesetzgebung eher als subtile, allgemein gehaltene Formeln präsentierte. Wenn Vladimír Mečiar 1993 offen davor warnte, dass man nun hinsichtlich der „Roma-Problematik“ handeln müsse, damit die Roma in absehbarer Zeit nicht die Handelnden sein würden, so schürte er dadurch Ängste in der Bevölkerung vor einer schnell wachsenden Roma-Population, die die Dominanz der eigenen Ethnie zu übertrumpfen drohte.²⁷ Weiter führte Mečiar aus, dass man sich, bezogen auf die Roma, gegen die „Reproduktion einer sozial nicht und mental nur schwer anpassungsfähigen Bevölke-

²³ Vgl. Nedelsky, S. 110; in ähnlicher Weise ausgelegt von Harris, S. 116 – zu einem ganz anderen Schluss kommt hingegen Anna Mikulcova, die diese Interpretation ablehnt, vgl. Mikulcova, S. 496.

²⁴ Vgl. Nedelsky, S. 113f.

²⁵ Vgl. ebd., S. 115.

²⁶ Vgl. Harris, S. 117.

²⁷ Mečiar's Äußerung lautete: "If we do not deal with them now, in time they will deal with us. It's necessary to understand them as a problematic group which rises in numbers." – Zitiert nach *Coerced Sterilization of Romani Women in Slovakia*, S. 2.

“wenden müsste.”²⁸ Es gibt noch weitere Beispiele für derartige Äußerungen ranghoher Regierungspolitiker²⁹, wobei die nationalistisch-exklusiv geprägten Absichten vielleicht am deutlichsten 1995 durch den Gesundheitsminister Lubomir Javorsky zum Ausdruck gebracht wurden. Dieser hatte auf einem Parteitag versichert, dass "the government will do everything to ensure that more white children than Romani children are born."³⁰ Dass es sich bei solchen propagandistischen Äußerungen nicht nur um reine Rhetorik handelte, zeigen die als besonders inhuman zu verurteilenden Vorfälle von Zwangssterilisationen bei Roma-Frauen. Diese Praxis verdeutlicht in kaum zu überbietender Intensität die Realisierung eines Nationalisierungskonzeptes, dem zunächst lediglich der Schein eines besonders makabren Populismus anhaftete.³¹

Wenn man sich nun die drei Ebenen und ihre jeweiligen doch recht deutlichen Signale in der Gesamtschau vor Augen hält, so ergibt sich daraus ein durchaus schlüssiges Bild, das mit der Theorie der Transformationsforschung korreliert. Homogenisierung im Zuge der Herausbildung eines neuen Nationalstaates wurde von Beginn an – insbesondere personifiziert durch Vladimir Mečiar – vorangetrieben. Er selbst wurde zudem zum Paradebeispiel für das Demokratisierungsparadox, indem er sich Ängste und Vorurteile zu Nutze machte, um in populistischer Weise Zustimmung in der Bevölkerung zu erhalten und Wahlen zu gewinnen.

3. Die Konsensregierung Dzurindas – Eine Teillösung der Minderheitenfrage

3.1. Konsensmodelle und internationale Systeme als Lösung von Minderheitenproblemen

Soweit lässt sich die problematische Situation der Roma in die Theorie der Transformationsforschung einordnen und wirft zugleich die Frage nach Lösungs- bzw. Verbesserungsmöglichkeiten auf. Auch hier sind zunächst theoretische Ansätze zu skizzieren, wobei zwei Herangehensweisen im Vordergrund stehen.

Die erste zielt in normativer Weise auf die Entwicklung des politischen Systems und der Politik im Lande selbst ab. Das politische System der Slowakei produziert trotz eines grundsätzlich demokratischen Aufbaus keine ausreichend demokratischen Ergebnisse, wenn man insbesondere die Gleichheit der Menschen und ein daraus abgeleitetes Diskriminierungsverbot als wesentliche Elemente einer modernen westlichen Demokratie ansieht. Die Ursache dafür liegt in der ethnischen Fragmentierung des Landes. Für Staaten, in denen die letztlich auch wahlbestimmenden cleavages derart stark entlang ethnischer Linien verlaufen, ist eine reine Mehrheitsdemokratie nicht ausreichend. Vielmehr

²⁸ Arne Mann, Sozialer Wandel bei den Roma in der Slowakei seit 1989, in: Südosteuropa 45/3 (1996), S. 274.

²⁹ So zum Beispiel die Aussage des Vorsitzenden der Slowakischen Nationalpartei, dass, bezüglich der Roma, "Für solche Leute nur ein kleiner Hof und eine lange Peitsche" das richtige Mittel seien – zitiert nach ebd., S. 275.

³⁰ Coerced Sterilization of Romani Women in Slovakia, S. 2.

³¹ Vgl. hierzu insbesondere den Bericht des Center for Reproductive Rights, Body and Soul: Forced Sterilization and Other Assaults on Roma Reproductive Freedom in Slovakia, URL: http://www.reproductiverights.org/pub_bo_slovakia.html [Stand 11.09.2004].

werden in dieser bestimmte Gruppierungen in eine dauerhafte Oppositionsrolle gedrängt, ohne die Möglichkeit politisch in irgendeiner Weise partizipieren zu können. Daraus erfolgt für multiethnische Staaten ohne homogene Gesellschaftsstruktur die Forderung nach einem konsensualen System mit proportionaler Beteiligung an den politischen Prozessen³² oder zumindest der Einbau konsensualer Elemente in Form von Vetorechten für bestimmte Gruppierungen.³³ Auf diese Weise wäre die einseitige Dominanz einer einzigen Ethnie zu verhindern.

Wie können nun solche Lösungsmöglichkeiten in einem Staat, der wie geschildert die Homogenisierung der Nation vorantreibt und deren Gesellschaft geradezu nach einer Ausdehnung nationaler Identität strebt, realisiert werden? Dafür bietet nun die zweite theoretische Überlegung eine Antwort. So formuliert beispielsweise Rainer Hofmann die These, dass die „Renaissance des Nationalstaatsgedankens“³⁴ nur eine Übergangsphase sei und dass die Zukunft vielmehr in der internationalen Kooperation liege. In ähnlicher Weise äußern sich auch andere Autoren zu diesem Thema und favorisieren Lösungsansätze, wonach die Einbindung in inter- und supranationale Strukturen und auch Wertesysteme wie die KSZE, die EMRK oder die EU als Antwort auf den Nationalisierungstrend fungieren könnten.³⁵

Umsetzungen solcher Lösungsstrategien sind erst bei der Regierung Mikuláš Dzurindas, die die national-gesinnte Regierung Mečiar 1998 beerbte, zu finden. Nicht zuletzt unter dem Druck, der über die Aufnahmekriterien der Europäischen Union ausgeübt wurde,³⁶ erfolgten Verbesserungen in der Minderheitenpolitik auf allen oben genannten Ebenen des politischen Systems. Die Einführung eines Bürgerrechtsbeauftragten sollte für eine bessere Durchsetzung von Minderheitenrechten sorgen,³⁷ die Novellierung des Sprachengesetzes, insbesondere die erneute Einführung der 20-Prozent-Regel im kommunalen Bereich,³⁸ stellte eine Ausweitung derselben dar.³⁹ Als deutlichstes Zeichen einer auch dem Konsensgedanken zugewandten politischen Ausrichtung muss jedoch die Regierungsbeteiligung der Partei der ungarischen Minderheit SMK gewertet werden,⁴⁰ insbesondere da deren Partizipation nach den Wahlen von 2002 für eine Regierungsmehrheit rein rechnerisch nicht mehr vonnöten gewesen wäre.⁴¹

3.2. Die Roma bleiben außen vor – Fortschritte nur formal statt real

Wie aber wirkte sich nun der politische Wandel auf die Situation der Roma aus? Sicherlich ist der offizielle Umgang mit dieser Frage ein ganz anderer als zu Zeiten Mečiar.

³² Vgl. Arend Lijphart, *Patterns of Democracy*, New Haven/ London 1999, S. 32f.

³³ Vgl. Merkel, *Systemtransformation*, S. 382.

³⁴ Rainer Hoffmann, *Der Schutz von Minderheiten in Europa*, in: Werner Weidenfeld, *Europa-Handbuch*, Gütersloh 1999, S. 838.

³⁵ Vgl. Suppan, Heuberger, S. 31f.; Georg Brunner, *Nationalitätenkonflikte und Minderheitenprobleme in Osteuropa*, Gütersloh 1996, S. 111ff.

³⁶ Vgl. Eicher, Krück, Merkel, S. 213.

³⁷ Vgl. Mikulcova, S. 492.

³⁸ Siehe oben.

³⁹ Vgl. Harris, S. 117.

⁴⁰ Vgl. Harris, S. 122.

⁴¹ Vgl. Kevin Deegan Krause, *Slovakia's Second Transition*, in: *Journal of Democracy* 14/2 (2003), S. 78.

Gerade in der Öffentlichkeit gibt sich die Regierung nun bemüht, einen positiven Eindruck hinsichtlich ihres Umgangs mit den Roma zu vermitteln. So wird die Verbesserung der Situation der Roma in den Regierungserklärungen regelmäßig zur Priorität erklärt.⁴² Und auch tatsächliche politische Ergebnisse wie die Einrichtung eines speziellen Roma-Beauftragten scheinen erzielt worden zu sein.⁴³ Hinzu kamen zahlreiche Förder- und Unterstützungsprogramme, welche von Wohnungsbauförderungen bis zur Kodifizierung der Roma-Sprache reichen.⁴⁴

Doch diese auf den ersten Blick klaren Fortschritte in der Roma-Frage müssen bei genauerer Betrachtung, insbesondere hinsichtlich ihrer Umsetzung, stark relativiert werden. Denn vor allem an einer mangelhaften Finanzierung scheiterte bisher die Implementierung dieser „neuen“ Roma-Politik weitgehend, weshalb die Europäische Kommission ihr auch eher skeptisch gegenüber steht.⁴⁵ Ebenso zeigt sich bei den institutionellen und rechtlichen Neuerungen eine deutliche Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis. Zum einen kommt dem neu geschaffenen Roma-Beauftragten vorwiegend eine symbolische Funktion ohne großen tatsächlichen politischen Einfluss zu.⁴⁶ Zum anderen scheint die rechtliche Besserstellung der Roma sich in der Realität kaum bemerkbar zu machen. Die Roma nutzen trotz des für die Wahrung der verfassungsrechtlich garantierten Rechte eingesetzten Bürgerrechtsbeauftragten die ihnen zur Verfügung stehenden juristischen Mittel nicht, was sich in dem Ausbleiben von Gerichtsentscheidungen zu verletzten Minderheitenrechten zeigt.⁴⁷ Und dass diese Verletzungen nach wie vor in einem enormen Ausmaß zu beobachten sind, steht außer Frage. Es werden weiterhin massive Diskriminierungen von Seiten der Behörden, der Polizei und den Gerichten festgestellt, genauso wie dadurch begünstigte an Roma verübte Gewalttaten fortlaufend zu beobachten sind.⁴⁸ Die Europäische Union allerdings hatte schon im Voraus Verständnis hinsichtlich des problematischen Umgangs mit den Roma signalisiert, womit im Grunde die Nichterfüllung der Beitrittskriterien in diesem Punkt akzeptiert wurde.⁴⁹ Letztlich besteht vor allen Dingen hinsichtlich der politischen Partizipation der Roma weiterhin ein großes Defizit; insbesondere dann, wenn man bedenkt, in welchem Umfang die ungarische Minderheit Zugang zu politischen Funktionen gefunden hat, während dies den Roma, die einen fast ebenso hohen Anteil an der Gesamtbevölkerung stellen, verwehrt blieb.⁵⁰

Festzuhalten bleibt folglich, dass der Weg des vermehrten Einsatzes von Konsenselementen und einer Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten – forciert von internatio-

⁴² Vgl. Mikulcova, S. 491; Vodička, S. 729f.

⁴³ Vgl. Mikulcova, S. 492.

⁴⁴ Vgl. Vodička, S. 730.

⁴⁵ Vgl. Mikulcova, S. 492f.

⁴⁶ Vgl. Coerced Sterilization of Romani Women in Slovakia, S. 2.

⁴⁷ Vgl. Mikulcova, S. 490.

⁴⁸ Vgl. Country Reports on Human Rights Practices – 2003. Slovak Republic.

⁴⁹ Vgl. Geoffrey Pridham, The European Union's Democratic Conditionality and Domestic Politics in Slovakia: the Mečiar and Dzurinda Governments Compared, in: *Europe-Asia Studies* 54/2 (2002), S. 219.

⁵⁰ So erhielt die ungarische Partei bei den letzten Wahlen 20 Sitze im Parlament und verwaltet drei Ministerien, wohingegen kein einziger Rom Eingang in die Volksvertretung gefunden hat – vgl. Country Reports on Human Rights Practices – 2003. Slovak Republic.

nen Strukturen – in der Slowakei eingeschlagen wurde und zur grundsätzlichen Verbesserung der Lage von Minderheiten beigetragen hat. Die Situation der Roma bleibt aber nach wie vor unbefriedigend und es stellt sich die Frage, weshalb es ihnen nicht möglich ist vom Kurswechsel unter Dzurinda zu profitieren.

4. Die Roma als „besondere“ Opfer von Transformation und Nationalstaatsdenken

4.1. Eine Minderheit mit spezifischer Erblast

Für die Sonderrolle der Roma-Minorität in der Slowakischen Republik sind diverse interne und externe Faktoren verantwortlich, die aufgrund ihrer Komplexität hier nur angedeutet werden können.

Ein erster und gerade die Politik auf höchster Ebene besonders stark beeinflussender Aspekt ist die Tatsache, dass den Roma kein so genanntes Heimatland zugeordnet werden kann. Kein Staat fühlt sich für diese Minderheit als einem Teil der eigenen Nation verpflichtet. Im Gegensatz dazu konnte die ungarische Minderheit schon im Verlauf der Ära Mečiar auf ein bilaterales Abkommen mit Ungarn bauen, das den gegenseitigen Schutz der Minderheit des jeweils anderen Staates garantieren sollte. Nach dem Regierungswechsel 1998 ließ sich dann auch eine eindeutige Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen Ungarn und der Slowakei ausmachen, was mit der verbesserten Lage der ungarischen Minderheit einherging.⁵¹

Ein weiterer Punkt ist das grundsätzliche und historisch gewachsene Verhältnis zwischen der slowakischen Bevölkerung und den Roma. Während sich die ungarische Minderheit auf eine lange Tradition gemeinsamen Zusammenlebens, familiäre Verbindungen und eine bis zu einem gewissen Grade sehr ähnliche Kultur – allerdings vorbehaltlich der doch sehr unterschiedlichen Sprachen – gegenüber den Slowaken beziehen kann, fehlen derartige soziale Bande im Falle der Roma fast gänzlich.⁵² Die Roma werden hinsichtlich ihrer Kultur und ihrer Lebenseinstellung als „fremd“ empfunden. Dabei sind es neben tatsächlicher kultureller Unterschiede insbesondere tief verwurzelte Stereotype und Vorurteile wie Faulheit, Unehrllichkeit und der beständige Vorwurf der Kriminalität, die das Bild der Roma bei der slowakischen Bevölkerung prägen und zu deren fortwährender Marginalisierung beitragen.⁵³

Zuletzt soll noch eine für den politischen Prozess besonders entscheidende Besonderheit hervorgehoben werden. Diese besteht in der großen Schwierigkeit einer politischen Mobilisierung der Roma, die auf verschiedene Ursachen zurückzuführen ist. So verhindert die große Zersplitterung und Uneinigkeit unter den diversen Roma-Gruppierungen ein geschlossenes und organisiertes Eintreten für politische Forderungen.⁵⁴ Auch das eklatant niedrige Bildungsniveau und das somit begrenzte Reservoir intellektueller Polit-

⁵¹ Vgl. Hoffmann, S. 836f.

⁵² Vgl. Miroslav Kusy, *Minority Rights and Nationality Problems in Slovakia*, in: Gerhard Seewann (Hg.), *Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa*, München 1995, S. 207f.

⁵³ Vgl. Barany, *East European Gypsies*, S. 62ff.

⁵⁴ Vgl. Brunner, S. 95.

Akteure und Führungsfiguren spielt dabei eine große Rolle.⁵⁵ Was aber als der noch viel entscheidendere und tiefer gehendere Hintergrund für die weitgehende Passivität der Roma-Bevölkerung angesehen werden muss, ist deren mangelndes und verbreitet negatives Verhältnis zur eigenen Identität.⁵⁶ Dieses speist sich zum einen historisch aus der permanenten gesellschaftlichen Exklusion, der fortwährenden Ablehnung und Abwertung als soziales Problem, wodurch keine positive Einstellung zur eigenen Ethnie möglich werden konnte. Zum anderen ist es die Angst vor der Diskriminierung und den schlechten Erfahrungen, die die Roma mit dem Bekenntnis zur eigenen Ethnie in der Vergangenheit machten und weiterhin machen müssen.⁵⁷

4.2. Die Roma als ideale Zielscheibe eines anhaltenden Nationalismus

Mit diesem mehr oder weniger tradierten „Ballast“ gerieten die Roma in den „Strudel“ des Transformationsprozesses, dessen Nachwirkungen für die Roma-Bevölkerung nach wie vor spürbar sind und trotz der angeblich vollzogenen zweiten Transformation unter Dzurinda zu einem äußerst prekären Zustand beitragen. Dadurch dass sie in der Wahrnehmung der slowakischen Bevölkerung im Vergleich zu anderen Minderheiten in überwiegender Weise einen Fremdkörper darstellen und auch auf keine bilaterale Rückendeckung zählen können, fallen sie umso leichter einer Nationalisierungsströmung zum Opfer, die jegliche heterogenen Elemente auszuklammern versucht. Auf die Roma werden nun von Seiten der slowakischen Bevölkerung die eigenen Ängste projiziert. Die Menschen, oftmals selbst in ökonomischer Hinsicht Verlierer des Transformationsprozesses, suchen ihren Sündenbock in den für sie fremdgebliebenen parallel existierenden „Zigeunern“.

Deutlich zeigt sich, dass der Nationalisierungsprozess und der Versuch, ein homogenes Volk zu schaffen, noch keineswegs abgeschlossen ist. Dies lässt sich zwar – im Gegensatz zur Mečiar-Ära - nicht mehr konkret auf Seiten der offiziellen Machthaber ausmachen, aber die öffentliche politische Szene der Slowakei wird von Populisten beherrscht, bei denen die „Altlasten“ der Nationalbildungsphase noch eindeutig zum Vorschein kommen. Dass neue national orientierte Kräfte wie Robert Fico, der erst jüngst zu einer so genannten Patriotismus-Debatte aufrief,⁵⁸ sowie die wiedererstarkten Vertreter der Mečiar-Ära keine bloßen Randerscheinungen sind, zeigt der Ausgang der Präsidentschaftswahlen im April 2004, bei welchen mit Ivan Gašparovič ein ehemals enger Mitarbeiter Mečiar die Stichwahl vor eben diesem gewann.⁵⁹ Die Sorge vor der

⁵⁵ Vgl. zum niedrigen Bildungsstand Mikulcova, S. 499.

⁵⁶ Vgl. Barany, *East European Gypsies*, S. 67f., der hier deutlich die Notwendigkeit einer klar formulierten ethnischen Identität als Voraussetzung für politische Mobilisierung sieht.

⁵⁷ Vgl. Mann, S. 269f. – Deutlich zu sehen ist dieses mangelnde Bekenntnis zur eigenen Identität an der gewaltigen Diskrepanz zwischen den aus Schätzungen (ca. 10% der slowakischen Gesamtbevölkerung) sowie den aus offiziellen Erhebungen (1, 49%) hervorgehenden Zahlen über die Roma-Bevölkerung, vgl. Mikulcova, S. 487; ausführlich zur Problematik der Roma-Organisationen und der Mobilisierung Barany, *East European Gypsies*, S. 49ff.

⁵⁸ Ein Vertreter der SMER-Partei Ficos forderte in diesem Zusammenhang mittels Reformen im Bildungssystem einen „gesunden Patriotismus“ zu erhalten, um zu verhindern, dass sich die Slowaken in einem Staat wiederfänden, der ihnen fremd sei – vgl. Tagesschau.de (07. 07. 2004), SMER will Patriotismus-Debatte, URL: <http://www.mdr.de/eu/aktuell/1468859.html> [Stand 11.09.04]

⁵⁹ Vgl. Tagesschau.de (19. 04. 2004) Gašparovič wird neuer Präsident, URL: <http://www.mdr.de/eu/aktuell/1333523.html> [Stand 11.09.04].

Bevölkerungsexplosion der Roma und entsprechende inhumane Gegenmaßnahmen wie die Zwangssterilisation sind auch nach wie vor ein fester Bestandteil der öffentlichen Debatte.⁶⁰

Ein Mittel, um dieser zunächst verbalen, im Alltagsleben und im Umgang mit Bürokratie und Exekutive durchaus auch realen Diskriminierung entgegenzutreten und entgegenwirken zu können, wäre in der Tat eine aktivere Rolle der Roma im politischen Prozess, was aber durch die genannten Probleme der Mobilisierung verhindert wird. Eben wegen des Nationalisierungsprozesses und des nationalistischen Denkens werden für Roma, die sich zu ihrer Kultur bekennen, negative Auswirkungen besonders spürbar. Selbst das Agieren der liberalen Regierung unter Dzurinda steht in dieser Hinsicht unter einem Fragezeichen. Denn auch von ihr werden, wie Peter Vermeersch bemerkt, die Roma – beziehungsweise ihre Identität – als ein Problem stigmatisiert; allein schon durch die permanente Verwendung dieses Begriffs im Zusammenhang mit den Roma. Damit und auch mit ihren konkreten Maßnahmen legt die Regierung eine Art „top-down conception“⁶¹ gegenüber den Roma an den Tag, was eher demotivierend auf die Entstehung politischer Aktivität und Mitarbeit wirken muss.⁶²

Für den spezifischen Fall der Roma lässt sich letztlich sagen, dass sie nicht nur wie andere Minderheiten auch Opfer der Nationalisierungstendenz wurden, sondern, dass die besondere Charakteristik ihrer Ethnie die Effekte dieser Tendenz verstärkt und Lösungsmöglichkeiten äquivalent zu denen der ungarischen Minderheit kaum ermöglicht.

5. Schlussbetrachtung

Die Roma in der Slowakei sind, um bei der häufig bemühten Wendung zu bleiben, tatsächlich als Opfer des Transformationsprozesses zu sehen; allerdings nicht nur, worauf durchaus berechtigt hingewiesen wird, hinsichtlich der Veränderungen im sozioökonomischen Bereich. Nein, eine ebenso große Rolle spielte die mit der politischen und wirtschaftlichen Transformation einhergehende Nationalstaatsbildung und die daraus resultierenden Bestrebungen, eine homogene Nation zu bilden. Ein solcher Trend lässt sich insbesondere während der Regierungszeit Vladimir Mečiar ausmachen. Der Nationalismus zeigte sich auf allen Ebenen des politischen Systems und die Minderheiten auf dem Staatsgebiet der Slowakischen Republik standen einem sich gegenseitig reproduzierenden und verstärkenden Organismus aus Politik und Gesellschaft als Ausdruck der dominierenden slowakischen Nation ohnmächtig gegenüber. Die Homogenisierungsmaschinerie produzierte Diskriminierungen und Benachteiligungen in immensem Ausmaße, wobei nicht nur Benachteiligungen im öffentlichen oder wirtschaftlichen Umgang,

⁶⁰ So wird im April 2000 ein slowakischer stellvertretender Bürgermeister mit den Worten "[w]hat we need is a Chinese fertility program" für Roma zitiert, *Coerced Sterilization of Romani Women in Slovakia*, S. 2; ebenso versprach Robert Fico von der SMER-Partei während des Wahlkampfes zu den Parlamentswahlen 2002, dass er aktiv gegen „the irresponsible growth of the Roman[i] population“ vorzugehen gedenke, ebd.

⁶¹ Peter Vermeersch, *Ethnic minority identity and movement politics: The case of the Roma in the Czech Republic and Slovakia*, in: *Ethnic and Racial Studies* 26/5 (2003), S. 898.

⁶² Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die geplante heftig umstrittene Einrichtung einer speziellen Roma-Abteilung der Polizei als Reaktion auf die jüngsten Unruhen Anfang 2004 – vgl. *Tagesschau.de* (27.02.2004), Ostslowakei. Massiver Polizeieinsatz gegen Roma-Proteste, URL: <http://www.mdr.de/eu/aktuell/1235704.html> [Stand 11.09.04].

sondern auch Eingriffe in private Bereiche und gegen die kulturelle Identität gerichtet, in Erscheinung traten. Begünstigt wurde dieser Vorgang durch das Phänomen des Populisten, respektive Nationalpopulisten; letztlich ein Nebeneffekt der Demokratisierung.

Als Lösungsmöglichkeit bot sich – wie von der seit 1998 regierenden slowakisch-ungarischen Koalition praktiziert – ein auf größeren Konsens angelegter politischer Führungsstil, um in dem multiethnischen Staat eine einseitige Dominanz der mehrheitlichen Nation zu verhindern. Um diese und weitergehende Verbesserungen, die ein Staat nicht unbedingt aus eigener Kraft hervorzubringen vermag, umzusetzen, war der internationale Druck besonders von Seiten der Europäischen Union unverzichtbar. Während somit eindeutige Verbesserungen der Situation der Minderheiten, für die ungarische am deutlichsten sichtbar, festzustellen sind, bleibt den Roma unter den Minderheiten eine besondere und gegen Hilfsprojekte geradezu resistente Rolle vorbehalten. Diskriminierungen sind nach wie vor ein alltägliches Problem und eine politische Partizipation liegt für die Roma in weiter Ferne. Dass sie sich in vieler Hinsicht von einer nationalen Minderheit wie der ungarischen unterscheiden, steht außer Frage. Zu diesen für eine politische Mobilisierung und das Umsetzen von Unterstützungsprogrammen belastenden Eigenheiten, wie zum Beispiel dem Mangel an Zutrauen zur eigenen Identität, fügt sich die mit dem Regierungswechsel 1998 nicht beendete Vorstellung vom homogenen Nationalstaat – kolportiert von Politikern und Medien. Gemäß diesem Prinzip bleiben die Roma ein besonders fremdartiges heterogenes Element und werden weiterhin den Diskriminierungen des „Heimatvolkes“ ausgesetzt sein.

Um nicht einem reinen Pessimismus zu verfallen, sollte zumindest in der Entwicklung und integrativen Wirkung internationaler Strukturen eine Chance gesehen werden, was sich durchaus auch schon in der Durchsetzung internationaler Minderheitenrechte bemerkbar macht. Mit einer Abkehr vom reinen Nationalstaatsdenken und einem Aufgehen in einem größeren, universellen Werten folgenden Konzept könnte darüber hinaus ein gewisser gesellschaftlicher Druck von den Roma-Minderheiten in den einzelnen Staaten genommen werden.

Gerhard Schüsselbauer
„One day in Europe“¹

„Wir haben bereits eine Transformation durchgemacht, jetzt seid Ihr, Länder der alten EU, dran!“ – so lautete vor dem im Mai 2004 erfolgten Beitritt der zehn neuen Staaten eine Bildunterschrift unter einer Karikatur in der tschechischen Tageszeitung Mladá



fronta Dnes. Darin zeigt sich einerseits der Stolz auf den zweifelsohne auch ambivalenten Fortschritt in den Ländern des ehemaligen sozialistischen Lagers, andererseits aber auch die berechtigte Forderung nach Reformen in den arrivierten EU-Ländern. Gerade die Trägheit und die Problematik der Reform des Sozialstaates und Wirtschaftsstandortes Deutschland wird bei unseren östlichen Nachbarländern mit Sorge beobachtet, zumal die realwirtschaftliche Integration weit fortgeschritten ist und sich so die Abhängigkeiten von strukturellen Problemen, aber auch von konjunkturellen Zyklen vergrößern könnten.

Die trendmäßige Wachstumsschwäche Deutschlands, die seit mindestens Mitte der 1990er Jahre herrscht und die auf die Investitionsschwäche trotz niedriger Realzinsen, marktinkonforme staatliche Eingriffe sowie auf Inflexibilitäten, besonders auf Faktormärkten, zurückzuführen ist, trug maßgeblich dazu, dass die deutsche Volkswirtschaft im Vergleich zu europäischen Volkswirtschaften trotz hoher Wettbewerbsfähigkeit im Exportsektor an Dynamik erheblich eingebüßt hat. Besonders argwöhnisch wird in Deutschland die Konkurrenz der „neuen“ EU-Länder eingeschätzt. So nimmt es nicht Wunder, dass der

Diskussion um die Liberalisierung der Dienstleistungsrichtlinie der EU gerade in Deutschland große Skepsis entgegengebracht wurde. Dabei entspringt die Wettbewerbsfähigkeit dieser Ländergruppe einer mutigen, mitunter radikalen und keineswegs konfliktfreien Wirtschaftstransformation, die weiten Bevölkerungsteilen harte Opfer abverlangt(e) und die klarerweise einem sozialstaatlichen Modell eines ausufernden omnipräsenten „Leviathan-Wohlfahrtsstaates“ eine deutliche Absage erteilen musste².

Die in Deutschland in letzter Zeit stürmisch aufgekommene Kapitalismuskritik entspringt einem weit verbreiteten Misstrauen gegenüber den regulierenden Kräften der Märkte für Güter, Dienstleistungen und Faktoren (Kapital, Arbeit). Die Bevorzugung sozialarchitektonischer Lösungen und die Präferenz eines „starken“ Staates manifestiert sich dabei in der Skepsis gegenüber radikalen Reformen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Freiheit der Individuen vor dem permanenten Interventionismus des Staates hervorheben würden. Eine „Ordnung der Freiheit“ gemäß dem eher idealistischen Ansatz einer Sozialen Marktwirtschaft würde die konsequente Abkehr vom Privi-

¹ In Anlehnung an den Film „One Day in Europe“, Deutschland/Spanien 2004/2005, Regie: Hannes Stöhr.

² Vgl. dazu ausführlicher SINN, HANS-WERNER, *Ist Deutschland noch zu retten?* Econ Verlag, 7. Aufl., Berlin 2004, S. 32 ff. sowie S. 465 ff.

legien-, Subventions- und Kartellstaat bedeuten. Gerade die staatlich verordneten Eingriffe in die freie Preisbildung, die auf der Grundlage einer diffus verstandenen Verteilungsgerechtigkeit erfolgen, werden als das Grundübel der deutschen Volkswirtschaft betrachtet³.

Interessant ist im europäischen Kontext die Betrachtung der Entwicklungen in den neuen EU-Ländern, die radikale Umgestaltungsmaßnahmen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hinter sich haben. Natürlich fallen die Fortschritte in der realen, monetären, fiskalischen sowie institutionellen Konvergenz unterschiedlich aus, in manchen Aspekten der Gewährung wirtschaftlicher Freiräume könnte Deutschland hingegen von den transformierten Ländern lernen. Die Expansion des realen Bruttoinlandsproduktes verlief in den letzten Jahren in beinahe allen neuen EU-Ländern kräftig, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und wird auch in diesem sowie im nächsten Jahr anhalten⁴. Nach dem Zusammenbruch des staatlich garantierten Vollbeschäftigungssystems (freilich ohne echte Auslastung des Faktors Arbeit) stellt die Reform des Arbeitsmarktes und die Überwindung der zum Großteil strukturell und wesentlich weniger konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit die bedeutsamste Herausforderungen für die meisten neuen EU-Staaten dar. Die hartnäckig hohen Arbeitslosenraten einiger mitteleuropäischer EU-Länder, vor allem Polens und der Slowakei, legen den strukturellen Handlungsbedarf offen und zwingen zu mutigen Reformen, die in Richtung der Verbesserung der Investitionsbedingungen zielen müssen, um durch Multiplikatorwirkungen auch reale Einkommenseffekte erzielen zu können. Dabei spielt die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft, hervorgerufen durch Steigerungen der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität, eine maßgebliche Rolle. Sozialpartner müssen noch stärker als bislang die Lenkungsfunktion des Reallohnes wahrnehmen, um Produktivitätsgewinne nicht verpuffen zu lassen. Sowohl Arbeitgeber – im Sinne von produktiv reinvestierten Gewinnen – als auch Arbeitnehmer – im Sinne einer stabilitätsorientierten Lohnpolitik – stehen in der Pflicht, zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beizutragen. Die Versäumnisse bei den Reformen großer europäischer Volkswirtschaften wie Deutschlands oder Italiens belegen aufgrund der Mobilität des Faktors Arbeit und vor allem des Faktors Kapital die Notwendigkeit EU-weiter Lösungen, zumal gerade in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion der Arbeitsmarktpolitik und dem Lohnsatz als dem Preis für Arbeit eine noch wichtigere Rolle zufällt.

Nach den ernüchternden Ergebnissen der Verfassungsreferenda in Frankreich und in den Niederlanden sowie dem Scheitern der EU-Haushaltsverhandlungen im Frühsommer 2005, bei denen unter Führung des polnischen Ministerpräsidenten Marek Belka durch die neuen EU-Staaten in letzter Minute ein Rettungsversuch unternommen wurde, macht sich in weiten Teilen dieser Ländergruppe sowie auf dem Balkan Skepsis breit, ob die Erweiterungsfähigkeit der EU überhaupt gewährleistet ist. Zudem wird durch das Ver-

³ Vgl. dazu ausführlicher die Beiträge von WÜNSCHE, HORST FRIEDRICH, *Freiheitliche Ordnung statt Kapitalismuskritik*, Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Juni 2005, S. 4-12 sowie ERHARD, LUDWIG, *Die Prinzipien der deutschen Wirtschaftspolitik*, Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Juni 2005, S. 13-20.

⁴ Vgl. ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER WIRTSCHAFTSFORSCHUNGSINSTITUTE, *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005*, Kiel April 2005, S. 19-28.

halten großer Länder wie Frankreich, Deutschland und Großbritannien hinsichtlich der Finanzierung und Verteilung der Finanzressourcen die gepriesene Solidarmethode in Frage gestellt. Gerade die Diskussion um die EU-Verfassung zeigt das Auseinanderklaffen von Anspruch und realpolitischer Wirklichkeit in den Ländern der Europäischen Union. Eine interessanter Fingerzeig dazu findet sich in Edgar Allan Poes *Meistererzählungen*:

„Dreizehn ägyptische Provinzen beschlossen einhellig, frei zu sein und so der übrigen Menschheit ein leuchtendes Beispiel zu geben. Sie versammelten ihre weisen Männer und brauten die gescheiteste Verfassung zusammen, die man sich nur vorstellen kann. Eine Zeitlang kamen sie bemerkenswert gut zurecht; nur ihr Hang zur Prahlerei war ungeheuerlich. Die Sache endete schließlich damit, daß sich die dreizehn Staaten mit fünfzehn oder zwanzig anderen unter der übelsten und unerträglichsten Diktatur zusammenschlossen, von der man je auf Erden hörte“ (Kurzes Gespräch mit einer Mumie, 1845).



Trotz der verbreiteten Turbulenzen und Schwierigkeiten beeindruckt die wirtschaftliche Entwicklung in den acht neuen EU-Mitgliedstaaten sowie bei den Kandidaten Rumänien und Bulgarien weit mehr als der politische Alltag. Schwierige Regierungsbildungen, Koalitionskrisen und –auflösungen, starke populistische Parteien am rechten sowie am linken Rand und die Unfähigkeit der politischen Elite, der Politikverdrossenheit weiter Teile der Gesellschaft konstruktive Ansätze entgegenzusetzen, stehen in krassem Gegensatz zur Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften⁵.

Im Folgenden soll ein kurzer Blick in die jeweiligen Länder einen Eindruck über aktuelle wirtschaftspolitische Entwicklungen vermitteln.

Estland, Lettland, Litauen – „Die Drei von der...“ Ostsee

Alle drei baltischen Länder haben nicht nur eine radikale marktwirtschaftliche Öffnung hinter sich, sondern auch eine turbulente Umgestaltung innerhalb der politischen Eliten, die zwangsläufig immer wieder zu Regierungskrisen und –wechseln führt. Der makroökonomische Stabilitätsimport durch Anbindung an Referenzwährungen führte in allen drei kleinen Volkswirtschaften zu dauerhaft hohen realen Wachstumsraten bei niedriger Inflationsrate und moderater Staatsverschuldung. Die Orientierung an einer stabilitätsorientierten Geld- und Fiskalpolitik könnte dabei durchaus als Vorbild für andere, wesentlich entwickeltere europäische Volkswirtschaften dienen. Die Vereinfachung des Steuersystems (eine Einkommensteuererklärung in Estland besteht aus zwei Seiten) zeigt, dass ein durchaus gangbarer Weg in Richtung „optimaler Besteuerung“ mit breiter direkter Besteuerungsgrundlage bei niedrigen Sätzen beschritten wurde. Daher ist sowohl die realwirtschaftliche, als auch die fiskalische und monetäre Konvergenz

⁵ Vgl. KAPS, CAROLA, *Osteuropa im Stimmungstief*, F.A.Z., 16.08.2005, S. 11.

weit fortgeschritten. Aufgrund der bereits bestehenden Mitgliedschaft im Europäischen Wechselkursmechanismus (WKM II) dürfte einer Aufnahme in die Euro-Zone im Jahr 2007 nichts im Wege stehen.

Jedoch verströmen die hervorragenden makroökonomischen Daten nicht nur Renommee, zumal das Problem einer hohen, vor allem regionalen Arbeitslosigkeit weiterhin besteht. In Lettland betrifft dies insbesondere die russische Minderheit, während Litauen hauptsächlich den Strukturwandel für Beschäftigte im Agrarsektor sowie bei Altindustrien zu bewältigen hat.

Polen – „Tiger and Dragon...“

In diesem Sommer feierten die Polen die bahnbrechenden Ereignisse vom August 1980, die in die Zulassung der Gewerkschaftsbewegung Solidarność gemündet hatten. Die gesellschaftliche Rolle der Solidarność nicht nur für Polen ist nicht hoch genug einzuschätzen. Doch die Feierlichkeiten gerieten schnell in Vergessenheit, denn im Herbst stehen richtungsweisende Wahlen zum Sejm sowie zum Präsidenten der Rzeczpospolita Polska an. Galt Polen noch bis zum Jahr 2000 als Wachstums-„Tiger“ unter den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern, so durchlebte das Land bis Ende 2002 eine schwierige Konsolidierungsphase. Gleichwohl sind nach der Krise zwar wieder starke Wachstumsimpulse auszumachen, aber die enorm hohe strukturelle Sockelarbeitslosigkeit bereitet allen Experten großes Kopfzerbrechen. Daran änderte auch die Aufnahme des Passus „Soziale Marktwirtschaft“ in die 1997 verabschiedete Verfassung nichts, zumal strukturelle Defizite auch in der mangelnden fiskalischen Konsolidierung sichtbar sind. Zudem haben die radikalen Reformen des Sozialversicherungssystems zunächst zu einer Verschlechterung des Staatshaushaltes beigetragen. Trotz der nach dem EU-Beitritt zu beobachtenden Ausdehnung des wertmäßigen Exportvolumens mit anderen EU-Ländern und einer gestiegenen Inlandsnachfrage und Investitionsneigung stellen sich reale Beschäftigungseffekte nur sehr langsam ein. Polen wird auch in den nächsten Jahren sowohl mit hohen Arbeitslosenraten als auch mit enormen regionalen Ungleichgewichten zu kämpfen haben.

Tschechien – „Die Braut, die sich [nicht] traut...“⁶

Die Tschechische Republik erlebt zwar einerseits eine robuste Entwicklung des realen Wachstums bei interner und externer Währungsstabilität, andererseits muss das Land mit permanenter parteipolitischer Instabilität kämpfen. Dies hat sich auch nach dem Beitritt zur EU, wo die Tschechische Republik oft als spröde Braut bezeichnet worden war, nicht grundlegend geändert. Nach der desaströsen Amtsperiode von Ex-Ministerpräsident Stanislav Gross muss sein Nachfolger Jiří Paroubek von der regierenden Partei ČSSD die politische Diskussionskultur neu ordnen. Abseits der politischen Querelen entwickelt sich seit langem eine starke realwirtschaftliche Integration in den europäischen Kernraum. Die tschechische Wirtschaft weist dabei ein hohes Spezialisierungs- und Produktivitätspotenzial im intra-industriellen Handel auf, was zu einer deut-

⁶ In Anlehnung an den Beitrag von SCHÜSSELBAUER, GERHARD, *Tschechien – mitteleuropäischer „Ehepartner“ für eine Vernunfthochzeit mit der EU*, osteuropa wirtschaft, 49. Jg., Juni 2004, S. 129-139.

lichen Intensivierung der Handelsverflechtungen führt. Aufgrund der ungenügenden fiskalischen Konvergenz und dem mangelnden Willen, die währungspolitische Autonomie aufzugeben, kann mit einem Beitritt zur EWWU nicht vor 2010 gerechnet werden. Erstaunlich ist, dass es dem Prager Ballungsraum nach weniger als 15 Jahren radikaler marktwirtschaftlicher Umgestaltung gelungen ist, ein höheres Wohlstandsniveau in realen Kaufkraftstandards zu erreichen als viele Regionen Ostdeutschlands, Italiens oder Spaniens. Nichtsdestotrotz kämpfen Nordböhmen oder Ostmähren mit gravierenden strukturellen Defiziten und Arbeitslosenraten weit über dem EU-Durchschnitt.

Slowakei – “Speed – The Fast and the Furious...“?



So wie in den mitteleuropäischen Nachbarstaaten stehen auch in der Slowakischen Republik Parlamentswahlen an, die in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 stattfinden werden. Bislang hat die Bevölkerung den rigiden Spar- und Reformkurs der Regierung des wenig populären, ambitionierten Marathonläufers Mikuláš Dzurinda mitgetragen, obgleich die Sparmaßnahmen in der Sozialpolitik vielen sozial Schwachen (darunter hauptsächlich die Roma-Bevölkerung) große Härten auferlegen. Die hohen Wachstums- und Investitionsraten sind das Ergebnis einer wirtschaftspolitischen Konzeption, die auf eine radikale Vereinfachung des Steuersystems (der Einheitssteuersatz für die direkte sowie die indirekte Besteuerung beträgt 19 Prozent) und das Anziehen ausländischer Direktinvestitionen setzt. Dadurch konnte eine Entwicklung in Gang gesetzt werden, die schon jetzt dem Aufholprozess Irlands nach seinem EU-Beitritt ab den 1970er Jahren gleicht. Dies ist auch das erklärte Ziel des dynamischen Finanzministers Ivan Mikloš, der die Wettbewerbsfähigkeit der slowakischen Wirtschaft aus drei grundlegenden Prinzipien ableitet: Effizienz, Transparenz und Allokationsneutralität (keine Verzerrung wirtschaftlicher Entscheidungen durch das Ausnutzen von Schlupflöchern, Steuerausweichen oder gar Steuerhinterziehung)⁷. Doch die Erfolge dürfen nicht über die Strukturprobleme in den Altindustrien sowie in der Landwirtschaft hinwegtäuschen, zumal die

Arbeitslosenquote mit ca. 17,5 Prozent in diesem Jahr den zweithöchsten Wert in der EU beträgt und so den Erfolgen der Regierung erhebliche Dämpfer verpasst.

Slowenien – “Little Buddha...“

In ruhiger, beinahe „kontemplativer“ Art und Weise entwickelt sich die Alpenrepublik bei wirtschaftspolitischer Stabilität und Rechtssicherheit zu einem sehr verlässlichen EU-Partner. Die günstige wirtschaftsgeographische Lage bei niedriger Arbeitslosenrate und hoher realwirtschaftlicher Integration mit den Nachbarländern Italien, Österreich sowie mit Deutschland beschert dem Land einen nachhaltigen Wachstumsprozess, zu dem auch der Tourismussektor maßgeblich beiträgt. Eine erfolgreiche Exportwirtschaft

⁷ Vgl. MIKLOŠ, IVAN, *Das beste Steuersystem der EU*, F.A.Z., 03.09.2005, S. 13.

bei einem hohen Grad der Verflechtung mit dem Weltmarkt ist gerade für ein kleines Land unabdingbar für den Entwicklungsprozess. Dazu zählen Erfolge in vielen industriellen Nischensektoren, bei denen ein komparativer Vorteil trotz vergleichsweise hoher Lohnkosten- und Abgabenbelastung ausgenutzt werden kann.

Ungarn - „Die fetten Jahre sind vorbei...?“⁸

Ungarns rasanter Aufstieg zur erfolgreichsten Volkswirtschaft im östlichen Mitteleuropa basiert auf Weichenstellungen, die bereits in den 1990er Jahren gelegt wurden. Jetzt droht das Land, das wegen seiner Liberalität und produktionstechnischen Attraktivität stets hohe ausländische Direktinvestitionen anziehen konnte, den Schwung der letzten Jahre zu verlieren. Daran wird auch die „Politik der 100 Schritte“, initiiert von Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány von der regierenden postsozialistischen, mittlerweile sozialdemokratischen Partei MSZP wenig ändern können. Sowohl die Vorgängerregierung unter Viktor Orbán als auch die seit 2002 regierende sozialliberale Koalition haben einerseits davor zurückgeschreckt, das marode Gesundheitssystem zu reformieren. Andererseits wurden kaum Schritte unternommen, um das Zwillingsdefizit, bestehend aus einer übermäßigen Nettoneuverschuldung des Staates und einem daraus resultierenden Anstieg der Gesamtverschuldung (mehr als 50 Prozent des BIP) sowie einer permanenten Verschlechterung der Leistungsbilanzposition (das Defizit betrug Ende 2004 ca. neun Prozent des BIP) in den Griff zu bekommen. Hinzu kommt eine sich beschleunigende Inflationsentwicklung, die fernab der Erfüllung der Konvergenzkriterien die Währungsstabilität generell in Frage stellt. Obwohl Ungarn immer noch ein solides, exportorientiertes Wachstum des realen BIP von drei bis vier Prozent in diesem Jahr aufweist, hemmt die mangelhafte Konsolidierung das Potenzialwachstum⁹. Bestehende regionale Disparitäten mit hoher Arbeitslosigkeit im Osten und Arbeitskräfteknappheiten im Westen des Landes verstärken den Anpassungsdruck, zumal für Regionalpolitik kaum Finanzmittel zur Verfügung stehen. Anders als in anderen neuen EU-Ländern wie bspw. Polen warteten ungarische Landwirte lange vergebens auf Ausgleichszahlungen aus Brüssel, da die administrativen Voraussetzungen nicht geschaffen wurden. Mittlerweile gehen Experten davon aus, dass die Arbeitslosenquote, die im EU-Vergleich bei einem hervorragenden Wert von unter sechs Prozent lag, bis Ende dieses Jahres auf über sieben Prozent steigen könnte. Die Gefahr einer erhöhten strukturellen Arbeitslosigkeit, die auch bei zufriedenstellenden Wachstumsraten nicht abgebaut werden kann, ist durchaus gegeben. Damit würde Ungarn die wirtschaftspolitischen Fehler alter EU-Länder begehen, die man durch konsequente Reformbemühungen immer vermeiden wollte.

Rumänien – „Ganz oder gar nicht...“

Sowohl der seit Ende 2004 amtierende Präsident Traian Băsescu, der ehemalige Bürgermeister der Hauptstadt Bukarest, als auch Ministerpräsident Călin Popescu-

⁸ Vgl. KAPS, CAROLA, *Die sieben fetten Jahre sind vorbei*, F.A.Z., 26.06.2005, S. 12.

⁹ Vgl. FARKAS, ZOLTÁN, *Mutatók és mutogatók*, Heti Világgazdaság (Wöchentliche Weltwirtschaft), Nr. 35, 03.09.2005, S. 8-12.

Tăriceanu, der ein Wahlbündnis der sozialdemokratischen PSD und der sozialliberalen PUL regiert, haben die erklärte Absicht, den EU-Beitritt Anfang 2007 zu realisieren. Allerdings scheinen auch die neuen politischen Eliten die immensen Herausforderungen durch die Übernahme des gemeinschaftlichen Rechtsbesitzstandes (Acquis Communautaire) und die daraus resultierenden mittelfristigen Prioritäten zu unterschätzen. Hinzu kommt die sehr verhaltene Einstellung einiger EU-Staaten im Hinblick auf das bereits vertraglich vereinbarte Beitrittsdatum 2007. Trotz stabiler Wachstumsraten seit fünf Jahren weist das Land in der institutionellen Konvergenz und Stabilität gravierende Mängel in der staatlichen Administration auf. Experten weisen darauf hin, dass die statistisch ausgewiesenen moderaten Arbeitslosenquoten von sieben bis acht Prozent (gemessen an der Erwerbsbevölkerung) nach unten verzerrt sind, somit also ein verdecktes Arbeitslosenpotenzial mit einkalkuliert werden muss¹⁰. Bei niedrigen Lohnkosten und gut ausgebildeten Fachkräften sowie einem beachtlichen Absatzpotenzial muss Rumänien viel stärker als bislang seine Möglichkeiten im Anziehen von ausländischen Direktinvestitionen suchen. Insbesondere die Entwicklung des Tourismussektors steckt im Vergleich zum Nachbarland Bulgarien noch in den Kinderschuhen.

Bulgarien – „Die unendliche Geschichte“



Nach fast zwei Monaten konnte die „unendliche Geschichte“ der Regierungsbildung in Bulgarien nach den Wahlen vom Juni 2005 abgeschlossen werden. Der sozialistische Parteichef Sergej Stanischew führt nun eine Mitte-Links-Koalition an und beerbt dabei den seit 2001 regierenden Ministerpräsidenten Simeon Sakschoburggotski, den ehemaligen Zaren Bulgariens. Ähnlich wie Rumänien hat Bulgarien schwere Zeiten des demokratischen und marktwirtschaftlichen Umbruchs hinter sich und sieht noch gewaltige Aufgaben in der vollen Übernahme des Acquis Communautaire vor sich. Vor allem in schwierigen Bereichen der Umweltrichtlinien sowie der Anti-Korruptionspolitik weist das Land noch fundamentale Mängel auf, sodass der anvisierte EU-Beitritt 2007 bei weitem nicht als sicher erscheint. Darüber können auch die günstigen makroökonomischen Entwicklungen seit Einführung des Currency-Board-Systems (Währungsrat mit 100%iger Deckung der Zentralbankgeldmenge durch Devisen) nicht hinwegtäuschen. Obgleich das Land dauerhaft hohe Wachstumsraten bei makroökonomischer Stabilität aufweist und die Privatisierung fortgeschritten ist, hemmen gesetzgeberische und administrative Defizite eine ausgewogene Entwicklung.

Dazu kommen enorme sozialpolitische Verwerfungen bei hoher Arbeitslosigkeit, die insbesondere die zahlenmäßig bedeutsame Minderheitengruppe der Türken sowie die ethnische Gruppe der Roma treffen.

¹⁰ Vgl. Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche WIIW
http://www.wiwi.at/pdf/adb_catalogue_romania.pdf - besucht am 06.09.2005.

Dokumentation

*Tomasz Grzegorz Grosse*¹

Eine neues Herangehensweise an die Lissabon-Strategie Wird es gelingen, die Widersprüche des europäischen Kapitalismus zu überwinden?

Die Vielfalt des europäischen Kapitalismus

Unter den verschiedenen Typologien des Kapitalismus unterscheidet man zwei grundsätzliche Formen. Die erste ist die Marktwirtschaft oder der angelsächsische Kapitalismus. Er wird am entschiedensten in den USA praktiziert. In Europa ist Großbritannien diesem Kapitalismus am nächsten. Das zweite Modell ist der sog. koordinierende Kapitalismus. Er wird auch als kontinentaler Kapitalismus bezeichnet, unter anderem deshalb, weil er im kontinentalen Europa vorherrscht, hauptsächlich in solchen Ländern wie Deutschland und Österreich. In Europa unterscheidet man weitere Formen des Kapitalismus, die dem koordinierenden verwandt sind. Dies sind das sozialdemokratische Modell, das von den skandinavischen Ländern vertreten wird, das südeuropäische oder mediterrane, zum Beispiel in Griechenland, Portugal und Italien sowie das staatliche, das sich an das Modell der entwickelten asiatischen Länder anlehnt und in Europa am stärksten von Frankreich repräsentiert wird.

Im Fall des angelsächsischen Modells geht die Theorie der Vielfalt des Kapitalismus davon aus, dass es im höchsten Maße auf den Mechanismen des freien Marktes und des freien Wettbewerbs beruht. Basis dieses Modells ist die begrenzte Rolle öffentlicher Institutionen, die ihre Interventionen lediglich auf die Regulierung des Marktfunktions sowie auf den Schutz des freien Wettbewerbs (u.a. durch die Abschaffung von Monopolen) beschränken. Ein wichtiges Element dieses Systems ist die geringe Anzahl von Staatsunternehmen und die Kommerzialisierung zahlreicher Segmente der öffentlichen Dienstleistungen. Der Arbeitsmarkt ist flexibel und wird nur in geringem Grade durch Bestimmungen reguliert, die dem Arbeitnehmerschutz dienen. Die Tarifverhandlungen finden dezentralisiert auf der Ebene einzelner Firmen (oder Branchen) statt.

Das grundsätzliche Merkmal des kontinentalen Modells ist die Beschränkung der Kräfte des freien Marktes durch ein koordinierendes System, bei dem die Beziehungen zwischen den Firmen und ihrem Personal sowie dem privaten und dem öffentlichen Sektor reguliert werden. Auf der Unternehmensebene gibt es eine enge und dauerhafte Zusammenarbeit, was unter anderem daran deutlich wird, dass man gegenseitig Anteile an den miteinander kooperierenden Unternehmen besitzt. Die Beziehungen der Firmen zum Finanzsektor, besonders zu den Banken, sind eng. Es gibt eine große Konzentration des Besitzes von Unternehmensanteilen, der Markt wird vor feindlichen Übernahmen, be-

¹ Dr. Tomasz Grosse beschäftigt sich am Institut für Öffentliche Angelegenheiten [Instytut Spraw Publicznych] in Warschau unter anderem mit der Problematik der regionalen Entwicklung und der Kohäsionspolitik in der EU. Zuletzt ist in zweiter Auflage sein Buch „Die Regionalpolitik der EU. Das Beispiel Griechenlands, Italiens und Polens“ erschienen.

sonders aus dem Ausland, geschützt. Die Mittel für die Entwicklung der Unternehmen stammen hauptsächlich von nationalen Institutionen, sehr viel seltener handelt es sich hierbei um Eigenmittel.

Im Vergleich zum angelsächsischen Modell ist das wirtschaftliche Engagement des Staates (und anderer öffentlicher Institutionen) auch wesentlich stärker ausgeprägt. Im Falle Deutschlands sind die Länderregierungen die Hauptakteure der Wirtschaftspolitik. Im koordinierenden Modell unterstützen die öffentlichen Institutionen die Entwicklungsprozesse aktiv, besonders im Hinblick auf strategisch wichtige Industrien und neuralgische Punkte im Arbeitsmarkt. Unterstützt werden auch Aktivitäten, die der Forschung und Entwicklung dienen sowie Vorhaben, die den Export oder die Entwicklung des Humankapitals stimulieren sollen. Die öffentlichen Institutionen unterhalten ebenfalls enge kooperative Beziehungen zu den Unternehmen und halten hohe Standards beim Arbeitnehmerschutz und der Sozialhilfe aufrecht. Sie unterstützen auch das auf Verhandlungen beruhende System der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmerorganisationen. Die Stabilisierung der Beschäftigung und die hohen Ausgaben für die Ausbildung wirken sich auf das hohe Niveau der beruflichen Qualifikation sowie auf die hohe Produktqualität aus. Daher ist der Marktwettbewerb hauptsächlich auf die Qualität der Produkte und Dienstleistungen ausgerichtet. Das hohe Niveau öffentlicher Hilfe, das ebenfalls dazu dient, die Nachfrage zu stimulieren, bewirkt, dass das koordinierende Modell als besonders effektiv gilt, wenn es darum geht, einen durch Rezession geprägten Zyklus zu verlassen. Es wird ebenfalls im Hinblick auf die Aufarbeitung von Entwicklungsdefiziten, hinsichtlich der Entwicklung strategischer Industriezweige sowie einer effektiven Eindämmung sozialer und regionaler Disproportionen als besonders effizient anerkannt.

Die Rivalität um ein europäisches Modell des Kapitalismus

In der EU gibt es bislang keine klare institutionalisierte Antwort im Hinblick auf ein Kapitalismusmodell. Im Bereich der Wirtschaftspolitiken haben wir sowohl dem angelsächsischen System verwandte Ansätze (zum Beispiel die Wettbewerbspolitik) als auch Ansätze, die dem koordinierenden Modell entsprechen (Landwirtschaft, Kohäsion, Industrie). Gleichzeitig gibt es in den EU-Staaten eine Vielzahl institutioneller Konzeptionen und politischer Praktiken. Ein Beispiel hierfür ist auch die Lissabon-Strategie. Zwischen den Mitgliedstaaten existiert seit langem eine starke Rivalität hinsichtlich der Übernahme des (eigenen) ökonomischen Modells auf die EU-Ebene. Dies steht im Zusammenhang mit der Sorge um die Absicherung der nationalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktinteressen, mit der Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der heimischen Unternehmen und der Beschränkung der Kosten, die sich aus den veränderten Spielregeln ergeben, die mit dem europäischen Einigungsprozess verbunden sind.

So bekämpft Großbritannien zum Beispiel auf der europäischen Bühne entschieden jedwede Versuche, in das europäische Recht Konzeptionen einfließen zu lassen, die das Modell des angelsächsischen Kapitalismus verändern könnten. Ausdruck dieser Politik ist die konsequente Beschränkung der Möglichkeit, soziale oder Arbeitnehmerrechte einzuführen oder in größerem Maße eine Sozialpolitik der EU zu realisieren. Gleichzei-

tig lanciert man neoliberale Ansätze, die dem eigenen Kapitalismusmodell entsprechen. Ein Beispiel hierfür ist die von den Briten erdachte Konzeption des Dritten Weges, die davon ausging, Elemente des freien Marktes mit Elementen des koordinierenden Modells verbinden zu können. In Wirklichkeit handelte es sich um eine politische Plattform, die es erlauben sollte, die mit der Vertiefung des gemeinsamen Marktes und einer weiteren Liberalisierung verbundenen Probleme in den Ländern des kontinentalen Europa zu lösen. Deshalb wirft man Großbritannien gelegentlich sogar vor, dass es den Versuch unternommen habe, das koordinierende Kapitalismusmodell in Europa zu zerschlagen. Einen Versuch, die Plattform des Dritten Weges in der europäischen Politik zu nutzen, stellte die zwischen dem britischen Premierminister und den Regierungschefs Spaniens und Italiens vor dem EU-Gipfel in Lissabon im Jahre 2000 geschlossene Übereinkunft dar. Ausdruck dieser Übereinkunft war ein später von Blair und Berlusconi unterzeichnetes Dokument, in dem zu einer Liberalisierung der Energie- und Finanzmärkte, zur Garantie größerer Freiheiten im Bereich feindlicher Übernahmen und Fusionen von Unternehmen, zu einer Verringerung des Ausmaßes öffentlicher Hilfen für die Wirtschaft sowie zu einer Beschränkung der Arbeitnehmerrechte und einer Flexibilisierung der Arbeitsmärkte aufgerufen wurde.

Ein neuer Ansatz für die Lissabon-Strategie

Auf dem Frühjahrsgipfel des Rats der EU (2005) beschloss man, die wenig effektive und hinter den erwarteten Ergebnissen zurückbleibende Lissabon-Strategie zu erneuern. Eines der wichtigsten Ziele des neuen Ansatzes bestand darin, die Prioritäten sowie die zu ehrgeizigen Richtgrößen hinsichtlich ihrer Umsetzung zurückzuschrauben. Zwei Ziele der modernisierten Strategie stehen hierbei an erster Stelle. Es sind dies die Stärkung der Innovationsfähigkeit der europäischen Wirtschaft sowie der Kampf um die Zunahme der Beschäftigung. Hier ist zum Beispiel die Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu nennen, inklusive der Stärkung der Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen sowie der Innovationsfähigkeit auf regionaler und lokaler Ebene. Ein Ziel der Strategie besteht ebenfalls darin, öffentliche Hilfen für die Entwicklung des Humankapitals bereitzustellen, etwa durch berufliche Weiterbildung, die Aktivierung der Arbeitsmärkte, die unter anderem auf die Beschäftigung junger Menschen zielen soll sowie die Weiterentwicklung der einzelnen Bildungssysteme.

Die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie geht also auf das Problem der Stimulierung der Wirtschaftsentwicklung in der EU zurück und greift dabei auf ein Instrumentarium des koordinierenden Modells zurück. Allerdings verhält sie sich hinsichtlich anderer Bestandteile dieses Modells, die sich auf die Regulierung des Arbeitsmarktes und das Verhältnis von Arbeitgebern zu Arbeitnehmern beziehen, überaus reserviert. Im Verhältnis zu diesem Segment der Wirtschaftsordnung zeichnen sich hier stärker Konzepte ab, die auf das angelsächsische Modell zurückzuführen sind. In der Strategie ist zum Beispiel von der notwendigen Modernisierung (also Rückführung) der kostspieligen Systeme sozialer Hilfe und Absicherung die Rede. Es wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass es notwendig sei, die Flexibilität der Arbeitsmärkte und die Mobilität der Beschäftigten auf diesen Märkten zu erhöhen.

Die Rolle der Sozialen Agenda

Die Debatte über einen neuen Ansatz für die Lissabon-Strategie wurde von einem Vorschlag der Europäischen Kommission hinsichtlich einer neuen Sozialagenda (2005) begleitet. Es handelt sich hierbei um eine auf fünf Jahre ausgelegte Strategie von Aktivitäten im Bereich der Sozialpolitik der EU, die sich eindeutig auf die reformierte Lissabon-Strategie bezieht. Auch in ihr wird die Modernisierung der Sozialsysteme und eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte postuliert. Beide Strategien akzentuieren sehr stark die Notwendigkeit, Sozialpartnerschaften zu entwickeln, besonders hinsichtlich der Lösung von Arbeitsmarktproblemen. Dies umfasst die Schaffung und Entwicklung von Institutionen des sozialen Dialogs, auch auf europäischer Ebene. Es handelt sich hierbei um ein Instrumentarium, das in den Ländern des koordinierenden Modells eine weite Verbreitung gefunden hat. Man kann allerdings davon ausgehen, dass die Einführung der oben genannten Institutionen nicht so sehr der Stärkung des europäischen Sozialstaatsmodells dienen wird, sondern eher der allmählichen Anpassung des europäischen Arbeitsmarktes an den Weltmarkt und der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Im Ergebnis muss man also erwarten, dass die erwähnten Institutionen die Flexibilisierung der Regelungen auf den Arbeitsmärkten und die Beschränkung der Arbeitnehmerrechte erleichtern werden.

Die neue Sozialagenda der EU akzentuiert ganz traditionell die Notwendigkeit, dass die Rechtsgleichheit auf den Arbeitsmärkten, vor allem die Gleichstellung der Frauen, erhöht werden muss. Man hat sogar vorgeschlagen, eine neue Institution, das „European Gender Institute“ zu schaffen. Man spricht sich auch für eine stärkere Verbreitung der Ansätze des Europäischen Sozialsystems auf globaler Ebene aus. Die Sozialagenda greift allerdings grundsätzlich keines der kontroversen Probleme auf, die mit der Harmonisierung der EU-Vorschläge zum Arbeitnehmerschutz, der Angleichung der Steuern u. ä. verbunden sind. Die Implementierung der überwiegenden Mehrheit der in dieser Strategie vorgeschlagenen Postulate wird allerdings den Mitgliedstaaten selbst überlassen, die sie den heimischen Bedingungen und dem eigenen Kapitalismusmodell entsprechend interpretieren und realisieren werden.

Die verzögerte Liberalisierung des Gemeinsamen Marktes

Ein weiteres wichtiges Postulat des neuen Ansatzes für die Lissabon-Strategie ist das Bestreben, eine größere Liberalisierung des europäischen Marktes zu erreichen. Dies ist ein Postulat, das sich ganz eindeutig aus dem angelsächsischen Kapitalismusmodell ableitet. Man kann allerdings hinsichtlich des Tempos und der Effizienz seiner Implementierung Zweifel hegen. Im Hinblick auf dieses Postulat ist in letzter Zeit eine starke Rivalität zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten erkennbar. Es dominiert die nationale Perspektive und die Sorge um nationale Arbeitsplätze. Gleichzeitig kommt eine pragmatische Haltung hinsichtlich der Idee eines liberalisierten Marktes zur Geltung. Ist sie für die eigenen nationalen Unternehmen günstig, so wird sie unterstützt. Stellt sie aber heimische Arbeitsplätze in Frage und verringert sie die Wettbewerbsfähigkeit nationaler

Unternehmen, so wird ihre Umsetzung hinausgezögert. Die Liberalisierung der Finanzdienstleistungen war für die starken Finanzinstitutionen der reichsten Mitgliedstaaten nützlich und wurde unter anderem deshalb als eine der ersten auf dem Dienstleistungsmarkt der EU eingeführt. Allerdings verzögern die reichsten Staaten im Hinblick auf andere, besonders arbeitsintensive Dienstleistungen die Liberalisierung. Hier sind nämlich Firmen aus den schwächer entwickelten und billigeren Mitgliedstaaten konkurrenzfähiger.

Wird diese Strategie der ganzen EU dienen?

Eine ganze Reihe von Vorschlägen aus der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie, die die Liberalisierung des Gemeinsamen Marktes betreffen, stoßen bei ihrer Umsetzung auf ernsthafte Probleme. Diesbezüglich gehen die Ursachen für diese Probleme in geringerem Maße auf die Unterschiede bei den Kapitalismusmodellen in den einzelnen europäischen Staaten zurück als vielmehr auf die Dominanz nationaler Interessen und die sich verstärkende wirtschaftliche Rivalität innerhalb der EU. Unter Berücksichtigung dieses Sachverhalts sollte man überlegen, ob die novellierte Lissabon-Strategie einer weitreichenden Entwicklung der EU und der Verbesserung ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit dient oder von einigen Ländern hauptsächlich dazu genutzt wird, die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen nationalen Betriebe auf dem EU-Markt zu steigern. Eine offene Frage ist zum Beispiel die Verausgabung der EU-Mittel für Forschung und Entwicklung. Es besteht die große Gefahr, dass sie in den am stärksten entwickelten und reichsten Mitgliedstaaten konzentriert werden. In diesem Fall würden sie faktisch dazu dienen, den Entwicklungsunterschied zwischen den schwächsten und den stärksten europäischen Ländern zu vergrößern. Bezieht sich das in der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie genannte Postulat der Entwicklung der Wachstumspole somit nur auf die westeuropäischen Innovationszentren und die größten Metropolen?

Konsequenzen für Polen

Aus der Sicht der polnischen Diplomatie sollte das strategische Ziel darin bestehen, solchen Tendenzen entgegenzuwirken und zu fordern, dass die Aufteilung der Mittel für Forschung und Entwicklung auf einem Quotensystem beruhen sollte und nicht ausschließlich auf gesamteuropäischem Wettbewerb. Denn in letzterem Falle werden die erfahreneren und entwickelteren westlichen Zentren obsiegen. Außerdem ist hinsichtlich der Kohäsionspolitik die Einführung solcher Finanzinstrumente von enormer Bedeutung, die explizit den neuen Mitgliedstaaten zukommen und die Infrastruktur sowie die Humanressourcen für die Entwicklung einer innovativen Wirtschaft zum Ziele haben. Eine Lösung könnte darin bestehen, die Ziele des Kohäsionsplans um die Entwicklung einer Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur zu erweitern, da der Fonds gegenwärtig nur die Kommunikations- und Umweltstruktur umfasst. Schließlich wäre eine klare Umorientierung des gerade vorbereiteten Nationalen Entwicklungsplans (Polens) von enormer Bedeutung, und zwar in Richtung vermehrte Innovation und Entwicklung von Humanressourcen, um damit den in den europäischen Politiken stattfindenden Veränderungen in Gänze zu entsprechen.

Drei Entwicklungsszenarien des europäischen Kapitalismus

Wie effizient wird die Einführung des neuen Ansatzes der Lissabon-Strategie sein? Man hat eine Reihe von Instrumenten vorgesehen, die ihre Umsetzung stärken sollen. Hierbei handelt es sich um ein stärkeres Engagement auf Seiten des EU-Haushalts hinsichtlich der Mitfinanzierung ihrer Ziele, eine klarere Rolle der Europäischen Kommission im Hinblick auf die Differenzierung der Entwicklungsprioritäten und derjenigen Aufgaben, die von den nationalen Regierungen realisiert werden sollen. Man plant die Schaffung von Ministerien, die für die Umsetzung der Ziele der Lissabon-Strategie in jedem der Mitgliedstaaten verantwortlich sein sollen, methodologisch vereinfachte nationale Programme, die diese Ziele umsetzen sowie ein vereinfachtes Berichtswesen. Die offene Koordinierungsmethode bleibt aber weiterhin das grundsätzliche Instrument für die Realisierung der Strategie. Dies bedeutet, dass die Hauptverantwortung für die effiziente Umsetzung der Strategie bei den Mitgliedstaaten liegt.

Allerdings können die engen Wirtschaftsinteressen der einzelnen Länder, die sich verstärkende Rivalität in der EU und der damit verbundene Schwund des Solidaritätsgefühls zwischen den Mitgliedstaaten zum wichtigsten Problem für eine effiziente Umsetzung der Strategie werden. Es kommt hinzu, dass die besprochenen Faktoren dazu beitragen, die Perspektive der Aktivitäten auf einen relativ kurzen Zeitraum einzuengen, der durch den Zyklus nationaler Wahlen und Referenden begrenzt wird. Dies kann Debatten und Aktivitäten, die gesamteuropäisch orientiert sind, erschweren.

Ein zusätzliches Problem bilden die unterschiedlichen Wirtschaftssysteme in Europa. Es scheint, dass man die grundsätzlichen Widersprüche des europäischen Kapitalismus nur schwer wird miteinander vereinbaren können.

Ein funktionales Modell des europäischen Kapitalismus sowohl hinsichtlich seiner inneren Bedingtheiten als auch im Hinblick auf die globale Wettbewerbssituation Europas bleibt weiterhin eine strategisch offene Frage. Der neue Ansatz der Lissabon-Strategie beinhaltet sowohl Elemente des angelsächsischen als auch des koordinierenden Kapitalismusmodells. Diejenigen Instrumente zur Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung, die dem koordinierenden Modell entsprechen, scheinen zu überwiegen. Hinsichtlich der Regulierung der Arbeitsmärkte und der sozialen Sicherungssysteme ist die Strategie allerdings nicht so eindeutig, da sie Elemente umfasst, die verschiedenen Wirtschaftsmodellen entstammen und es den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen, faktisch frei zu agieren.

Versucht man Fragen hinsichtlich der Zukunft des europäischen Kapitalismus zu beantworten, so muss man zunächst drei grundsätzliche politische Szenarien formulieren. Das erste könnte man als liberale Anpassung bezeichnen. Seine Realisierung würde vor allem die selektive Übernahme einiger Institutionen des marktwirtschaftlichen Kapitalismusmodells in den Ländern Kontinentaleuropas bedeuten. Diese Anpassungsstrategie wäre nicht gleichbedeutend mit einem Übergang zur Ländergruppe mit einem angelsächsischen Modell, sondern käme nur einer Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und einer Adaption an die neuen Bedingungen der Globalisierung und Europäisierung gleich.

Auf EU-Ebene würde dies den Versuch bedeuten, liberale Lösungen in ausgesuchten Segmenten des europäischen Rechts und in einigen Politiken der EU zu implementieren. Das zweite Szenario kann man als Strategie einer antiliberalen Wettbewerbssuche innerhalb der EU bezeichnen. Dies ist eine kurzsichtige Strategie, von der die Gefahr ausgeht, dass die Binnenunterschiede in Europa aufrechterhalten werden und dass sich die zentralen Regionen auf Kosten der Ausnutzung des Potentials der peripheren Regionen entwickeln. Sie beruht darauf, in einigen kontinentaleuropäischen Ländern koordinierende Aktivitäten aufrechtzuerhalten und die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen auf Kosten von Firmen aus anderen Regionen des gemeinsamen Marktes zu sichern. Dies kann man dadurch erreichen, dass man nach Einsparmöglichkeiten im EU-Haushalt sucht oder die Entwicklungsausgaben der EU in eine andere Richtung lenkt. Dies bedeutet unter anderem eine Kürzung des EU-Haushalts, eine Verringerung der Transferleistungen an die neuen Mitgliedstaaten und schließlich, dass die EU-Ausgaben hauptsächlich den Wirtschaften der am stärksten entwickelten Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig ist dies ein Szenario, das darauf abzielt, die Wettbewerbsfähigkeit einiger europäischer Volkswirtschaften einzuschränken, besonders derjenigen, die sich dem angelsächsischen Paradigma entsprechend entwickeln oder den neuen Mitgliedstaaten angehören. Dies lässt sich dadurch verwirklichen, dass man ihnen die hohen Kosten, die mit einigen Aspekten des EU-Rechts verbunden sind (zum Beispiel im Bereich der Umweltstandards) aufbürdet und ihnen die Möglichkeit nimmt, die Unternehmenssteuern zu senken.

Es kann ebenfalls dadurch verwirklicht werden, dass man die Richtung der Entwicklungsinvestitionen festlegt: statt auf eine eher konkurrenzfähige, technisch hochentwickelte Wirtschaft stärker auf den Ausbau elementarer Infrastruktur und Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger.

Das dritte politische Szenario kann man als den Aufbau einer wissensgestützten europäischen Wirtschaft bezeichnen. Bei dieser Strategie soll der alte Kontinent auf die Wettbewerbsbedingungen der Weltwirtschaft vorbereitet werden. Man sollte hervorheben, dass Europa global betrachtet seine Wettbewerbsfähigkeit nicht auf den Zugang zu Bodenschätzen oder zu einem billigen Arbeitskräftereservoir beschränken kann. Auf längere Sicht wird es auch schwierig sein, die Wettbewerbsfähigkeit in Anlehnung an die Ausbeutung der internen Reserven der peripheren Räume (ihrer billigen Arbeitskraft, der intellektuellen und Kapitalreserven sowie des Absatzmarktes) zu stützen. Auf längere Sicht kann die europäische Überlegenheit nur auf einer hochentwickelten Technologie, kompetenten Mitarbeitern und sozialem Kapital beruhen, das heißt auf einer engen Vernetzung von Kooperation, sozialem Engagement und unternehmerischem Denken.

Dies ist ein Szenario, das der Entwicklungsrichtung skandinavischer Länder entspricht. Sie haben ihre Überlegenheit auf den Weltmärkten durch Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen, Maßnahmen der beruflichen Qualifikation sowie die Orientierung ihrer Ausgaben auf die Entwicklung einer modernen Wirtschaft erreicht. Wie es scheint, braucht man das skandinavische Modell der Sozialpolitik und des Arbeitnehmerschutzes zumindest in der ersten Umsetzungsphase der Strategie nicht auf EU-Ebene einzuführen. Notwendig ist allerdings das Konzept einer entwickelten Industriepolitik der EU, die auf die Stärkung von Forschung und Entwicklung, die Stärkung kleinerer und middle-

rer Unternehmen sowie den Ausbau einer EU-weiten Bildungs- und Qualifizierungspolitik ausgerichtet ist. Von großer Bedeutung ist die Schaffung des Potenzials einer wissenschaftsgestützten Wirtschaft auch in den schwächer entwickelten Staaten sowie an den Peripherien der EU. Dagegen müsste die nächste Etappe bei der Verwirklichung des besprochenen Szenarios darin bestehen, einige Elemente der skandinavischen Sozialpolitik auf EU-Ebene anzusiedeln. Dies ist nämlich eine wesentliche Bedingung für die Entwicklung sozialen Kapitals in Europa, für die Verringerung des Ausmaßes an sozialer Exklusion und für den Aufbau einer Kultur der Zusammenarbeit und unternehmerischer Initiativen.

O-Ton

Anna Traducere
Banater Bergland (Rumänien)

Mein Name ist Anna. Ich komme aus einem kleinen Dorf im Banater Bergland, aus einem noch kleineren Land auf dem Balkan. So klein ist dieses Land, dass es von dem ganzen Horror hätte verschont werden müssen, Horror den leider auch ich erlebt habe, der mich auch heute noch in meinen Träumen verfolgt und der mir die Ruhe geraubt hat. Das ist meine Geschichte.

Ich kam in einer gewöhnlichen Familie zur Welt, die an einem gewöhnlichen Ort lebte. Ich war ein Einzelkind und genoss jeden Moment dieses einfachen Lebens. Die Leute bewahrten diese Einfachheit, sie lernten sie zu schätzen nach den langen Tagen auf dem Feld oder inmitten der Familie., festgelegte Bräuche, die ein jeder zu pflegen wusste.

Ich betrachte mich als eine einfache Frau, habe immer versucht, meine Ruhe zu bewahren, einer Richtlinie zu folgen und die Einfachheit nicht zu gefährden. Ruhe und Einfachheit. In diesem Alter bin ich zur Schlussfolgerung gelangt, hatte diese Offenbarung, dass ich immer zur Ruhe und Einfachheit geneigt habe. Langweilig, aber wahr.

Meine Eltern heirateten aus Liebe, auch wenn das Leben sie auf harte Proben gestellt hatte. Das war eigentlich das Schicksal eines jeden Bauern, der am Anfang des 20. Jahrhunderts an etwas Eigentum für die Familie kommen wollte. Meine Eltern arbeiteten hart für das Stückchen Boden, auf dem ihr eigenes Haus gebaut werden und später Anna auf die Welt kommen sollte. Ich also. Jetzt gucken sie mich jeden 1. November, den ich sie besuchen komme, von dem gelblichen Foto auf ihrem Grabstein an. Sie und meine Tochter Leni.

Leni war ein Wunder für eine achtzehnjährige Mutter. War hübsch und klug, konnte sich sogar schwierige Wörter merken und es war immer meine Freude, wenn ich jeden Morgen ihr langes Haar in zwei Zöpfe binden durfte. Sie war heiter, alle liebten sie. Sie war und ist gewesen.

Lenis Vater hieß Sladek und war kein angesehenes Mitglied unserer Gemeinde, dafür konnte er sehr gut tanzen. Seine einfache Art und Weise, die Einfachheit, mit der er Probleme löste, wenn auch manchmal mit Hilfe einer Flasche Schnaps, haben mich gleich gepackt. Er hat mich geliebt und mir Respekt erwiesen, sowie ich ihn auch geliebt und respektiert habe. Aber ich habe auch mit ihm geschimpft, jedes Mal wenn er sich gehen ließ oder im Alkoholdunst verschwand. Jedes dieser Male gab er mir und Leni das Gefühl, dass wir in unserer Gemeinde an Ansehen verlieren würden. Er war einzeln, wir waren zu zweit.

Sladek wurde an die Front geschickt und wir mussten uns verabschieden. In Hoffnung auf die Wiederkehr wollten wir beide versuchen, unser Familienleben zu retten. Es gab aber wenig Chancen, es gibt immer zu wenig Chancen!! Während in meinem Kopf der unvermeidbare Gedanke verharrte, dass ich meinen Gatten nie wieder zu Gesicht bekommen würde, sah ich all die anderen Frauen und Alten an – derselbe Gesichtsausdruck! An dem Tag blieben die Straßen leer. Während ich die Milch unserer Kühe der rumänischen Kundschaft brachte, zählte ich in Gedanken all die Eltern, Geschwister,

Frauen und Kinder zusammen, die jemanden an die Front schicken mussten. Gleichzeitig berechnete ich die Chancen für die Rückkehr dieser Männer. Wir alle hofften auf Gott, und Gott hatte an dem Tag sehr viele Gebete zu hören.

Ich habe nie den Krieg verstanden. Auch Jahre später, als uns Historiker die logische Abfolge der geschichtlichen Ereignisse zu erklären versuchten, war mir irgendwie diese Logik unklar. Denn all die Rechtfertigung verschwand, als der Hass eintrat, der Hass gegen diejenigen, die meine Tochter, meinen Mann, meine Eltern, meine Ruhe geraubt haben.

Sladek kam nicht von der Front zurück, zumindest nicht vor dem Schrecken, der folgte. Er stand mir nicht bei, als ich wie eine Verbrecherin verfolgt wurde, er war kein Vater, als die Russen in unser Haus mit Gewalt einbrachen, er war nicht da, als ich mit letzter Verzweiflung einen Arzt für Leni suchte. Ich weiß, es hat keinen Sinn, ihn dafür zu beschuldigen, es lag doch nicht in seiner Kraft. ER WAR ABER NICHT BEI MIR UND ICH WAR ZU ALLEIN!

Tägliche Nachrichten kamen von der Front und schmetterten Hoffnungen nieder. Jeden Tag hörte man Weinen und Klagen und jemand gab die nötigen Erklärungen im wunderbaren Banaterschwäbischen Dialekt :“ Ta Pu: fum Klier is storba“ (der Sohn der Kliers ist gestorben). Es konnte nicht mehr lange dauern, bis auch wir jemanden beweinen würden. Wir warteten, machten uns gegenseitig Mut, ich hatte schließlich Leni, sie hatte ihre Mutter und beide hatten wir meine Eltern. Der Krieg, der große Menschenfresser, begonnen von meinem Volk, schien allmählich zu Ende zu sein und schickte unsere Hoffnungen nach Hause. Ich wartete auf Sladek. Der Krieg war vorbei.

Die Russen kamen. Die Leute sprachen von einer größeren Gefahr, als der Krieg selbst. Man würde uns als Deutsche verfolgen, bis ihr Rachedurst erloschen wäre. So kamen wir dazu, zu laufen und uns zu verstecken, wie wilde Tiere, die grundlos verfolgt und gejagt wurden. Unsere Schuld, unsere große Schuld war es, einen deutschen Namen zu tragen.

Die einzige Wirklichkeit war die Flucht, und das mit 22 Jahren. Zusammen mit einer Freundin war ich über die Berge in ein benachbartes Dorf geflohen. An diesem Ort, unter Rumänen fanden wir Sicherheit und Ruhe, wenn auch nur für kurze Zeit. Meine Freundin konnte einen Rumänen aus dem Dorf heiraten, um ihren deutschen Namen zu verbergen. Mein einziger Gedanke war aber, wieder bei meiner Familie zu sein, bei meiner Leni.

Ich überquerte noch einmal die Berge in einer Ochsenkarre. Der Weg mag schwer gewesen sein, ich kann mich daran nicht mehr erinnern, hatte doch wohl Angst, nicht von Wölfen überfallen zu werden. Der Hunger war allgegenwärtig.

Ich war endlich zu Hause. Vater schaufelte ein Loch in der Erde, so groß wie ein Grab. Man legte Decken und Teppiche in dieses Grab, um die Kälte etwas zu mildern (es war schließlich bereits November). Hier sollte ich den Winter verbringen. Tagsüber lag ich in meinem Grab und versuchte mitzubekommen, was oberhalb der hölzernen Tür, die mich von der Welt verbarg, passierte. Das Versteck musste absolut geheim gehalten werden, damit nicht die rumänischen Nachbarn oder andere die Russen verständigen würden, dass sich im Garten der Familie Geiring eine Deutsche und somit ein Feind des

Staates verstecken würde. Erst wenn es dunkel geworden war und sich die Nachbarn sicher nicht mehr draußen aufhielten, wagte ich mich aus meinem Loch und schlich mich zum Haus. Dort musste ich mich beeilen, um schnell meine Toilette zu verrichten, mich zu waschen, Essen zu holen und war meist schon nach dreißig Minuten zurück. Dreißig Minuten Leben und dann weitere dreiundzwanzigeinhalb Stunden Scheintod. Meine einzige Freude in der unerträglichen Einsamkeit war, dass Leni täglich zu mir kam und mir erzählte, was sie an dem Tag im Kindergarten gemacht hatte. Das Gespräch war so, als würde sie mit den Häschen sprechen, also erzählte sie alles dem „Häschen in der Grube“... oft streckte sie ihren kleinen Finger durch eine Öffnung in der Tür, damit sie wusste, dass ich noch dort war... das arme Kind!

Der Frühling kam und mein Versteck wurde langsam unerträglich. Insekten fingen an zu krabbeln und ich konnte mich nicht mehr verstecken. Eines Abends kroch ich heraus, wusch mich, aß für das erste Mal seit Monaten an einem Tisch und legte mich hinterher in mein Bett, das ich so vermisst hatte. Irgendwie mussten mich die Nachbarn gesehen haben. Die Russen wurden verständigt. Am nächsten Tag brachen mehrere Soldaten in das Haus ein und nahmen mich fest. Ich wurde wie ein Verbrecher von zwei Offizieren der Miliz zum nächsten Gefängnis in Lugoj gebracht. Ich war 23.

Meine Eltern kamen mich gelegentlich besuchen, wenn sie sich einen Besuchsschein erkaufen konnten. Auch mussten sie für die 40 km Strecke mit dem Ochsenkarren einen ganzen Tag opfern. Nach der Entlassung kam ich nach Hause und fand Leni in einem schlimmen Zustand. Sie bewegte sich hastig, redete unverständlich, hatte sich total verändert. Sie hatte angeblich einen Schock bekommen in der Nacht, als ich festgenommen wurde. Sie habe in der Nacht unaufhörlich geschrien.

Ich nahm den ersten Zug, den man in der Zeit nach Temeswar, der nächsten Großstadt, nehmen konnte, mit Leni in meinen Armen. Sie hielt sich an mir fest, klammerte sich, war froh, dass wir wieder zusammen waren, wurde aber von Tag zu Tag schwächer. In Temeswar fanden wir einen Arzt, einen jüdischen Neurologen, der wie durch ein Wunder am Leben geblieben war und noch praktizieren konnte. Der Arzt untersuchte Leni und bestätigte meine Vermutungen: Leni erlitt einen Schock, nachdem ich festgenommen worden war, das Ganze wurde zusätzlich durch den gewalttätigen Einbruch der Soldaten in das Haus meines Vaters verstärkt. Hinzu kam noch die Verspätung, mit der sie von einem Spezialisten behandelt wurde. Es blieb uns nur eine Chance übrig. Der Arzt hatte gehofft, dass Lenis Kontakt zu mir den Schock mildern würde, dass meine Anwesenheit ihr die Sicherheit und die Ruhe zurückgeben würde. Es war die einzige Möglichkeit in einer Zeit, in der es keine Medikamente gab, in der man auf keine ärztliche Hilfe hoffen konnte. Und Hoffnung war das einzige, woran wir uns in dieser Zeit noch klammern konnten.

Leni starb in meinen Armen. Und ich starb mit ihr. Ich war entschlossen, mich neben ihr begraben zu lassen und das zu beenden, was ich im Garten angefangen hatte. Dann dachte ich an meine Eltern, meine lieben Eltern, die somit auch ein Kind, ihr einziges Kind, verloren hätten. Jede Nacht schlich ich mich aus dem Haus, ging auf den Friedhof und scharrte mit den Fingernägeln die Erde beiseite, um an meine Leni heranzukommen. Als ich meinen Vater jedes Mal sah, wie er mich wie ein Schatten verfolgte, damit ich nichts Unkluges mit mir anstellen würde, begann ich meinen Schmerz zu unterdrücken

und Verantwortung für diejenigen zu tragen, die noch am Leben waren und die mich jetzt brauchten, für meine lieben Eltern.

Sladek kam aus dem Lager zurück und wollte mich sehen. Ich wollte ihn aber nicht sehen. Ich wollte ihn nicht anblicken, wollte nicht daran denken, was gewesen wäre, wenn er uns nicht verlassen hätte, wenn er für immer bei uns geblieben wäre. Ich wies ihn ab und er kehrte nach Deutschland zurück, zu einer neuen Frau. Ich blieb mit Erinnerungen zurück. Und mit viel Schmerz im Herzen.

Berichte

Irma Hildebrandt

Osteuropäische Pädagoginnen hospitieren an deutschen Schulen

Die Ost-West-Begegnungen von Lehrern haben in Vlotho an der Weser eine lange Tradition. In Kooperation mit dem Pädagogischen Austauschdienst Bonn treffen sich im Gesamteuropäischen Studienwerk regelmäßig Deutschlehrer aus den verschiedenen osteuropäischen Ländern – man müsste eher sagen Deutschlehrerinnen, denn männliche Lehrkräfte sind bei den Begegnungen höchst seltene Exemplare. Die Lehrerkollegien sind feminisiert, die Schulleiter allerdings – wie auch hierzulande – oft Männer. Die Auswahl für dieses begehrte Fortbildungsseminar beschränkt sich auf Deutschlehrer, weil bei ihnen das Übersetzungsproblem entfällt. Die Ausgewählten sprechen alle erstaunlich gut deutsch, erstaunlich deswegen, weil nur die wenigsten Gelegenheit hatten, die Sprache in Deutschland praxisnah zu lernen.

Umso größer ist ihr Interesse am Kontakt mit deutschen Kollegen und deutschen Schülern. Dazu bietet eine mehrtägige Hospitation in der Realschule und im Gymnasium die beste Gelegenheit. Neben didaktischen Fragestellungen, etwa zum Umgang mit aktuellen Themen und mit den neuen Medien, steht die Teilnahme am Unterricht im Vordergrund. Dabei sind die osteuropäischen Gäste regelmäßig erstaunt über die freie Unterrichtsgestaltung an deutschen Schulen, und zu Anfang herrscht wohl ab und zu – in Erinnerung an kommunistische Erfahrungen – Skepsis, ob hier nicht eingeübte Musterlektionen vorgeführt würden. Aber das Misstrauen schwindet im Gespräch mit Schülern rasch. Besonders imponiert den Gästen, wie aktiv die Schüler in den Unterricht einbezogen werden, wie sie sich wechselseitig anregen oder korrigieren und wie der Wissensstoff gemeinsam erarbeitet wird. Der Lehrer als Koordinator, als Mitbeteiligter, nicht als allein Dozierender vor der Klasse, wie es in den meisten östlichen Staaten noch üblich ist. Wo die besseren Lernerfolge und die nachhaltigere Vermittlung von Wissensstoff erzielt werden, ist nach Pisa Diskussionsstoff. Des Lobes voll sind die Hospitierenden jedoch über die an den Schulen existierenden vielfältigen Arbeitsgemeinschaften. Diese Zusatzangebote kennen sie aus ihren Ländern nicht, es sei denn auf privater Basis, von den Eltern bezahlt.

Und wie wirkt sich die neue EU-Zugehörigkeit in den einzelnen Beitrittsländern aus? Verändert sich der Alltag, das berufliche Leben? Mit welchen Erwartungen, Vorstellungen, eventuell auch Vorurteilen sind die Seminarteilnehmerinnen nach Deutschland gekommen? Was erwarten sie von einer Zukunft im gemeinsamen Europa?

Mit drei Deutschlehrerinnen – sie kommen aus Slowenien, Polen und der Slowakei und sprechen sehr gut deutsch - ergibt sich ein lebhaftes Gespräch.

Rada Legat Benedik ist Slowenin, 43 Jahre alt, verheiratet mit einem Mathematiker. Sie hat zwei Kinder, 19 und 12. Die 19-Jährige studiert Soziologie an der Universität Ljubljana. Auch sie hat in der Hauptstadt Ljubljana studiert, vier Jahre Germanistik. Als sie das erste Kind bekam, war sie noch Studentin, beim zweiten hat sie ihre Berufstätigkeit für ein Jahr unterbrochen. Lehrerinnen können drei Jahre Babypause machen, aber die meisten gehen nach einem Jahr wieder in den Beruf, auch aus finanziellen Gründen. Rada Legat hatte Glück, ihre Mutter hat ihr halbtags geholfen und auch ihr Mann unterstützt sie bei den häuslichen Arbeiten. Schulerfahrung hat sie schon reichlich sammeln können, an der Grundschule, der Mittelschule und jetzt am Gymnasium. Neben Deutsch unterrichtet sie auch Englisch. Deutsch hat in Slowenien durch die k. u. k. Monarchie eine lange Tradition. Sie selbst hat schon im Kindergarten deutsch gelernt, später hatte sie einen deutschen Freund. Als Europäerin hat sie sich schon immer gefühlt, hat auch schon immer Auslandsreisen gemacht, nur ist es jetzt etwas einfacher geworden. Vor allem für junge Menschen sieht sie nun eine bessere Chance für ein Studium oder einen Job im Ausland. Für ihr Land wünschte sie sich mehr Frauen in der Politik, das weibliche Prinzip kommt ihrer Meinung nach im politischen Leben zu kurz.

Zora Zarevucka, 39, kommt aus der Slowakei. Die promovierte Pädagogin unterrichtet in Bratislava Deutsch und Sport. Auch sie hat zwei Kinder, einen elfjährigen Sohn und eine neunjährige Tochter. Ihr Mann ist als Projektmanager bei Siemens beruflich sehr eingespannt. Das Leben ist seit dem EU-Beitritt ihres Landes insgesamt hektischer geworden, Frauen geht es dabei heute eher schlechter. Schnelle Anpassung an neue Gegebenheiten ist gefragt, Frauen mit Familienpflichten sind aber nicht so mobil. Im Management haben sie wesentlich schlechtere Chance als Männer, Die Schulen hingegen sind weitgehend feminisiert – die Gehälter entsprechend niedrig trotz offizieller Gleichberechtigung. Da auch die Preise gestiegen sind, müssen viele Familien den Gürtel deutlich enger schnallen. Der EU-Beitritt der Slowakei hat aber auch Vorteile. Dr. Zarevucka spürte früher als Leistungssportlerin bei Auslandsfahrten stets deutliche Unterschiede zwischen Ost und West, jetzt gibt es diese Hürden nicht mehr, die größere Reisefreiheit weiß sie zu schätzen. Angenehm empfindet sie in Deutschland die Ordnung und Sauberkeit, auch die bewusste Lebensplanung vieler Menschen. Kein Verständnis hat sie für die endlosen Diskussionen um die Ladenschlusszeiten.

Juistyna Wójcik-Radecka ist vor 33 Jahren in Konin geboren und unterrichtet heute an einem Gymnasium in Warschau – am J. W. Goethe-Gymnasium, betont sie. Die mit einem Programmierer verheiratete Mutter eines Sohnes hat drei Jahre am Fremdsprachenkolleg studiert, dann drei Jahre Germanistik an der Universität. Schon in der Schule hat sie mit 12 Jahren einen Deutschkurs belegt, das war damals schwierig, da ja Russisch die obligatorische erste Fremdsprache war. In der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sieht sie ein Problem, das jedoch nicht nur in Polen besteht. Die Frauen bleiben, wenn sie Kinder haben, nicht ungern zu Hause, der Lehrerberuf ist finanziell nicht attraktiv. Allerdings reicht der alleinige Lohn des Mannes oft nicht für den Lebensunterhalt. Frau Wójcik hat den EU-Beitritt Polens begrüßt und teilt die Ängste vieler ihrer Landsleute nicht, die einen Verlust der eigenen Identität befürchten. Aber die Polen haben keine

andere Wahl. Chancen bieten sich vor allem für Männer, da die EU qualifizierte Kräfte braucht, doch ist die Abwanderung vor allem von Ärzten für das Land nur schwer zu verkraften. Das Gesundheitswesen in Polen müsste dringend verbessert werden, viele Menschen haben Angst vor mangelhafter Versorgung bei Krankheit, der Alkohol ist ein großes Problem.

Einig sind sich alle drei Gesprächspartnerinnen über ihre positiven Eindrücke von Deutschland. Die Meinung vieler ihrer Landsleute über die Bier trinkenden lauten und überheblichen Deutschen teilen sie nicht, auch nicht die Angst vor Ausschreitungen Rechtsradikaler, die in polnischen Zeitungen häufig Thema sind. Sie loben die Weltoffenheit und die Toleranz der Deutschen Ausländern gegenüber – ihre Erfahrungen haben sie allerdings nicht an deutschen Stammtischen gemacht...

Über den Beitritt Sloweniens zur EU hat Rada Legat Benedik einige Gedanken aufgeschrieben – hoffnungsvolle, werbende für das kleine Land:

Wie ist Slowenien
 In die EU gekommen?
 Wie eine Prinzessin,
 auf die man lange gewartet hat
 oder ein Aschenputtel,
 das man gar nicht bemerkt,
 als ein kleines winziges Mädchen,
 das scheu und verschämt
 am Rande steht
 und erwartet,
 dass Mutter Europa
 es auf den Schoß nimmt?
 Hat es etwas zu bieten
 Oder kam es mit leeren Händen?

Nein, es ist nicht gekommen,
 es war immer schon da,
 nur merkten die andern das nicht.
 Die meisten führen durchs Land
 wie rasende Pferde mit Scheuklappen,
 sahen nichts von der Schönheit
 der Berge, der Seen, der Meeresweite,
 hörten das Vogelzwitschern nicht
 und das Murmeln der Wasserfälle.
 Aber all das ist da.
 Kommt nach Slowenien,
 seht es euch an!

Zbigniew Wilkiewicz

Innere und äußere Sicherheit nach der EU-Osterweiterung

1. Zielgruppe

Das Seminar wurde im Rahmen des Bildungsurlaubs mit Polizistinnen und Polizisten aus Hamburg, Bremen und Bochum durchgeführt. Es handelte sich dabei um Teilnehmende, die den unterschiedlichsten Fachgebieten und Rängen angehörten und alle in der Deutschen Polizeigewerkschaft organisiert sind.

2. Lernziel

Die Teilnehmenden sollten mit den Folgen der Osterweiterung der EU aus sicherheitspolitischer Sicht vertraut gemacht werden. Da die Osterweiterung der EU zum 1. Mai 2004 vollzogen wurde, stand die Beschäftigung mit Risiken und Chancen dieses Prozesses im Vordergrund. Angesichts der europäischen Verfassungskrise (Plebiszite in Frankreich und in den Niederlanden) wurde auch nach der zukünftigen Verfasstheit der EU gefragt. Aufgrund der starken Belastungen der westlichen Welt (USA und EU-25) durch einen weltweit agierenden Terrorismus ging es des weiteren darum, die Formen von Prävention durch nationale und europäische Behörden zu erörtern. Auch wurde der sich aus diesem Zusammenhang ergebende Konflikt zwischen den USA und einem Teil der EU rekonstruiert (Irak-Krieg).

In dieser Hinsicht besonders sensiblen Bereichen Europas wie dem Baltikum und den beiden Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien wurden einzelne Seminareinheiten gewidmet.

Überdies ging es auch um nationale, allerdings in der EU eingebettete Sicherheitssysteme, die in gesonderten Seminareinheiten behandelt wurden (Terror-schutz in Häfen)

3. Inhalte und Methoden

In der einleitenden Einheit „Sicherheit, Polizei und Europa – Deutschlands Rolle“ referierte Jörg Lauenroth von der Polizeigewerkschaft in Hamburg zunächst über die Verfolgung von Straftätern, die dem politischen Terrorismus (RAF) zuzuordnen waren. Mit Hilfe mehrerer Lehrfilme vom BKA wurde dann die zunehmende Komplexität der Ermittlungsarbeit – angesichts eines seit den 80er Jahren global operierenden und organisierten Terrorismus - veranschaulicht. Mit Hilfe von Beispielen aus der polizeilichen Praxis konnten die Teilnehmenden nachvollziehen, welche gravierenden Fehler zum Beispiel bei Geiselnahmen in der Vergangenheit gemacht wurden und welche institutionellen und organisatorischen Konsequenzen man hieraus zog.

Es folgte eine lebhafte Diskussion, in der es in erster Linie um die Frage ging, ob und wie man die neue Qualität des Terrorismus (Selbstmordattentäter!) wirksam bekämpfen könne.

Der folgende Seminartag war den Fragen der Sicherheit in Bulgarien und Rumänien gewidmet. Mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation referierte Dr. G. Schüsselbauer

über die Besonderheiten dieser beiden Beitrittsländer: Hierbei standen Fragen der politischen und wirtschaftlichen Reformen in beiden Ländern im Vordergrund. Auch stellte der Referent die schwierige soziale Lage großer Teile der Bevölkerung vor.

Mit Hilfe zur Verfügung gestellter Materialien analysierten die Teilnehmenden dann in drei AG, inwiefern es in den Bereichen Justiz und Inneres in Rumänien, Bulgarien und der Türkei bereits zu einer Anpassung an das EU-Recht gekommen ist. Eine vierte AG beschäftigte sich mit dem Problem der Organisierten Kriminalität in der EU. Bei der Präsentation der Ergebnisse und in der Diskussion wurde in erster Linie auf die mangelhafte Umsetzung von Gesetzesvorhaben sowie die problematische Rolle der Polizei und der staatlichen Verwaltung in allen drei Ländern abgehoben.

Herr Heiko Beller von der Hamburger Innenbehörde referierte am folgenden Vormittag über den inzwischen EU- und weltweit stark ausgebauten Terrorschutz in der Seeschifffahrt und in internationalen Häfen. Dass es hierbei erheblichen Handlungsbedarf gibt, verdeutlichte der Referent anhand einiger spektakulärer Terroranschläge auf große Passagier und Handlesschiffe. Nach dem 11. 09. 2001 sei es deshalb in erster Linie um den Ausbau des Solas-Abkommens (Safety of Life at Sea) zu einem international verbindlichen System von Sicherheitsmaßnahmen (ASPS) gegangen, das ab 1. Juli 2004 Gesetzeskraft erlangte und das im Großen und Ganzen aus den drei Bereichen Risikobewertung, Plan zur Gefahrenabwehr und Umsetzung besteht. Bei der Sicherung von Seeschiffen und Hafenanlagen sei man durch ASPS einen wichtigen Schritt vorangekommen, allerdings gebe es zum Beispiel hinsichtlich der Zuverlässigkeitsprüfung des auf Schiffen und in Häfen beschäftigten Personals noch erhebliche Lücken, die aber aufgrund der enormen Kosten kaum zu schließen seien.

In der Diskussion wurde deutlich, dass trotz eines weiteren Ausbaus des Systems (Vessel Screening Process) man im maritimen Bereich weiterhin von einem hohen Sicherheitsrisiko auszugehen habe.

In dem Seminarartikel von Jörg Stemmer zum Thema „Prävention illegaler Zugriffe im Internet?“ wurden mit Hilfe aktueller Zahlen der Internetnutzer die daraus resultierenden Möglichkeiten krimineller Handlungen erörtert. Die Teilnehmenden beschäftigten sich mit folgenden drei Themenschwerpunkten:

- Raubkopien und die „umstrittene“ Kampagne der Musik- und Filmindustrie.
- Online Bankraub anhand realer Beispiele, die in letzter Zeit bekannt geworden sind.
- Verbreitung von rechtsextremen Inhalten im Internet.

Weiterhin wurden außergesetzliche und gesetzliche Präventionsmaßnahmen zur Vorbeugung und Aufklärung krimineller Verbrechen im Internet referiert.

Auch wurde auf Grundlage der polizeilichen Kriminalstatistik des Jahres 2003 ein Überblick über die im Bereich der Computerkriminalität begangenen Vergehen gegeben. Zwar war hier festzustellen, dass die Zahlen rückläufig sind, aber die Teilnehmenden machten darauf aufmerksam, dass dies nicht unbedingt die Realität widerspiegele, da nicht davon auszugehen sei, dass alle Verbrechen ermittelt werden konnten.

In der Abschlussdiskussion gab es die unterschiedlichsten Meinungen zum Medium Internet. Die grundlegende Frage war, ob das Internet nicht zu schnell gewachsen sei, so dass die Bürgerinnen und Bürger sowie die staatlichen Institutionen der rasanten Entwicklung der Technik nicht mehr folgen können. Einig war man sich darin, dass nicht absehbar sei, welche Dimensionen die kriminellen Verbrechen im Internet noch annehmen werden.

Dr. Rudolf Mark von der Ostakademie in Lüneburg referierte am Donnerstagvormittag über die innere und äußere Sicherheit in den baltischen Staaten. Dabei machte der Referent deutlich, dass sich diese Gruppe kleiner Staaten, die mittlerweile sowohl der NATO als auch der EU angehört, in dem durchaus bedeutenden strategischen Dreieck USA, EU, Russland befindet. Hier gebe es divergierende Interessen, was besonders an der Reaktion Russlands auf die ausgesprochene Westorientierung des Baltikums ablesbar sei. Dies spiele sowohl bei der Rohstoffversorgung durch Russland als auch im Hinblick auf die strittigen Grenzfragen zwischen Russland einerseits sowie Estland und Lettland andererseits eine wichtige Rolle. Auch würden die russischen Minderheiten in Estland und Lettland gerne instrumentalisiert, um die „undankbaren“ baltischen Republiken zu „disziplinieren“. Strategisches Ziel des von Putin geführten Russland sei die Wiedererlangung der einstigen Großmachtposition. Da Russland aber weiterhin militärisch und wirtschaftlich geschwächt bleibe, verstehe es sich zusehends, besonders nach dem 11. 09. 2001, als Juniorpartner der USA. Gleichzeitig betreibe man eine „multivektorale“ Außenpolitik, die sich nach allen Richtungen (USA, EU, China, Japan) orientiere. Die USA sowie die EU setzen sich hingegen durch die Aufnahme des Baltikums in die NATO und die EU für dessen Modernisierung und zivilgesellschaftliche Stabilisierung ein, wobei auch Russland und das Kaliningrader Gebiet sowie der gesamte Ostseeraum durch eine ganze Reihe von internationalen Abkommen und Institutionen mit eingebunden worden seien (Ostseerat, Nördliche Dimension). Durch diese Kooperation sei man bestrebt, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung des Baltikums zu verbessern. Hierin erblicke man auch ein probates Mittel, um auch die innere Sicherheit dieser Staaten zu stabilisieren. Im Zusammenhang damit kämpfe man in erster Linie gegen Drogenkriminalität, Passfälschungen und eine sehr ausgeprägte Korruption an. In der Diskussion wurde immer wieder nach der Rolle und Bedeutung Russlands für die Entwicklung in den baltischen Staaten gefragt. Einen weiteren Schwerpunkt stellte die Diskussion über die Zukunft des Kaliningrader Gebiets dar.

Am Freitagvormittag beschäftigte sich Herr Bernd Stegmann mit Hilfe einer Power Point Präsentation mit der Frage der zukünftigen Entwicklung des EU-Verfassungsvertrages. Karikaturen und ein Lehrfilm zur EU-Verfassung sorgten für einen interessanten Einstieg und die Veranschaulichung dieses komplexen Themas. Auch wurde mit Hilfe von zwei Stimmungsbarometern zu Beginn und am Ende der Seminarinheit festgehalten, ob die Teilnehmenden selbst für oder gegen die EU-Verfassung waren. Der Vortrag, in dem der Referent sehr ausführlich auf das Ratifikationsverfahren und die Vertiefung verschiedener Änderungen durch den Verfassungsvertrag einging, wurde von den aktuellen Ereignissen überschattet: Dem Nein der Franzosen und der

Holländer bei den im Mai und Juni 2005 abgehaltenen Referenden. Insofern entspann sich im Kontext mit der Verfassungsdebatte eine lebhafte Diskussion über die Frage, inwieweit die EU zukünftig noch handlungsfähig sein werde. Dabei wurde die Befürchtung formuliert, dass die vertraglichen Vereinfachungen und Regelungen des Verfassungsvertrags, mit einem mehr an Bürgerbeteiligung und größerer Transparenz bei den Verfahren durch die beiden ablehnenden Referenden und die sich daraus ergebenden Konsequenzen vorläufig und vielleicht auch langfristig keine Rechtsgültigkeit erfahren würden.

Der Freitagnachmittag war dem Thema der unterschiedlichen politischen Behandlung des Terrorismus in den USA und in der EU gewidmet. Dr. Zbigniew Wilkiewicz gab zunächst einen Überblick über die Schwerpunkte der europäisch-amerikanischen Beziehungen im XX. Jahrhundert, um dann zu dem weiterhin zwischen dem „alten“ Europa und den USA gärenden Konflikt in Sachen Terrorismusbekämpfung überzuleiten.

In Arbeitsgruppen wurde dann dem Problem nachgegangen, ob es sich bei diesen Beziehungen um Gefolgschaft oder Partnerschaft handele, die Rolle der UNO beleuchtet (Marginalisierung, Instrumentalisierung) sowie die Frage aufgeworfen, ob es in der globalisierten Welt von heute noch so etwas wie staatliche Souveränität gebe.

In der Diskussion überwog die Meinung, dass die UNO aufgrund der absolut dominanten Rolle der USA weiterhin geschwächt bleiben werde und dass die EU von einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den USA weit entfernt sei. Trotzdem meinte eine Mehrheit der Teilnehmenden, dass sich die Beziehungen zwischen den USA und der EU zukünftig in Richtung Partnerschaft entwickeln würden.

Die am Samstagmorgen durchgeführte schriftliche Auswertung des Seminars ergab, dass die Teilnehmenden sowohl die Mehrheit der Referenten als auch die Methodenvielfalt (Vorträge, Power Point Präsentationen, Diskussionen, Lehrfilme, Folien und Workshops) sehr positiv bewerteten. Zufrieden war man auch mit den unterschiedlichen Ansätzen der einzelnen Referenten sowie mit den zur Verfügung gestellten Materialien.

4. Bemerkenswertes aus der Diskussion

Die detaillierten Informationen über einzelne Sachgebiete sowie die Länderberichte haben dafür gesorgt, dass die Teilnehmenden mit zahlreichen Zusatzinformationen versorgt wurden. Sie führten – wie die Diskussionen ergaben – wohl auch dazu, dass es darauf aufbauend zu differenzierteren Einschätzungen und Beurteilungen kam. Angesichts der aktuellen Krise der EU, aber auch im Hinblick auf die Regierungskrisen in Deutschland und Frankreich kam es zu einem sehr lebhaft geführten Meinungsaustausch, in dem immer wieder auf die zukünftige Gestalt und Rolle eines vereinigten Europas abgehoben wurde. Hier überwog allerdings ganz eindeutig eine skeptische Haltung.

Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz

Anna Wolff-Powęska, Dieter Bingen (Hg.): Nachbarn auf Distanz. Polen und Deutsche 1998-2004. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2005, 496 S.

Dieser in der Reihe der „Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt“ herausgegebene Sammelband beinhaltet das geballte Wissen von zwanzig ausgewiesenen Deutschland- und Polenexperten, von drei deutschen und siebzehn polnischen Autorinnen und Autoren.

Das sehr umfangreiche Buch, das mit kurzen Vorworten der Herausgeberin und des Herausgebers, einer Information über die Autoren sowie einem Personenverzeichnis versehen wurde, gliedert sich in vier übergeordnete Abschnitte.

Im ersten Kapitel „Erfolgsbilanz und Protokoll der Unstimmigkeiten“ setzt sich die Historikerin und Politologin Anna Wolff-Powęska in einem ausführlichen Überblick mit den ideellen und politischen Entwicklungen der deutsch-polnischen Beziehungen auseinander. Sie kommt zum Ergebnis, dass beide Völker und Staaten „zur Nachbarschaft verurteilt“ seien und sich gegenwärtig darum bemühen müssten, nach neuen Anreizen für die Integration, Vertiefung und Erweiterung der EU zu suchen. (S.19)

Ähnlich äußert sich der Historiker und Politologe Bogdan Koszel in seinem etwas zu ausführlich geratenen Aufsatz über Deutschland, Polen und die EU, der den Zeitraum zwischen 1989 und 1998 abdeckt und in dem der Autor hervorhebt, dass die EU besonders nach 2004 einen Wendepunkt erreicht habe: überall dominiere Egoismus und die Betonung von Eigeninteressen. Im Gegensatz dazu – so das Votum des Autors - müsse aber am Primat einer gemeinsamen Außenpolitik festgehalten werden. Dabei falle Warschau und Berlin die Aufgabe der Umsetzung der „östlichen“ Dimension der EU zu. Angesichts weiterhin spürbarer polnisch-deutscher und polnisch-französischer Spannungen empfiehlt Koszel der polnischen Führung, ihre Kooperation mit Deutschland und der EU rational zu betrachten, zumal es in der gesamten Geschichte der europäischen Einigung bisher keine Initiative gegeben habe, die ohne die Zustimmung Deutschlands und Frankreichs realisiert werden konnte. (S.58)

Die Politologin Elżbieta Stadtmüller analysiert in ihrem sehr lesenswerten Beitrag, wie die Deutschen und der europäische Integrationsprozess aus der Sicht der polnischen Politik und Öffentlichkeit beurteilt werden. Hierbei ist besonders positiv hervorzuheben, dass die Autorin neben den offiziellen und offiziösen Nachrichten und Verlautbarungen hochrangiger politischer Akteure und regierungsnaher Organe auch die Stimmen der gegenüber Deutschland und der EU skeptischen populistisch und nationalistisch argumentierenden Parteien und Akteure wie „Samoobrona“, „PiS“ oder „LPR“ berücksichtigt. Im Lichte der sich besonders in den letzten Jahren zuspitzenden deutsch-polnischen Spannungen kommt Stadtmüller zum Ergebnis, dass die polnischen Politiker lernen müssten, gerade auch auf EU-Ebene nicht nur ihre nationalen Interessen vorzutragen.

Andererseits müsse die deutsche Seite gerade nach dem EU-Beitritt Polens lernen, dass sie die unterschiedlichen Ansichten Polens in einer ganzen Reihe von Fragen ebenfalls zu akzeptieren habe. (S.93)

Der Historiker Krzysztof Malinowski behandelt in seinem konzisen Aufsatz die polnischen und deutschen Sicherheitsdoktrinen sowie deren Wandlungen. Obwohl der Autor nach einer historisch differenzierten Analyse feststellt, dass die Vektoren des Sicherheitsdenkens in Polen und Deutschland gegenwärtig verschieden ausgerichtet sind, konstatiert er dennoch, dass die sich allmählich ausformulierende Sicherheitspolitik der EU zu „einer partiellen Vereinheitlichung der Prismen nationaler Sicherheitsstrukturen führen könne“. (S.119)

Die Wirtschaftswissenschaftlerin Ilona Romiszewska beschäftigt sich in ihrem mit gut lesbaren Tabellen versehenen Aufsatz „Wirtschaft – eine Bilanz von Gewinnen und Verlusten“ hauptsächlich mit zwei Themen: Den deutsch-polnischen Handelsbeziehungen und ihrem Wandel in den Jahren 1990 bis 2003 sowie dem Stellenwert deutscher Direktinvestitionen in Polen. Dabei dokumentiert die Autorin die beherrschende Rolle deutscher Banken und führender deutscher Versicherungsunternehmen und hebt hervor, dass ausländische (deutsche) Unternehmen in Polen zwar verdienen, aber dort keine Steuern zahlen. Dagegen sei das Engagement polnischer Firmen in Deutschland weitaus geringer, was daran liege, dass polnische Produkte auf dem deutschen Markt ein relativ niedriges Ansehen hätten. Allerdings gebe es auch positive Entwicklungen. Hierzu zählt die Autorin die steigende Anzahl deutscher Unternehmen, die ihre Wirtschaftstätigkeit in Polen ausüben wollen sowie die ersten zaghaften Versuche polnischen Kapitals, sich in Deutschland anzusiedeln. (S.141)

In ihrem Aufsatz „Erfahrungen mit der Versöhnung im Dialog mit den Kirchen Polens und Deutschlands“ hebt die Juristin Natalia Jackowska zunächst auf die mittlerweile bereits historische Vorreiterrolle der beiden Kirchen im Hinblick auf Versöhnung und die Einigung in Europa ab. Gleichzeitig betont die Autorin aber auch, dass beide Kirchen schon immer vor universellen und nicht nur nationalen Aufgaben der Aussöhnung gestanden hätten. Dabei gebe es aber eine offenkundige Asymmetrie: Hinsichtlich europäischer Kontakte und Themen verfüge der deutsche Partner über weitaus mehr Erfahrungen als der polnische. Die deutschen Kirchen sollten in diesem Kontext deshalb die Rolle des „großen Bruders“ übernehmen, der seine Erfahrungen mit der polnischen Kirche teilen könnte.

Das zweite Kapitel „Die Fallen der ‚Normalität‘“ wird durch einen Aufsatz des Politologen Dieter Bingen eingeleitet, in dem sich der Autor mit den östlichen Nachbarn der Deutschen und Polen beschäftigt und die Herausforderungen für eine neue Ost- bzw. Ostmitteleuropapolitik skizziert. Rekonstruiert werden die unterschiedlichen Wahrnehmungen hinsichtlich Russlands, aber auch die recht stark voneinander abweichenden Politiken im Hinblick auf die Ukraine, Belarus, die baltischen Staaten und das Kaliningrader Gebiet. Während man in Deutschland in der Regel davon ausgehe, dass die polnische Außenpolitik grundsätzlich antirussisch orientiert sei, herrsche in Polen die Ansicht vor, dass es eine besondere Beziehung zwischen Russland und Deutschland gebe.

Ungeachtet dieser traditionellen Einschätzungen polnischer und deutscher Außenpolitik, die sich aus sehr unterschiedlichen historischen Erfahrungen mit dem russischen Nachbarn ergeben, haben die jüngsten Entwicklungen in Belarus und in der Ukraine verdeutlicht, dass die polnische Außenpolitik demokratisch orientierte Bürgerrechtsbewegungen beider Länder maßgeblich unterstützt hat.

Zweifellos gab und gibt es im operativen Bereich polnischer und deutscher Außenpolitik weiterhin unterschiedliche Wahrnehmungen, zum Beispiel im Hinblick auf das zusehends autoritärer werdende Russland. Insofern muss man trotz aller analytischen Gemeinsamkeiten bei polnischen und deutschen Ostexperten Dieter Bingen beipflichten, wenn er resümiert, dass Deutsche und Polen noch ganz am Anfang einer mit der EU abgestimmten und gegenseitig nachvollziehbaren Nachbarschaftspolitik in Osteuropa stehen. (S. 196)

Der Polen-Korrespondent, Historiker und Politologe Klaus Bachmann beschäftigt sich in seinem Artikel mit den deutsch-polnischen und den deutsch-tschechischen Beziehungen und arbeitet deren Asymmetrien heraus. Dabei werden in erster Linie die gravierenden Unterschiede im Hinblick auf die weiterhin aktuellen Problembereiche zwischen Deutschland und seinen beiden östlichen EU-Nachbarn akzentuiert. Als besonders leserfreundlich erweist sich in diesem Kontext eine vom Autor erstellte Tabelle, mit deren Hilfe ein konziser vergleichender Überblick über die weiterhin neuralgischen Fragestellungen gegeben wird. (S. 212)

Der Politikwissenschaftlerin Beate Ociepka geht es in ihrem Beitrag ebenfalls um Asymmetrien. Die Autorin untersucht das Bild der Deutschen und der Polen in den Medien und veranschaulicht am Beispiel der polemisch geführten Debatte über das Zentrum gegen Vertreibung, dass sich Polen und Deutschland durchaus nicht in einem gemeinsamen Raum des historischen Erinnerns befinden. Die Autorin resümiert, dass sich seit 1989 auf beiden Seiten in den Medienberichten eine starke Stereotypisierung gehalten habe. Dies gelte auch für den EU- und Irakkontext, bei dem es zu besonders polemischen Zuspitzungen kam. So wurde das „polnische trojanische Pferd“ zwischenzeitlich zum „polnischen trojanischen Esel“ und Polen avancierte im deutschen Blätterwald von einer „Vertreibungsmacht“ zu einer „Besatzungsmacht“. Der Autorin ist beizupflichten, wenn sie die These aufstellt, dass sich Polen und Deutsche auch zukünftig und gerade nach dem EU-Beitritt Polens an den schärferen Ton der Berichterstattung werden gewöhnen müssen, da dies auf den Normalisierungsprozess der beiderseitigen Beziehungen zurückzuführen sei. (S. 241)

In ihrem historischen Überblick über die deutsche Minderheit in Polen kommt die Soziologin Danuta Berlińska zum Resultat, dass die Deutschen in Polen seit der Wende der Jahre 1989/1990 nicht mehr als Bevölkerung zweiter Kategorie einzustufen seien. Man könne davon ausgehen, dass durch das Gesetz zum Minderheitenrecht, das in nächster Zukunft im Sejm verabschiedet werde, ein geregelter Minderheitenstatus die Integration der Minderheit unterstützen und sie gleichzeitig vor der endgültigen Assimilation in die Mehrheitsgesellschaft bewahren könne. (S. 266)

Die besondere Situation der polnischen Gruppe in Deutschland behandelt der Journalist und Politikwissenschaftler Basil Kerski. Er betont, dass es sich bei der polnischen Gruppe um eine sehr heterogene Gemeinschaft von Polen und polnischstämmigen Personen

handele. Die schlechten Erfahrungen mit der überregionalen Organisationsbereitschaft traditioneller polnischer Auslandsverbände lassen den Autor vermuten, dass es sinnvoller wäre, bei Projekten der polnischen Gruppe stärker auf die Multikulturalität der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Polen zu setzen als weiterhin traditionellen Pfaden zu folgen (S. 277).

In seinem kurzen und konzisen Artikel analysiert der Wirtschaftswissenschaftler Tomasz Budnikowski die deutsch-polnischen touristischen Kontakte im Prozess der Verständigung. Während er einerseits hervorhebt, dass die Zahl der Reisen in beide Richtungen im Vergleich zur Vorwendezeit erheblich zunahm, um seit dem Ende der 90er Jahre wieder abzusinken, kommt er andererseits zum Ergebnis, dass sich die wechselseitige Wahrnehmung und das gegenseitige Wissen über das Nachbarland bei der Masse der Reisenden weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau bewegen. Im Vordergrund stehen (preiswerte) Einkäufe, Besuche von Verwandten und Bekannten sowie im Falle zahlreicher Polen (illegale) Arbeitsaufenthalte in Deutschland. Als erfreulich beurteilt der Autor allerdings das zunehmende gegenseitige Interesse von Jugendlichen beider Länder.

Mit den Erfolgen und Perspektiven bei der Zusammenarbeit von Regionen beschäftigt sich die Juristin Ryszarda Formuszewicz. Dabei konstatiert die Autorin, dass die Entwicklung der Kooperation zwischen deutschen Bundesländern und polnischen Wojewodschaften zwar in eine Periode abgekühlter deutsch-polnischer Beziehungen fiel, dass sie sich aber trotzdem überaus positiv entwickelte. Einen quantitativen Beleg für diese These findet sich in der von Formuszewicz zusammengestellten Überblickstabelle (S. 194-195), in der sämtliche offiziell bestehende Kooperationsbeziehungen polnischer Wojewodschaften mit deutschen Bundesländern abgebildet sind.

Im dritten Kapitel „Die Aneignung des Gedächtnisses“ diskutiert der Germanist und Publizist Wojciech Pięciak die Rolle der kollektiven Erinnerung in den deutsch-polnischen Beziehungen. Thematisiert werden die Diskurse über das „Zentrum gegen Vertreibungen“, die Veröffentlichungen Jörg Friedrichs über die Bombardierung deutscher Städte und über den Grass'schen Roman „Im Krebsgang“ sowie deren Rezeption in Polen. Mit Recht unterstreicht der Autor in diesem Kontext, dass Polen in der deutschen Erinnerungslandschaft des Zweiten Weltkriegs nur sehr unzulänglich vertreten sei. Auch ist ihm sicherlich beizupflichten, wenn er konstatiert, dass die Vertreibung in der deutschen Diskussion häufig ausschließlich aus der Perspektive der Menschenrechte betrachtet werde, während man ihre historische Genese vermehrt ausblende. Dass die polnische Optik in der Regel eine diametral andere ist, braucht an dieser Stelle nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Den deutsch-polnischen Konflikten auf dem Hintergrund des europäischen Einigungsprozesses geht auch der Publizist und Deutschlandexperte Adam Krzemiński nach. Angesichts der Tatsache, dass die deutsch-polnischen Beziehungen auch mittelfristig asymmetrisch bleiben werden, spricht sich der Autor dafür aus, dass es für beide Seiten sinnvoller und konstruktiver wäre, durch Sympathie zu binden als durch ständiges Misstrauen zu reizen. Krzemiński kommt zum Ergebnis, dass die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft das Gebot des 21. Jahrhunderts bleiben müsse. (S.363)

Einem ganz anderen Thema, der geopolitischen Hinterlassenschaft Königsberg-Królewiec-Kaliningrad nämlich, ist der Beitrag des Soziologen Andrzej Sakson gewidmet. In ihm zeichnet der Autor die jüngste Geschichte dieser schwer geprüften Region nach und setzt sich auch mit der aus sowjetischer Zeit stammenden Mythologisierung der Begriffe „Vaterländischer Krieg“ oder „Pionierarbeit“ auseinander. Ferner diskutiert Sakson die aktuelle Politik der Grenznachbarn Litauen und Polen sowie die Haltung Deutschlands, die immer wieder auf eine europäische Option (Euroregion Königsberg) zielte. Grundlage der Politik der Regierungen in Moskau, Berlin und Warschau war und ist freilich die Erhaltung des status quo. Dem Autor ist uneingeschränkt zuzustimmen, wenn er resümiert, dass es im Interesse der Europäer liege, das Kaliningrader Gebiet – angesichts seiner immensen geopolitischen Bedeutung – zu einer Region der friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit zu machen. (S.394)

Der Historiker Robert Traba berichtet am Ende des dritten Kapitels über die Kontroversen hinsichtlich der polnischen und deutschen verlorenen Kulturgüter. Einen wichtigen Beitrag zu dieser Debatte lieferte bekanntlich die im Jahre 2000 ins Leben gerufene Kopernikus-Gruppe, der namhafte Experten aus beiden Ländern angehören und die in den letzten Jahren mehrere Analysen hinsichtlich der wichtigsten Probleme der deutsch-polnischen Nachbarschaft veröffentlichten. Um eine Gesamtlösung möglich zu machen, sollte man sich – so die Kopernikus-Gruppe im Jahre 2000 - die definitorischen Unterschiede von deutschen und polnischen „verlorenen Kulturgütern“ bewusst machen: Die polnischen wurden unwiderruflich zerstört oder geraubt, die deutschen kamen aufgrund der Grenzverschiebungen nach Polen. (S. 407) Und dennoch: obwohl es zwischen 1998 und 2001 in der deutsch-polnischen Pressedebatte gelang, alte, an nationalen Interessen orientierte Argumentationsmuster zu verlassen und die bilaterale Debatte um die Kulturgüterrückgabe zu europäisieren, sind – wie Traba füglich betont – zahlreiche Fragen und Probleme weiterhin offen. Insofern wird uns diese komplizierte Debatte sicherlich noch lange begleiten.

Das vierte Kapitel „Mythen und die Wirklichkeit“ wird durch einen Aufsatz des Historikers und Politologen Edmund Dmitrów eingeleitet, in dem sich der Autor mit der Rolle von Mythen und Stereotypen bei der gegenseitigen Wahrnehmung beschäftigt. Er kommt auf Grundlage mehrerer polnischer und deutscher Untersuchungen und Umfragen zum Ergebnis, dass generationenübergreifend weiterhin Misstrauen, Stereotype und Traumata in der gegenseitigen Wahrnehmung überwiegen. Gerade in den letzten fünf Jahren sei es durch die heftigen deutsch-polnischen Kontroversen zu einer weiteren Verfestigung stereotyper Bilder und Vorstellungen gekommen. Hier ist dem Autor unumwunden zuzustimmen. Allerdings stellt sich die Frage, ob die von ihm eingeforderten besonderen Maßnahmen (Errichtung der polnischen Botschaft „Unter den Linden“, Bau einer Autobahn von der deutsch-polnischen Grenze bis nach Warschau, Verbesserung der Wirtschaftslage in der Grenzregion) tatsächlich dazu beitragen können, das neu belebte Stereotyp der „polnischen Wirtschaft“ mittelfristig zu entkräften. Sicherlich liegt Dmitrów aber richtig, wenn er, wie viele andere Autoren vor ihm, fordert, dass sich beide Regierungen mit besonderem Nachdruck für die Umsetzung der Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen einsetzen sollten. Allerdings sind solche

Wünsche bislang am deutschen Kulturföderalismus gescheitert. Umso wichtiger wäre es, wenn in beiden Ländern gerade im Schulbereich neue Akzente gesetzt würden.

Der Germanist Hubert Orłowski beschäftigt sich in seinem (zu) ausführlichen und leider nur wenig strukturierten Beitrag mit dem Verhältnis zwischen Literatur, nationaler Identität und kulturellem Gedächtnis. Für die Gegenwartsliteratur in Polen kommt der Autor dabei zum Ergebnis, dass die polnische nationale Identität nur sehr schwer zu bestimmen sei, wenn man sie aus der aktuellen Literaturszene ableiten wolle. Denn im Unterschied zur polnischen Literatur der Vorwendezeit, die etwa von Karl Dedecius als „wahrheitssuchend“ charakterisiert wurde, sei die Literatur im heutigen Polen vor allen Dingen mythenstiftend und selbstreferenziell und habe sich vom lange verpflichtenden romantischen Muster abgekehrt. Im Unterschied hierzu sei für die deutsche Gegenwartsliteratur festzustellen, dass sie durch den seit einigen Jahren anhaltenden Opferdiskurs und die Redefinition und Komplettierung der jüngsten nationalen Geschichte wieder intensiv und wesentlich stärker als die polnische Gegenwartsliteratur nach der Rolle der deutschen nationalen Identität frage. In den Worten des von Orłowski zitierten Literaturwissenschaftlers Wulf Segebrecht klingt dies so:

„Deutschland kann in dieses Europa nicht allein als Land der Täter und Untäter eintreten [...]. Es ist das Land, das Weimar und Buchenwald hervorgebracht hat, das den Holocaust zu verantworten hat, das aber auch die Zerstörung ganzer Städte, die Vertreibung vieler Millionen Menschen und den Verlust großer Gebiete zu erleiden hatte.“ (S.473)

Mag dieses Bild Deutschlands auch durchaus vertretbar und legitim sei, so kontrastiert es im deutsch-polnischen Kontext doch in eigentümlicher Weise mit wesentlichen Ergebnissen des abschließenden Beitrags dieses Sammelbandes.

Leszek Szaruga konstatiert nämlich in seinem erfreulich knappen und konzisen Aufsatz über das Bild der Deutschen und der deutschen Kultur in der neuesten polnischen Literatur, dass die Figur des Deutschen in der überwiegenden Mehrheit zeitgenössischer polnischer literarischer Texte eine unheilvolle Gestalt darstellt (fremdenfeindlich, arrogant, überheblich). Dabei sind Kriegsverantwortung, der lange Schatten Hitlers sowie der Holocaust immer wiederkehrende Themen und Leitmotive. Allerdings gebe es auch eine Tendenz zur Umwertung und Universalisierung der Kriegserfahrungen, besonders bei Autorinnen und Autoren, die sich mit dem überaus komplizierten deutsch-polnisch-jüdischen Verhältnis während des Zweiten Weltkriegs und danach beschäftigen (Hanna Krall, Andrzej Szczypiorski, Jarosław Marek Rymkiewicz). Insgesamt kommt Szaruga jedoch zum Ergebnis, dass die Deutschen und die deutsche Kultur in der zeitgenössischen polnischen Literatur nach wie vor durch das Prisma und vor dem Hintergrund der traumatischen polnischen Erfahrungen während der Zweiten Weltkriegs betrachtet werden. (S. 487)

Das Urteil über dieses ausführliche, informative und erfreulich interdisziplinär konzipierte Kompendium fällt nicht schwer. Sieht man von kaum zu vermeidenden thematischen Redundanzen sowie dem Umstand ab, dass sich einige wenige Autoren hätten kürzer fassen können, so bleibt doch insgesamt festzustellen, dass wir es bei „Nachbarn auf Distanz“ mit einer informativen und lesenswerten Zwischenbilanz der deutsch-polnischen Beziehungen zu tun haben, der man eine möglichst weite Verbreitung wünschen darf.

Gerhard Schüsselbauer

Neue Literatur 2005 von Andrzej Stasiuk (PL), Wladimir Makanin (RUS), Orhan Pamuk (TR), Juri Andruchowytch (UA) und Pawel Huelle (PL).



Andrzej Stasiuk. *Unterwegs nach Babadag*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2005, 303 S.

„Ich wollte dem Vergangenen nachspüren, suchte dieses immerwährende „Früher“, das in meiner Gegend die Gegenwart ist, denn das „Morgen“ trifft im Grunde nie ein, es macht in entfernten Ländern halt, gelockt, bestochen von deren Reizen oder vielleicht einfach erschöpft. Was kommen soll, dringt nie hierher vor, denn es verbraucht sich irgendwo unterwegs und erlischt wie der Schein einer fernen Laterne.“

Das Großstadtkind Andrzej Stasiuk (geb. 1960) liebt die dörfliche Provinz, die mittel- und südosteuropäische Pampa so sehr, dass er schon vor Jahren den erbärmlichen Großstadttrubel Warschaus verlassen hat, um in den südostpolnischen Beskiden zu leben. Von dort macht er sich immer wieder auf, die Geographie und Geschichten der Menschen von der polnischen Ostsee bis ins rumänische Donaudelta zu entdecken. Es ist dies eine zwiespältige Entdeckungsreise *On the road*, und nicht nur das hat er mit dem großen amerikanischen Schriftsteller Jack Kerouac gemeinsam. Seine Reiseeindrücke *Unterwegs nach Babadag* speisen sich aus einer schier unglaublichen Fülle von Erinnerungsfetzen, von Orten, in die kein halbwegs „geistig normaler“ Tourist sich je verirren würde, und vor allem von Begegnungen mit Menschen, die weder ein Mobiltelefon noch eine Email-Adresse besitzen. Da kann es natürlich vorkommen, dass einige Ortsnamen oder Straßenbezeichnungen im babylonischen Sprachgewirr falsch geschrieben werden. Aber das sind eher lässliche Sünden beim Bemühen Stasiuks, entfernten Gegenden von Südostpolen über die Slowakei, Ungarn und die Ukraine bis hin nach Albanien, Rumänien und Moldawien ein literarisches Gesicht zu geben. So kann er auch vor banalen Klischees nicht halt machen, um sie dadurch umso schärfer zu entlarven.

Am Anfang war das Bild. Und das Bild war bei Andrzej Stasiuk. Es zeigt einen blinden Geiger und seinen Sohn im ungarischen Provinznest Abony im Jahr 1921. Es wird für Stasiuk zur immergleichen Inspiration, jahrelang im östlichen Mittel- sowie in Südosteuropa nach dem Verlorengegangenen, das sich nicht mehr benennen lässt, zu suchen. Geschichte und Geographie waren in diesem Teil Europas – den „Hilfsländern, Nationen aus zweiter Hand, Reservevölkern“ – nie eindeutig, sondern bestehen aus einem mehrdeutigen Geflecht, das das Tragische, aber auch wunderbar Einzigartige unseres Kontinents widerspiegelt. Stasiuks Rat ist ohne Widerrede Folge zu leisten: Raus aus den verlogenen Metropolen! Sich aufmachen zu den archaischen Mythen der Provinz! Das wahre Europa befindet sich abseits der Orte mit mehr als hunderttausend Einwohnern, es findet sich in den Käufern bei Palinka, Wodka und Raki(ja). Damit läuft Stasiuk

freilich Gefahr, das Profane, Einfache und Alltägliche des Lebens auf dem Land permanent mit archaischem Pathos überziehen zu müssen. Dies wird zu einer Obsession, denn seine mentale Geographie ist darauf angelegt, als geistiger Entwurf für ein bisschen mehr Ewigkeit, ein bisschen weniger Sterblichkeit zu dienen.

Stasiuk ist ein Sprachmeister der Metaphern und Allegorien. Seine ganze Widersprüchlichkeit und Hassliebe mündet in dem Versuch, Europa zu verorten und den uralten Glanz des Raumes östlich von London, Paris, Berlin, Prag, Wien und Budapest wieder aufzupolieren. „Ich wollte über die Größe zum Ruhm des Gedächtnisses schreiben, das wie eine Streichholzflamme die Landkarten abbrennt, das Orte und Dinge in das höchstens von kosmischer Demenz bedrohte Reich der Ewigkeit versetzt, den Kontinent unendlich vergrößert und aus dem Nichts ans Licht holt.“ Stasiuk möchte den Urzustand des Menschen und seiner Umgebung entdecken, weiß aber, dass sich „von zu vielen Blicken die Welt verbraucht, sich abnutzt wie eine alte Karte“. Daher ist es leichter, sich der Phantasie zu bedienen und die real existierende Trostlosigkeit der Ortschaften zu verbinden mit den Träumen und der eigenen „Vorliebe für die Peripherie, für die Neigung zur Provinz, die perverse Liebe zu allem, was verschwindet, zerfällt und zugrunde geht“. In seinen „Orte[n] findet man nichts als das Potenzielle ... Leere, Reglosigkeit, der Horror des Vergehens, die Trostlosigkeit der zu geometrischen Flächen gestalteten Elemente, Himmel und Erde, die die gequälte und schläfrige Menschheit zwischen sich zerrissen – all das war an sich schon Zeichen und Wunder, denn es ließ die Phantasie auf halbem Weg anhalten und setzte die unbarmherzige Wirklichkeit an ihre Stelle.“

Andrzej Stasiuk ist mit *Unterwegs nach Babadag* ein brillanter Entwurf über „das Erfinden“ des östlichen Mittel- sowie Südosteuropa gelungen.

Wladimir Makanin. *Der kaukasische Gefangene*, Luchterhand Literaturverlag, München 2005, 239 S.

„Wie viel, wie unendlich viel ... kann in der Lücke zwischen zwei Wörtern verschwinden. Der gerissene Autor wirft dort alles Überflüssige hinein. Das Wesen des Autorseins ist dieser unergründliche Spalt zwischen den Wörtern. Welten, ganze Welten fallen dort hinein, Epochen, Zivilisationen! ... Und nichts ist mehr da. Keine Spur. Dieser Engpaß, diese genial hinterlistige Fuge zwischen zwei benachbarten Wörtern! ... Aus diesen Fugen, aus diesen Lücken entsprang die Dynamik des Schrifttums. Entstand die Literatur, und mit ihr (in ihr) entstanden Hochgeistigkeit und messerscharfes Denken.“

Nachdem der Luchterhand Literaturverlag vor zwei Jahren den wohl wichtigsten, von Annelore Nitschke hervorragend übersetzten Roman der neueren russischen Literatur *Underground oder Ein Held unserer Zeit* herausgebracht hatte, erschien nun Wladimir Makanins Erzählband *Der kaukasische Gefangene*. Immer wieder löst das Werk Makanins in Russland eine heftige Diskussion



über die postmoderne russische Literatur aus, da es in ihm um eine radikale Abrechnung mit dem Seinszustand des Menschen in der (post)kommunistischen Gesellschaft geht. Makanin ist kein Nostalgiker, kein Kopist klassischer russischer Erzähltraditionen, sondern gehört wie Wladimir Sorokin zu jenen kompromisslosen Literaten, die mit dem Sowjetsystem und den geistigen Hinterlassenschaften in der postkommunistischen Epoche aufräumen wollen. Im Mittelpunkt stehen für ihn die jahrzehntelang mit Füßen getretenen Grundwerte des Menschen wie Freiheit und Würde.

In der Erzählung *Der kaukasische Gefangene* verschwimmen die Grenzen zwischen Freund und Feind im imperialistischen Krieg Russlands im Kaukasus. Die physische Schönheit eines Gefangenen lässt für einen Augenblick die Grausamkeit scheinbar verschwinden. Umso brutaler wird dann die Schönheit von der Wirklichkeit des Krieges zerstört. Schon bei Puschkin finden sich Motive der „Annäherung“ zwischen Wärtern und Gefangenen, gleichwohl werden jedoch die Grenzen der literarischen Ästhetik und Andeutungen auch bei Makanin nicht überschritten. Seine „beiden Soldaten wußten wahrscheinlich nicht, daß *Schönheit die Welt rettet*, aber was Schönheit ist, wußten sie im allgemeinen schon.“ Makanin konfrontiert so das angeborene Empfinden für die Schönheit von Menschen und Natur mit der Unentrinnbarkeit aus der Todesspirale des Krieges.

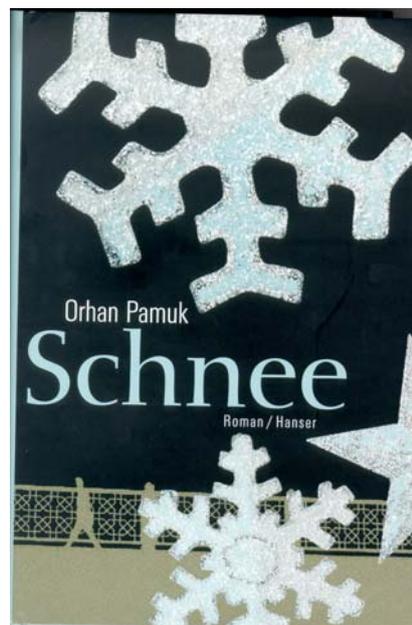
In der Erzählung *Der Buchstabe A* beschreibt Makanin paradigmatisch, wie Menschen im Sowjetreich im „gewissen Sinne alle im Lager bleiben werden. Hinter Stacheldraht. Sogar, wenn er beseitigt wird. Raus werden nur die Gefühle kriechen. Die unvermeidlichen Empfindlichkeiten von Menschen, die eingesperrt sind und eng auf einem Haufen leben. Rachsucht ... Eifersucht ... Habgier.“ Das sibirische Lager, wohlbekannt aus Alexander Solschenizyns *Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch*, zeigt Insassen, die heimlich beginnen, in einen Berg eine Botschaft zu meißeln, vergessen jedoch nach dem *Buchstaben A*, wie diese eigentlich lauten sollte...

Die Erzählung *Eine geglückte Liebesgeschichte* führt zurück in die Zeit der Zensur, Bevormundung und allgegenwärtigen Unfreiheit, in die Zeit des „Schlupflochs“, das man als Autor quälend sucht. Schon „kleinste liberale Entgleisungen“, „besondere Stinkefinger“ wurden bemerkt und zogen unweigerlich Konsequenzen nach sich. Doch auch die post-sowjetische Ära bietet nur wenig Trost, die „Unendlichkeit des Nichtlebens“ hat hier ebenso Bestand wie die Tatsache, dass eine „geglückte Geschichte einer großen Liebe eine große Seltenheit ist“. So rundet die dritte Erzählung, wenn auch in sehr lakonischem Stil geschrieben, die Strategie der literarischen Desillusionierung und Entrümpelung Makanins im heutigen Russland ab.

Orhan Pamuk. *Schnee*, Carl Hanser Verlag, München Wien 2005, 517 S.

„Was tue ich auf dieser Welt? dachte Ka. Wie hilflos die Schneeflocken aus der Entfernung aussehen! Wie armselig ist mein Leben! Der Mensch lebt, verfällt, vergeht. Er dachte, daß er einerseits verging, andererseits existierte. Er liebte sich selbst, verfolgte den Weg, den sein Leben nahm, wie eine Schneeflocke, mit Liebe und Trauer.“

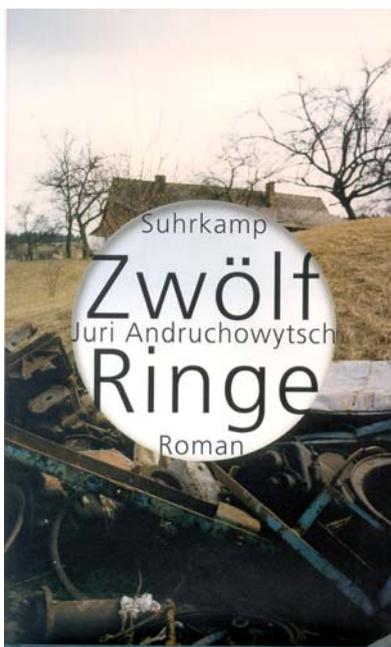
Orhan Pamuk (geb. 1952 in Istanbul) gilt in seiner Heimat als literarisches Aushängeschild der modernen türkischen Literatur. Auch die deutsche Öffentlichkeit honoriert nun sein Werk, denn der Stiftungsrat des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels hat den türkischen Schriftsteller zum diesjährigen Träger des Friedenspreises gewählt. Sein Roman *Schnee* führt in die heutige Türkei des 21. Jahrhunderts, die als EU-Beitrittskandidat durch einen gewaltigen Spagat zwischen Säkularisierung und den Einfluss religiöser Kräfte geprägt ist. Es wird schnell klar, dass *Schnee* vor allem durch seine allegorischen Stilmittel und die Vielschichtigkeit der Handlung besticht. Eine gewisse Anlehnung an Kafkas Roman *Das Schloß* ist unverkennbar. Der Protagonist und Lyriker *Ka* reist durch die Schneelandschaft (*Schnee* bedeutet auf Türkisch *kar*) in die ostanatolische Provinzstadt *Kars*, um eine seltsame Serie von Selbstmorden junger Frauen zu untersuchen. *Ka* selbst, der jahrelang im Exil in Frankfurt/Main lebte, gerät in den Strudel einer hoffnungslosen Liebe zur schönen *İpek* und in die Wirren fundamentalistischer Strömungen und Attentate, die sich immer mehr zuspitzen. Pamuk breitet so das gesamte Panoptikum des gegenwärtigen Lebens in der Türkei mit all seinen Widersprüchen des kemalistischen, laizistischen Gesellschaftsbildes aus. Militärische und polizeiliche Vorherrschaft, Attacken fundamental-islamistischer Gruppierungen, politischer Islamismus, die Stellung der Frau in der türkischen Gesellschaft, Kopftuchverbot, die Angst der Männer vor dem Verlust der patriarchalischen Ordnung, Atheismus und Religiosität, Orient und/versus Okzident – praktisch kein Aspekt der gesamten Spannbreite der gesellschaftspolitischen Lebenswirklichkeit fehlt in Pamuks Werk. In ihm spiegelt sich die fundamentale Auseinandersetzung in der Türkei um „Westorientierung“ oder Konservierung „östlicher“ Zivilisationsmuster wider. Wo ist da der Platz für ein „verwestlichtes, vereinsamtes und auf eigene Faust an Gott glaubendes Individuum“? Und wo stehen diejenigen, die von sich sagen, dass sie „stolz sind auf die Seite [in sich], die europäisch ist. Alles, was die Europäer kindisch, grausam und primitiv finden“ macht sie stolz. *Schneeflocken* als Symbol des alles verhüllenden, verschweigenden Mantels, aber auch der Reinheit leiten den Roman ein, doch die ländliche Idylle im Städtchen *Kars* trägt. Schnell wird klar, dass *Ka* Position beziehen muss zwischen dem selbst propagierten „Glücksversprechen und Wahrheitsanspruch des Europäers“ mit seinen westlichen Toleranzvorstellungen und der radikal-islamistischen Position seines Gegenspielers *Lapısla-*



zuli, der danach trachtet, die Stadt Kars vom Untergrund aus zu beherrschen. Es fließt am Ende kein Theater-, sondern echtes Blut, der reine *Schnee* wird besudelt.

Pamuks literarische Leistung besteht darin, sowohl eine Tür in die lyrische Welt zu öffnen, als auch den Blick für die reale Welt der Gesellschaft und der Politik „in dieser leeren Stadt, die an die Stille nach dem Jüngsten Tag“ erinnert, zu schärfen. *Schneekristalle* werden in ihrer Struktur als „Erinnerung, Vernunft und Phantasie“ gedeutet. Gleichsam durch den verewigten Augenblick des ständigen Fallens und der Verwandlung in einen anderen Zustand ist damit der Lauf des menschlichen Lebens gemeint. Und auch am Ende prägt der *Schnee* das melancholische Bild des Abschieds in eine ungewisse Zukunft.

Wer sich mit den spannungsgeladenen Verhältnissen der modernen Türkei als „Zwittlerland“ zwischen Europa und Asien ernsthaft auseinandersetzt, kommt an der Lektüre von Orhan Pamuks Roman nicht vorbei.



Juri Andruchowytch. *Zwölf Ringe*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2005, 307 S.

„Das Geheimnis der Welt besteht einfach in unserer Unfähigkeit, die Dinge so zu nehmen, wie sie sind. Dabei existiert in Wirklichkeit nur eine einzige Ordnung. Deshalb fürchten wir uns so vor der Zukunft, vor Reisen, Kindern, vor Veränderungen. Auch ich kann mich nicht dagegen wehren, ich tue nur so.“

Juri Andruchowytch's Geschichte des österreichischen Fotografen und Ukraine-Liebhabsers Karl-Joseph Zumbrennen und seiner Erlebnisse in der Ukraine des Jahres 2000 ist der erste Roman des Enfant terrible der ukrainischen Literaturszene, der ins Deutsche übersetzt wurde. Bislang war Andruchowytch eher als blendender Essayist hiezulande bekannt. Doch mit der neuen Aufmerksamkeit, die diesem osteuropäischen Land seit geraumer Zeit zuteil wird, rückt ein Kulturraum in den Mittelpunkt, mit dem sich west- und

mitteleuropäische Leser oftmals schwer tun. So spielt Andruchowytch's Roman *Zwölf Ringe* auch mit sentimental aufgeladenen Klischees und banalen folkloristischen Anspielungen. Gelegentlich wird dabei der literarische Bogen überspannt und das Leseinteresse leidet unter der zwanghaften Absicht, einen Überschuss oder gar eine Überdosis an literarischer Finesse an den Tag zu legen. Andruchowytch möchte dadurch mit vielen mythisch-literarischen Stilisierungen aufräumen, dass er sich gerade ihrer bedient. Daher gerät die eigentliche Story des Romans beinahe gänzlich in den Hintergrund.

Zumbrennen, ein Wiener mit galizischen Wurzeln, findet auf seinen Reisen in der Ukraine Abwechslung von dem, wovor er sich zeitlebens fürchtet, dass „alles, was wir uns wünschen, vorstellen und erhoffen, auch unausweichlich eintritt. Aber immer zu spät und nie so, wie wir er erwartet hatten.“ Er erlebt die radikalen Umbrüche in der post-sowjetischen Ukraine, die Geschmacklosigkeiten der Kommerzialisierung, in der der

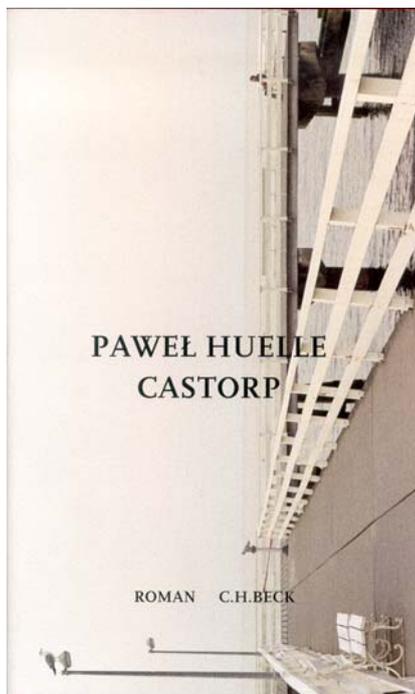
Konsumschrott kaum mehr von den eigentlichen nutzenstiftenden Gütern zu unterscheiden ist, und taucht ein in dieses surrealistische, „noch nicht Wirklichkeit gewordene Territorium“, wo „Unwahrhaftigkeit, Künstlichkeit, Buchhaftigkeit“ herrschen. Seine Geliebte, die ukrainische Dolmetscherin Roma Woronytsch, bringt ihn zum „Wirtshaus auf dem Mond“, der „letzten Kneipe der Welt“ in den Karpaten, wo ein Sammelsurium von windigen Filmemachern, Tänzerinnen und Intellektuellen die Karwoche verbringt. Dort wird dem charismatischen ukrainischen Dichter Bohdan-Ihor Antonytsch gehuldigt, dessen Geist dort umherschwebt. Andruchowysch hat einige Gedichte und Zitate aus Antonytsch's Werk eingeflochten, um so dem Geheimnis der *Zwölf Ringe*, der Frage, „wann zwei eins werden“ und der „Ewigkeit, dem Anfang und Ende in einem, Alpha und Omega“ auf die Spur zu kommen. Natürlich bleiben diese Rätsel auch seinem Helden Zumbrunnen letztlich verborgen. Er überlebt den Aufenthalt im „Wirtshaus auf dem Mond“ schlichtweg nicht, sondern entschwebt in die Lüfte und begibt sich auf eine Reise Richtung Mittel- und Westeuropa, um so ins „energetisch-elektrische Reich“ der „westlichen Zivilisation“ zurückzukehren.

Juri Andruchowysch bedient sich in seinem Roman eines magischen (Sur-)Realismus, in dem die traditionelle, auch folkloristische Ukraine mit dem gebrochenen Bild des heutigen postkommunistischen Landes zusammenfallen, ohne dass eine scharfe Trennlinie erkennbar wäre. Obwohl die postmodern stilistischen Brüche mitunter stark übertrieben wirken, überwiegt der Abwechslungs- und Einfallsreichtum in Andruchowysch's Roman.

Paweł Huelle. *Castorp*, C. H. Beck Verlag, München 2005, 252 S.

„Mit epischer Gewissenhaftigkeit könnten wir sie schlimmstenfalls als unpassend für unseren Helden bezeichnen, er jedoch war geneigt, diesen Augenblick seines Lebens als fatalen Knoten zu sehen, dessen Entwirrung die Möglichkeiten seines erschöpften Nervensystems überstieg. Und deshalb verfiel Hans Castorp in einen jener jugendlichen Zustände der Teilnahmslosigkeit...“

Der polnische Schriftsteller Paweł Huelle (geb. 1957 in Gdańsk/Danzig) muss nicht nur ein glühender Verehrer von Thomas Mann sein. Er muss auch ein Anhänger oder gar ein verhinderter Epigone der klassischen Moderne sein. Leider scheitert sein Ausflug in das Genre des Bildungsromans, und das nicht nur, weil der „Zauber“-berg nicht zu kopieren ist. Eine im Roman „Der Zauberberg“ auftauchende Passage nimmt Huelle zum Anlass, seinen Protagonisten Hans Castorp für einige Monate an die polnische Ostseeküste zu begleiten. Dort studiert der Hamburger einige Semester Schiffbau, fühlt sich leicht unwohl und planlos in dieser deutsch-polnischen Stadt, die



exemplarisch für die Ereignisse des 20. Jahrhunderts in Mitteleuropa steht und als *pars pro toto* für das schwierige deutsch-polnische Verhältnis stehen kann. Castorp gerät in leichte Gefühlsverwirrungen aufgrund der Zuneigung zu einer jungen Polin, die jedoch lieber mit einem russischen Offizier flirtet. In seinen Irrungen und Wirrungen gefangen nimmt er schließlich die Hilfe eines Psychologen in Anspruch und kehrt, gefühlsmäßig geläutert, nach Hamburg zurück. Die Gefühlswallungen Hans Castorps sind in den Beschreibungen Huelles so aufregend wie Spaziergänge bei Windstille an der Ostseeküste. Zum spannendsten Moment des Buches gerät ein Fahrradkauf. Das Chaos in seinem Gefühlsleben ist denkbar weit von der literarischen Tiefe des *Zauberbergs* entfernt. Hans Castorps harmloses Entrückt- und Verlorensein während seines Aufenthaltes in Danzig bleibt stets ungefährlich und belanglos.

Bedauerlicherweise ist Huelles Roman *Castorp* lediglich eine literarische Randbemerkung in postmodernen Zeiten. Es fehlt ihm gänzlich eigenes Profil im Sinne eines Entwurfs für einen Bildungsroman. Castorps persönliche Entwicklung in Danzig, bevor er später nach Davos geht, kommt altbacken und langatmig daher. Kleine Anflüge und gutgemeinte Absichten, das deutsch-polnische Verhältnis aus der Sicht Anfang des 20. Jahrhunderts stilistisch aufzuarbeiten, können das Unterfangen nicht retten. Das Wagnis, eine solch bekannte Romanfigur als Vorlage zu nehmen, ist wegen mangelnder Tiefenschärfe zum Scheitern verurteilt. Wohlklingende harmlose Andeutungen paaren sich mit einem altmodischen Erzählstil, indem der Autor kommentierend in das Handlungsgeschehen eingreift. Seine Abrechnung bzw. sein Abgesang an den deutschen Idealisten kommt reichlich naiv daher. *Castorp* ist unerfreulicherweise nicht gerade ein geeigneter Werbeträger zur Entdeckung moderner polnischer Literatur.

Rezeptionen

Ansichten. 16. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt. Harrassowitz-Verlag. Wiesbaden 2005, 282 S.

In diesem 16. Jahrbuch des DPI finden sich besonders in der Abteilung „Essay“ mehrere beeindruckende Texte. Ich denke hier in erster Linie an den einleitenden Artikel des Bremer Soziologen Zdzisław Krasnodębski, in dem der Autor im Zusammenhang mit der das Land seit mehreren Jahren erschütternden Rywin—Affäre die zwielichtige Rolle der „Gazeta Wyborcza“ und ihres Chefredakteurs, des einstigen Vorzeigeoppositionellen und Dissidenten, Adam Michnik beleuchtet. Dabei kommt der Autor zu dem düsteren, wenn auch durchaus begründeten Ergebnis, dass die Korruption von Beginn an integraler Bestandteil der nach der Wende der Jahre 1989/1990 entstandenen 3. Republik gewesen sei und die Gefahr bestehe, dass sie es auch in Zukunft bleiben könnte.

Mit dem „Vormarsch der Konservativen“ beschäftigt sich hingegen der bekannte Deutschland-Experte Adam Krzemiński, wobei er postuliert, dass Polen vor einem dramatischen Umbruch stehe: denn anders als von den Neokonservativen behauptet, gehe es im Jahre 16 nach der Wende nicht mehr um den einstigen Gegensatz zwischen Kommunisten und Solidarność-Anhängern, sondern um den Gegensatz zwischen Nutznießern und Verlierern der Transformation. Der Ausweg könne nur in einer beschleunigten Modernisierung des Landes bestehen, die aber angesichts einer angespannten Finanzlage und beachtlichen Defiziten in der Staatsverwaltung nur schwer zu realisieren sei. (S. 39-40)

Einer ganz anderen Thematik ist der Beitrag von Stephan Wackwitz, dem scheidenden Leiter des Krakauer Goethe-Instituts gewidmet, der sich mit dem pulsierenden Kulturleben Krakaus und ganz besonders mit dem Typ des „jungen polnischen Ironikers“ beschäftigt, den der Autor als apolitisch und als extrem selbstbezogen charakterisiert. Außerdem diskutiert Wackwitz angesichts entsprechender institutioneller Defizite die Frage, ob sich für Krakau das vom Goethe-Institut ins Leben gerufene „Kuratorenmodell“ als adäquate Kulturinstitution anbieten könnte.

Der einstigen Boom- und heutigen Problemregion Oberschlesien ist der Artikel des Publizisten Krzysztof Karwat gewidmet. In einem kurzen historischen Abriss erinnert Karwat daran, dass der schwierige ökonomische Transformationsprozess mit all seinen sozialen Verwerfungen das einstige Industrieviertel besonders hart getroffen habe. Auf der anderen Seite konzediert der Autor, dass sich die nach der Wendezeit deutlich abzeichnenden ethnischen Probleme zwischen Schlesiern, Polen und Deutschen in der Zwischenzeit weitgehend reduziert hätten. Allerdings – so Karwat – hätten die in den letzten Jahren problematischer gewordenen deutsch-polnischen Beziehungen auch in

ANSICHTEN

Jahrbuch des
Deutschen Polen-Instituts Darmstadt



Harrassowitz Verlag

16 · 2005

Essay

Krasnodębski:
Die Krise
der polnischen
Demokratie

Krzemiński:
Polens
Neokonservative
auf dem
Vormarsch

Gnaasek:
Das Deutsch-
landbild in den
polnischen
Medien

Wackwitz:
Krakau,
Rynek Główny
20

Literatur

Kapuciński, Hen
Kuczek, Dulaj
Harasymowicz

Chronik

Bibliographie

Oberschlesien verstärkt zu regionalen deutsch-polnischen Kontroversen beigetragen und alte Ressentiments wieder belebt.

Mit „Scherz und Ernst bei Witold Gombrowicz“ beschäftigt sich in seinem Beitrag der in der Schweiz lehrende Slawist Rolf Fieguth. Als Schriftsteller der Moderne und als atypischer Avantgardist begehrte Gombrowicz bekanntlich gegen die (polnische) Tradition auf und führte einen beharrlichen Krieg gegen Konventionen und überkommene Formen und Rituale. Gleichzeitig übte er scharfe Kritik an typisch polnischen Verhaltensmustern, karikierte sie erbarmungslos und sprach sich für eine explizit anti-historische Haltung aus, um die Polen „von sich selbst“ und ihrer fatalen Nationalgeschichte zu emanzipieren. Dabei dienten ihm Distanz, Ironie und Groteske sowie das Spiel mit Paradoxa und Ambivalenzen als literarische, aber auch diskursive Ausdrucksmittel, um quasi unumstößliche Gewissheiten und Autoritäten in Frage zu stellen. Dass Gombrowicz dabei auch einen tiefen philosophischen und universellen Anspruch hegte, ist in der einschlägigen Forschung unumstritten. Die Intensität und Tiefe der Texte Gombrowiczs ist also nicht – wie Fieguth abschließend ausführt – „erst in unseren Jahren uneingeschränkt zur Geltung gekommen“, sondern seit vielen Jahren Bestandteil der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Werk und Autor.

Mit einem etwas prosaischeren, wenn auch sehr wichtigen Thema, mit dem Deutschlandbild in den polnischen Medien nämlich, beschäftigt sich der als Korrespondent für die „Welt“ in Warschau lebende Publizist Gerhard Gnauck. Der Autor, der für seinen Artikel mehrere wissenschaftliche Untersuchungen und Umfrageergebnisse ausgewertet hat, kommt dabei zum Ergebnis, dass nach einer kurzen Periode, in der die problematischen historischen Implikationen der deutsch-polnischen Beziehungen gleichsam ausgeblendet blieben, nunmehr wieder die belastete Vergangenheit zwischen beiden Nationen weitaus stärker thematisiert werde. Dies ist ganz offensichtlich auch ein Ergebnis der in den letzten Jahren erbittert geführten deutsch-polnischen Debatten, etwa im Kontext mit der kontroversen Diskussion um den Standort für ein „Zentrum gegen Vertreibung“. Bezeichnender Weise lässt Gnauck in seinem Resümee die Frage nach der zukünftigen Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen offen. (S. 84)

Im Kapitel „Literatur“ haben wir es dann mit lesenswerten, zum Teil sehr unkonventionellen Texten von Ryszard Kapuściński, Józef Hen, Wojciech Kuczok sowie Jacek Dukaj zu tun. Das Werk des letzteren ist der Gattung Fantasy und Science Fiction zuzurechnen, die sich in Polen zunehmender Beliebtheit erfreut. Abgeschlossen wird dieses Kapitel mit Gedichten des bekannten, 1999 verstorbenen Lyrikers Jerzy Harasymowicz, die aus seinem Spätwerk stammen und von Alois Woldan ins Deutsche übertragen wurden.

Den aktuellen Entwicklungen in den polnischen Medien, im polnischen Theater und Film sowie in der Musik gehen im Kapitel „Chronik“ Anna Nasiłowska, Jacek Sieradzki, Adam Garbicz, Joanna Kiliszek sowie Andrzej Chłopecki nach. Abgeschlossen wird dieses informative und vielseitige 16. Jahrbuch des DPI wie gewöhnlich durch die von Manfred Mack und Piotr Buras zuverlässig zusammengestellten Bibliographien.

ZW

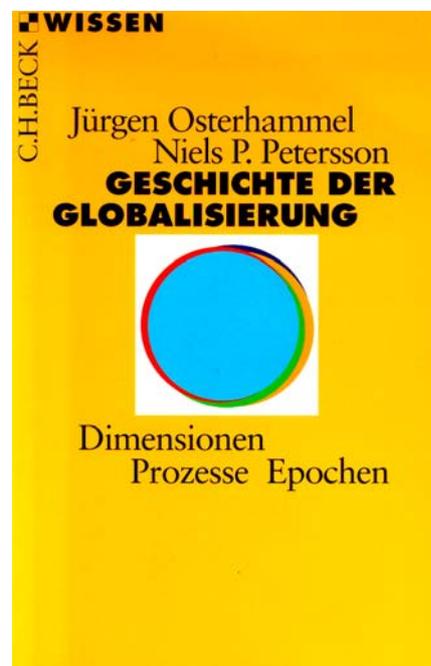
Jürgen Osterhammel, Niels P. Petersson: Geschichte der Globalisierung. Dimensionen Prozesse Epochen. C. H. Beck-Verlag 2003, 128 S.

Dieser in der „Beckschen Reihe Wissen“ erschienene schmale Band wurde von den Konstanzer Historikern Osterhammel und Petersson in sieben Abschnitte gegliedert, von denen die ersten beiden sowie das letzte Kapitel allgemeinen definitorischen sowie zusammenfassenden synthetischen Fragestellungen gewidmet sind. Geht es im ersten Kapitel um die „Umkreisung“ des Begriffs Globalisierung, also um die Festlegung seines Bedeutungskerns, so setzen sich die Autoren im zweiten Abschnitt mit den Dimensionen der Globalisierung (Weltsystem, Imperialismus, global history; Netzwerke und Internationalismus; Perioden) auseinander. Insgesamt ist man bis dahin bemüht, ein eigenes Konzept der „Globalisierung“ vorzulegen und nicht den vergeblichen Versuch zu unternehmen, danach zu fragen, wann die Globalisierung begonnen habe.

In diesem Kontext werden deshalb unterschiedliche Ansätze diskutiert, etwa Martin Albrows Konzept der „Globalität“ (Umweltfragen, Massenvernichtungsmittel, Kommunikationssysteme und Märkte) sowie Manuel Castells „Netzwerkgesellschaft“ (Horizontale Netzwerke von Wirtschaft und Politik). Daneben finden aber auch die Transformationstheoretiker (James N. Rosenau und Ian Clarke) Erwähnung, die in der Globalisierung ein Phänomen der jüngsten Vergangenheit erblicken. Besprochen wird auch der Ansatz von David Held, wonach Globalisierung ein nicht determinierter Prozess sei, der die bekannten Einrichtungen menschlicher Kollektivorganisationen wie Staaten, Unternehmen, Kirchen, Familie zwar nicht abschaffe, sie aber tiefgreifend umgestalte.

Die Autoren folgen keinem dieser durchaus gängigen Definitionsansätze oder Theoreme, vielmehr zerlegen sie den schillernden Begriff der Globalisierung in mehrere Teilaspekte. Dabei ist zu beachten, dass die Absage an die Vorstellung von einer klar abgegrenzten Gesellschaft (Container-Theorie) und die allmähliche Überwindung einer rein national orientierten Historiographie bereits Ende des 19. Jahrhunderts dazu führten, dass man sich mit der Geschichte der „Weltwirtschaft“, der Geschichte internationaler Beziehungen sowie der Geschichte von Imperialismus und Kolonialismus zu beschäftigen begann. Allerdings – so der zutreffende Kommentar von Osterhammel und Petersson - lasse sich keiner dieser Bereiche mit einer einzigen „großen Theorie globaler Veränderung“ identifizieren. Dafür seien die Ungleichzeitigkeiten zu groß, denn während die Globalisierung nur einen Teil der Globalgeschichte ausmache, habe zum Beispiel die Weltsystemanalyse (Immanuel Wallerstein) die Beschreibung wirklich globaler Verbindungen noch gar nicht erreicht.

Andererseits biete die Diskussion um Netzwerke und Interaktionsräume einen Hierarchien auflösenden Blick auf die Welt, was freilich zur Voraussetzung habe, dass weltweite Zusammenhänge zunächst auf der Ebene individuellen Handelns erforscht werden müssten. Dabei stelle das Netzwerk eine flexible, aber nicht besonders stabile Form sozialer Organisation dar. So bildete John W. Burton bereits Anfang der 70er Jahre auf



seiner Weltkarte nicht Territorien und Grenzen, sondern soziale Interaktionen als „Spinnennetzmodell“ ab.

Die Verdichtung dieser und ähnlicher Interaktionen bezeichnet man bekanntlich als Interaktionsräume, die ganze Kontinente und Ozeane umfassen können. So spricht man zum Beispiel von weltumspannenden wirtschaftlichen Interaktionsräumen. Allerdings unterscheiden sich Vernetzungen je nach ihrer Intensität und Geschwindigkeit sowie ihrer medialen Vermittlung, was bedeutet, dass durch regelmäßige Wiederholung einzelner Interaktionen ein stabiles Netz erwachsen kann. Ein solcher Begriff der Globalisierung (Aufbau, Verdichtung und zunehmende Bedeutung weltweiter Vernetzung) kann deshalb keine adäquate Zustandsbeschreibung der gegenwärtigen Welt liefern, sondern verweist lediglich auf die Geschichte weltweiter Verflechtungen, auf deren Aufbau und Erosion, auf deren Intensität und Auswirkungen.

Im Abschnitt über die Periodisierung der Globalisierung betonen die Autoren zunächst deren Relativität, und zeigen dann auf, dass vormoderne Gesellschaften sich nicht ausschließlich kleinräumig organisierten. Den Beginn einer irreversiblen weltweiten Vernetzung legen sie auf die Zeit um 1500 fest (Aufbau der portugiesischen und spanischen Kolonialreiche). Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts sei eine starke multilaterale Interdependenz entstanden, die den direkten Kontakt Europas mit Afrika, Amerika und Asien brachte. Zwischen 1750 und 1880 lasse sich der Aufbau bis dahin unbekannter weltwirtschaftlicher Verflechtungen periodisieren, was mit dem sich dann durchsetzenden Freihandel und dem Export europäischer Institutionen verbunden war. Nach 1880 setzte eine deutliche Politisierung der Globalisierung ein. Weltwirtschaft und Weltpolitik wurden zu Funktionen nationaler Macht erklärt, was Konflikte zwischen „Weltmächten“ auslöste und in der Periode wirtschaftlicher Entglobalisierung zu Weltkrisen und Weltkriegen führte.

Nach 1945 habe sich die Periode zweier konkurrierender Machtblöcke angeschlossen, die beide für sich beanspruchten, eine jeweils bessere Weltordnung aufbauen zu können. Es entstanden einerseits Strukturen, wie sich auch für die gegenwärtige Globalisierung typisch sind (Dekolonisation, multinationale Konzerne, Entwicklungspolitik), andererseits musste sich die Welt im globalen Rahmen zusehends stärker als Gefahrengemeinschaft verstehen (Umweltprobleme, nukleare Vernichtungspotenziale). Die Autoren lassen offen, wann diese Periode enden könnte, ihre Darstellung schließt mit den 70er Jahren ab. Allerdings – so ihre plausible Bewertung des Endes des bipolaren Systems – bedeutete der Zusammenbruch des Sowjetblocks (1989-1991) nicht das Entstehen einer neuen Welt, da er selbst auf die Globalisierungsprozesse der 70er Jahre zurückzuführen war.

Für die Jahrtausendwende und das anbrechende 21. Jahrhundert seien aus zeitgenössischer Perspektive sechs Punkte von großer Bedeutung:

1. Die in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts erfolgende Erosion des Sowjetblocks, die den Untergang des bipolaren Systems brachte.
2. Die Krise des Versorgungsstaates mit der Liberalisierung der Märkte, die mit der Privatisierung öffentlicher Aufgaben im gleichen Zeitraum dafür sorgte, dass globale Interaktionsräume entstanden, die staatlich immer weniger kontrolliert werden.

3. Der verstärkte internationale Austausch, der für eine Verdichtung der internationalen Handels- und Finanzbeziehungen sorgte. Es entstanden transnationale Unternehmungen, die sich kaum noch national verorten lassen.
4. Die enormen Fortschritte in der Kommunikations- und Datenverarbeitungstechnologie, die Voraussetzungen für den Aufbau globaler Finanzmärkte schufen.
5. Das verstärkte Denken in globalen Zusammenhängen, das auf den zunehmenden Einsatz elektronischer Medien zurückzuführen ist, der eine Popularisierung und stärkere Reflexivität des Globalen bewirkte.
6. Die Förderung nicht nur legaler, sondern auch illegaler Transfers (Drogenhandel, Geldwäsche, Menschenhandel), die durch die verdichtete weltweite Vernetzung gefördert wurde.

Trotz dieser einschneidenden Veränderungen erblicken die Autoren im ausgehenden 20. Jahrhundert nicht die Zäsur für den Beginn eines neuen Zeitalters der Globalisierung. Als wesentlich einschneidender erwiesen sich nämlich die Schwelle der frühen Neuzeit (Entdeckungen, Sklavenhandel) sowie das 19. Jahrhundert mit der Industrialisierung. Auch sei die ökonomische Verflechtungsdichte von 1913 erst in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts erreicht worden. Darüber hinaus gebe es heute noch – man denke nur an Afrika – weiße Flecken auf der Landkarte der Globalisierung. Nicht absehbar sei - trotz aller gegensätzlicher Prognosen - auch das Ende des Nationalstaats. Auch könne Globalisierung nicht einseitig als Geschichte vom „Aufstieg des Westens“ erklärt werden, da es immer wieder Prozesse kreativer Aneignung (Modifikation der Übertragung) gegeben habe. Und trotz aller Mobilität (zunehmende Grenzüberschreitungen und Abwanderungen) bleibe Lokalität weiterhin Schicksal.

Schließlich wird festgestellt, dass der Begriff der Globalisierung schon allein deshalb nicht leicht zu fassen sei, weil sich in der Geschichte der Neuzeit schon immer die Gleichzeitigkeit von ökonomischer Verflechtung und politischer De-Globalisierung beobachten ließ. Einen ganz ähnlichen Zielkonflikt verkörpere die Politik der Vereinten Nationen, die einerseits durch das Prinzip der Nichtintervention die Existenz der Nationalstaaten verteidige, andererseits durch institutionalisierte Werte die nationale Souveränität in Frage stelle. Insofern ist den Autoren ausdrücklich zuzustimmen, wen sie zu folgendem Fazit kommen:

„`Globalisierung` hat einen Sinn als Sammelbegriff für konkret beschreibbare Strukturen und Interaktionen mit planetarischer Reichweite. Hingegen geht es nicht um einen autonomen Prozeß, der als unaufhaltsame historische Bewegung und unabweisbarer politischer Sachzwang daherkommt. Gerade bei einem solch umfassenden Begriff muß man sich vor `Verdinglichung` hüten und immer wieder darauf beharren, dass auch die großen Makroprozesse Resultate individuellen oder kollektiven Handelns sind.“ (S. 112)

ZW

Manfred Mayer (Hg.): Der Weg nach Auschwitz. Mit 170 meist unveröffentlichten Bilddokumenten aus der Sammlung Wolfgang Haney. Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn, München, Wien 2005, 268 S.



„Diese deutsch-polnische Ausstellung ist keine im herkömmlichen Sinn, sondern trägt eine pädagogisch-didaktische, bildungspolitische Botschaft – und nimmt die nachwachsende Generation in die Pflicht. Nur wer seine Vergangenheit kennt, kann auch auf die Zukunft Einfluss nehmen; im Sinne einer guten deutsch-polnischen Nachbarschaft in einem zusammenwachsenden Europa.“

Dieser Leitsatz aus dem Geleitwort von Roman Herzog fasst präzise zusammen, worin der Anspruch dieser mit Unterstützung des Bundesarchivs gestalteten Ausstellung besteht, die auf der Grundlage der einzigartigen Privatsammlung von Wolfgang Haney zusammengestellt wurde.

Der zu dieser Ausstellung aufwändig und professionell gestaltete Band besteht aus sechs Kapiteln, in denen sich ausgewiesene

deutsche und polnische Experten im ersten Kapitel zunächst mit den Themen Antisemitismus, Rassenideologie und Vernichtungskrieg beschäftigen.

In einem ersten kurzen Beitrag beschreibt der deutsche Historiker Bernhard Chiari den Charakter der deutschen Besatzungspolitik in Polen, wobei er nicht nur den brutalen Alltag im Generalgouvernement schildert, sondern auch auf unterschiedliche Formen des polnischen Widerstands eingeht. Einen Schwerpunkt stellt dabei die konzise Beschreibung der politischen Rahmenbedingungen des Warschauer Aufstands (1944) dar, der in der polnischen Gedächtniskultur – im Gegensatz zur deutschen – eine so herausragende Rolle spielt.

Mit der Umsetzung der NS-Rassenideologie im besetzten Polen zwischen 1939 und 1945 beschäftigt sich die deutsche Juristin Dietmut Majer. Die Autorin zeigt auf, dass es sich bei der deutschen Besatzungspolitik um eine außerordentlich brutale Okkupation handelte, die die rigorose Ausbeutung des Landes und seiner Bewohner zum Ziele hatte. Die Schäden dieser rigiden „Kolonialpolitik“ seien für die polnische Gesellschaft sowie für die einzelnen Betroffenen bis heute noch immer nicht abzuschätzen.

Die Sicherheitspolizei und der SD als Organe der NS-Herrschaft in Polen stehen im Mittelpunkt des Beitrags des ehemaligen Archivdirektors Heinz Boberach. Verhaftung, Vertreibung und Ermordung von Polen und Juden begannen sofort nach Besetzung des Landes durch die deutsche Wehrmacht. Allerdings betont der Autor, dass die brachialen deutsche Gewaltmaßnahmen, die den polnischen Widerstand brechen sollten, auch von gewöhnlichen deutschen Polizeiabteilungen durchgeführt wurden.

Der polnische Zeithistoriker Jerzy W. Borejsza setzt sich in seinem Beitrag mit den Triebfedern der deutschen Aggression auseinander: Antisemitismus, Antislawismus und Antipolonismus. Der Autor stellt fest, dass die Nazis in der Lage waren, bei der deutschen Bevölkerung lang gehegte, tief sitzende Vorurteile gegen Juden und Slawen für ihre radikale rassistische Ideologie zu instrumentalisieren. Im Rahmen der ideologischen

und kriegerischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion wurden außer den Juden und Polen auch Bolschewisten und Russen zu Todfeinden des Dritten Reichs erklärt.

Mit dem Antisemitismus in Polen am Ende der 30er Jahre und während des Holocaust beschäftigt sich der polnische Germanist Karol Sauerland. Der Autor erläutert, dass der Antisemitismus in Polen erst nach dem Tode Piłsudskis (1935) erheblich zunahm. Dies fand in der restriktiven Behandlung der jüdischen Minderheit seinen Ausdruck. Auch hebt Sauerland hervor, dass angesichts der tödlichen Bedrohung durch die deutsche Okkupation eine polnisch-jüdische politische Kooperation und militärische Zusammenarbeit erst 1942 realisiert wurde, als das „Komitee zur Hilfe für die Juden“ (Żegota) entstand, das von der polnischen Exilregierung in London unterstützt wurde und Tausenden Juden das Leben rettete.

Das zweite Kapitel „Massenmord“ wird durch einen Artikel der Historikerin Karin Orth eingeleitet, in dem sich die Autorin mit der Genese und Struktur nationalsozialistischer Konzentrationslager auseinandersetzt. Dabei verdeutlicht sie, dass es seit 1942 zu einer Verbindung von Vernichtungs- und Arbeitslagern kam. Aufgrund neuester Forschungen könne die Zahl der darin ermordeten Menschen (unter Einbeziehung der jüdischen Häftlinge von Majdanek und Auschwitz) auf 1,8 bis zwei Millionen beziffert werden. Allerdings könne diese Zahl auch höher liegen, da in vielen Fällen keine Registrierung der Opfer vorgenommen wurde.

Euthanasie-Verbrechen in Südwestdeutschland (Grafeneck) behandelt der Leiter der Gedenkstätte Grafeneck, Thomas Stöckle. Zwischen dem 18. Januar und dem 13. Dezember 1940 wurden in Grafeneck 10.654 Behinderte durch Gas ermordet. Dadurch – so der Autor – gebe es sowohl hinsichtlich der Tötungstechnik als auch im Hinblick auf das Personal einen direkten Zusammenhang zwischen den Verbrechen der Euthanasie und der „Endlösung der Judenfrage“.

Der Vorsitzende Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, geht in seinem mit aufschlussreichen Bilddokumenten versehenen Beitrag auf den Völkermord an den Sinti und Roma im besetzten Polen ein. Die ersten deutschen Sinti wurden im Mai 1940 ins Generalgouvernement deportiert. Ab Februar 1943 entstand in Auschwitz-Birkenau das sog. „Zigeunerlager“, dessen endgültige Auflösung nach zuvor erfolgreichem Widerstand der Insassen am 2. und 3. August 1944 erfolgte. Während arbeitsfähige Häftlinge in Konzentrationslager im deutschen Reich deportiert wurden, vergaste man etwa 2.900 alte und kranke Menschen, Mütter und Kinder. Mit Recht hebt Rose hervor, dass die Erinnerung an die europaweit etwa 500.000 Sinti und Roma, die zu Opfern des NS-Rassenwahns wurden, über Jahrzehnte aus dem offiziellen deutschen und europäischen Gedenken ausgeschlossen blieb. Angesichts der weiterhin anhaltenden Diskriminierung der Sinti und Roma in weiten Teilen Europas scheint das Wachhalten der Erinnerung deshalb nicht nur eine moralische Notwendigkeit, sondern auch ein Gebot politischer Vernunft zu sein.

Mit der Wannsee-Konferenz in ihrem historischen Kontext beschäftigt sich der Beitrag des Direktors der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin, Norbert Kampe. Die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 steht für die Initiierung eines mit enormem bürokratischem Aufwand geplanten und durchgeführten Völkermordes, bei dem es um die Deportation von ca. elf Millionen Menschen ging. Nach dieser

Konferenz ging man von der bis dahin praktizierten Methode des Massenmordes gezielt zum Völkermord am europäischen Judentum über. Insofern kommt ihr in der Tat eine einzigartige historische Bedeutung zu.

Der Historiker Dieter Pohl beleuchtet in seinem Aufsatz die Genese des Massenmords in Auschwitz, dessen erste Opfer bis Frühjahr 1942 Polen und auch Rotarmisten waren. Ab dem Frühjahr 1942 kamen dann die zahllosen Transporte mit Juden aus ganz Europa nach Auschwitz, das damit zum größten Vernichtungslager Europas wurde. Außer den Juden Europas, bei weitem die größte Zahl an Opfern, wurden in Auschwitz neben den bereits erwähnten polnischen und russischen Häftlingen auch Sinti und Roma ermordet. Man geht heute davon aus, dass alleine im Vernichtungslager Auschwitz ca. eine Million Menschen umgebracht wurden.

Das dritte Kapitel „Erinnerungen“ wird durch den Beitrag von Władysław Bartoszewski, dem einstigen Widerstandskämpfer, Auschwitz-Häftling, Historiker und ehemaligen Außenminister der Republik Polen, eröffnet, in dem der Autor vor dem Hintergrund der deutschen (kollektiven) Schuld-, Verantwortungs- und Schamdiskussion hervorhebt, dass man zwischen denjenigen Deutschen zu unterscheiden habe, die dem Regime aktiv dienten sowie jenen, die dies nicht taten. Insofern spricht sich Bartoszewski eindeutig für Differenzierung und gegen Generalisierung aus. Auschwitz verpflichte dazu, die neuen Generationen aller Völker zur Achtung vor der Würde des Menschen zu erziehen und sie zu ermutigen, entschlossen gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile einzuschreiten.

John M. Steiner, emeritierter Professor an der Sonoma State University und einstiger Auschwitz-Häftling, berichtet über eine Begegnung mit Albert Speer, die im Juni 1971 in Speers Haus in Heidelberg stattfand. Während dieses Gesprächs kam Steiner zu der erschreckenden Erkenntnis, dass er selbst unter entsprechenden Bedingungen auch zum Täter hätte werden können. Die Analyse des Autors, ob und was die gesamte Menschheit nach Auschwitz gelernt habe, fällt dem gemäß skeptisch aus. Dennoch seien die Überlebenden von Auschwitz verpflichtet, Zeugnis abzulegen, da sie selbst die furchtbare Verantwortung trügen, den Holocaust überlebt zu haben.

Mit der öffentlichen polnischen Debatte über Auschwitz in den Jahren 1945 bis 1948 beschäftigt sich der polnische Zeithistoriker Edmund Dmitrów zu Beginn des vierten Kapitels, das den programmatischen Titel „Formen der Aufarbeitung und Bewältigung“ trägt. Der Autor stellt fest, dass in der öffentlichen Debatte zum Thema der deutschen Okkupation in Polen in den Jahren 1945 bis 1948 die Suche nach der „Wahrheit über Auschwitz“ dominierte. Dabei setzte sich ein martyrologischer Typ der publizistischen und künstlerischen Behandlung dieses Themas durch. Dieses Schema wurde allerdings von Autoren aus der jüngeren Generation, wie Tadeusz Borowski, der selbst Auschwitz-Häftling gewesen war, durchbrochen. Die gängige und entschiedene Trennung und Zuordnung von Gut und Böse, von Opfern und Tätern wurde relativiert, die (literarische) Verurteilung der Schuldigen erfolgte nunmehr dadurch, dass man sie durch das Prisma des moralischen Niedergangs ihrer Opfer darstellte. Hieraus resultierten erbitterte, öffentlich ausgetragene Kontroversen, die den Auschwitz-Diskurs entschieden bereicherten.

Dem juristischen Umgang mit dem Holocaust in Deutschland widmet sich der ehemalige Leiter der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung der NS-Gewalttaten“ Wilhelm Dressen. Die „Zentrale Stelle“ wurde im Dezember 1958 in Ludwigsburg gegründet. Ihre Existenz stieß auf massive Vorbehalte in der deutschen Bevölkerung, die sich in ihrer großen Mehrheit ausschließlich als Opfer des Zweiten Weltkriegs betrachtete. Da die „Zentrale Stelle“ nur Vorermittlungen führen durfte, hatte sie keinen direkten Einfluss auf die Handhabung der einzelnen Fälle. Der Autor berichtet über die tiefe Verstrickung von Wehrmacht und Polizei hinsichtlich der von der SIPO und dem SD begangenen Verbrechen, auch relativiert er die über lange Zeit gängige Legende vom „Befehlsnotstand“. Von insgesamt 106.000 Verdächtigten und Beschuldigten wurden schlussendlich nur 6.500 rechtskräftig verurteilt. Vielen Kriegsverbrechern gelang die Flucht nach Übersee. Besonderer Privilegien erfreuten sich die Angehörigen der NS-Justiz, die gewöhnlich nahtlos in den Justizapparat der Bundesrepublik übernommen wurden und aufgrund der sog. Rechtsbeugeproblematik in der Regel nicht belangt wurden. Insofern habe die deutsche Justiz bei der Verbrechenaufklärung zwar gute Arbeit geleistet, allerdings – so Dressen – bleibe ein Gefühl der Ohnmacht, der Empörung und schließlich der Resignation zurück, da zahlreiche Mörder und Mordgehilfen nicht verurteilt wurden.

Irmtrud Wojak, stellvertretende Direktorin des „Fritz Bauer Instituts, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust“, stellt in ihrem Beitrag die historischen und politischen Folgen des zwischen 1963 und 1965 in Frankfurt a. M. durchgeführten Auschwitz-Prozesses dar. Im Mittelpunkt steht dabei die Person des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer (1903-1968), auf dessen energisches Betreiben hin der Prozess überhaupt zustande kam. Dabei ging es Bauer in erster Linie darum, dem Prozess eine moralisch-erzieherische Dimension zu verleihen. Trotz der sehr milden Strafen und zahlreicher Freisprüche, den meisten Angeklagten wurde nur gemeinschaftliche Beihilfe zu gemeinschaftlichem Mord vorgeworfen, erwies sich der Auschwitz-Prozess doch als gesellschaftspolitisch wichtiges und Bewusstsein prägendes Ereignis, da er – so die sehr berechtigte Einschätzung der Autorin - der deutschen Bevölkerung „den Ablauf des Völkermords an den europäischen Juden in allen schrecklichen Details“ vor Augen führte. (S.109)

Mit dem Thema der Ermordung des europäischen Judentums im Kontext der NS-Rassepolitik und der Frage der Umsetzung neuer Forschungsergebnisse im Geschichtsunterricht beschäftigt sich der Beitrag des Studienrats Markus Bultmann. Die von den Nazis umgesetzte Rassepolitik erwies sich in Europa als Hauptdeterminante des Geschehens in den Jahren 1933 bis 1945. Ihre logische Konsequenz war der Holocaust. Insofern sei beunruhigend – so die Ausgangsthese des Autors -, dass die Rassepolitik der deutschen Nationalsozialisten im Geschichtsunterricht deutscher Schulen weiterhin nur marginal behandelt werde. Unter Einbeziehung neuester Forschungsergebnisse bemüht sich Bultmann deshalb um eine Didaktisierung zentraler Fragestellungen aus diesem Komplex und macht auch ganz konkrete Themen- und Arbeitsvorschläge. Die von ihm erarbeiteten Tabellen und Übersichten (S. 114-119) scheinen mir auch für die außerschulische politische Bildungsarbeit hervorragend geeignet zu sein.

Mit der Behandlung einiger zentraler Aspekte der NS-Zeit im gymnasialen Geschichtsunterricht setzt sich auch der Studiendirektor a.D. Roland Oberland auseinander. Angesichts der Tatsache, dass das Thema Drittes Reich bei Schülerinnen und Schülern der 9. und 10. Klasse häufig Unlust hervorrufe, geht der Autor davon aus, dass es im Geschichtsunterricht nur wenig Sinn mache, sich dem Thema ideologisch oder politologisch anzunähern, um etwa political correctness zu fördern. Den Lehrenden sollte vielmehr daran liegen, dass sich die Lernenden eine eigene Meinung bilden können. Die Erläuterung der historischen Zusammenhänge könne dabei durch den Einsatz entsprechend geeigneter Quellentexte, die einen situativen und verhaltensorientierten Charakter haben sollten, ergänzt werden. Der Autor schlägt in diesem Zusammenhang eine ganze Palette erprobter Quellentexte vor, mit der die sehr unterschiedlichen Optiken des Normalbürgers, des „nicht mehr normalen Zeitzeugen“, des Lagerhäftlings und Lagerverwalters sowie des Widerstandskämpfers im Unterricht erschlossen und interpretiert werden können.

Der Grafiker Peter Gautel liefert in seinem Beitrag schließlich einen kurzen Abriss über die polnische Plakatkunst nach 1945. Im sozialistischen Polen erreichte die Plakatkunst bekanntlich einen hohen, auch im westlichen Ausland geschätzten Standard. Den polnischen Künstlern gelang es auch sehr bald, den westlichen Kulturmarkt für ihre Werke zu interessieren und zu begeistern.

Im Jahrbuch der Plakatkunst „Graphis Posters“ aus dem Jahre 1977 stammen über 50 der darin veröffentlichten Plakate von polnischen Künstlern. Die polnische Plakatkunst habe auch die politische Wende des Jahres 1989 glücklich überlebt. Ein schlagender Beweis hierfür sei die 2003 in Nürnberg präsentierte Ausstellung „Plakatkunst aus Krakau“. Dabei nehmen die zum Teil sehr bekannten Plakate gegen den Krieg, für den Frieden sowie Erinnerungsplakate an Konzentrationslager und Judenmord sicherlich eine Sonderstellung ein. Eine Auswahl dieser interessanten Kunstwerke illustriert den Artikel von Gautel (S. 130-133) und trägt dadurch zu einer beeindruckenden Veranschaulichung bei.

Im fünften Kapitel geht es schließlich um die Genese und das Konzept der Ausstellung. Im Mittelpunkt dieser Texte steht Wolfgang Haney, der selbst über seine Sammelleidenschaft Auskunft gibt und erläutert, wie er sich nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund der traumatischen Lage seiner Familie (seine Mutter war Jüdin) dem Sammeln von Holocaust-Unterlagen und –Gegenständen verschrieb. So wurde das Thema der Judenverfolgung angesichts in Konzentrationslagern und Gettos ermordeter Familienangehöriger zu einem ganz persönlichen Anliegen.

Im einem Porträt des Sammlers Wolfgang Haney hebt der Herausgeber Manfred Mayer die Einzigartigkeit der Sammlung (7.000 Objekte, die im In- und Ausland ausgestellt werden) hervor, und unterstreicht ebenfalls, dass es Haney in erster Linie darum gehe, seine Exponate unter die Menschen zu bringen und aufzuklären. Allerdings sei sich der passionierte Sammler – ähnlich wie seine Ehefrau – bewusst, dass die Geschichtswissenschaft und selbst sehr anschauliche Versuche ihrer Vermittlung auf Grenzen stoße, denn die Angst, die man als Verfolgter des Dritten Reiches gehabt habe, sei kaum vermittelbar.

Peter Gaugel charakterisiert die Sammlung Haney als „Sammelsurium“ und hebt gleichzeitig hervor, dass sich gerade deswegen auch die Chance ergebe, Zusammenhänge aufzuzeigen, die bis dato so noch nicht dargestellt wurden. Ziel der Ausstellung sei es nicht, wortreich zu belehren, sondern die Dokumente für sich sprechen zu lassen.

Hieran schließt sich die von Manfred Mayer betreute Dokumentation der Exponate an, die auf 27 Schautafeln verteilt wurden. Sie weist folgende Struktur auf:

Abteilung I „Polen unterm Hakenkreuz“ gliedert sich in die Unterabteilung „Anordnungen und Bekanntmachungen der deutschen Besatzungsmacht“ [a) Polen deutsches Reichsgebiet, b) Rekrutierung der Volksdeutschen, c) Repressionen].

Abteilung II „Antisemitisches Vorgehen der deutschen Besatzungsmacht in Polen“ besteht aus der Unterabteilung „Anordnungen und Aktionen der deutschen Besatzungsmacht [a) Registrierung, b) Stigmatisierung, c) Diskriminierung, Diffamierung, Enteignung und Gettoisierung, d) Vernichtung] sowie aus der Unterabteilung „Karikaturen“ [a) Eine frühe Karikatur, b) Stalin und die Juden, c) Der Jude als Krankheitserreger].

Abteilung III „Leben und Sterben in Auschwitz“ gliedert sich in die beiden Abschnitte „Leben in Auschwitz“ [a) Der Weg ins KZ, b) Ankunft und Einlieferung, c) KZ-Kleidung, d) Vorgaben und einschränkende Maßnahmen für das Leben in Auschwitz, e) Alltag, f) Geld, g) Postkarten aus Auschwitz, h) Briefe aus Auschwitz, i) Karten und Briefe nach Auschwitz) j) Blockschreiber, k) Kunstmaler, l) Was die Zensur passierte, m) Eingriffe der Zensur] und „Sterben in Auschwitz“ [a) Aufnahme ins Krankenlager, b) Zynismen, c) Einzelschicksale, d) Mordbeweise, e) Die Täter, f) Das Ende des KZ Auschwitz, g) Ein Überlebender]

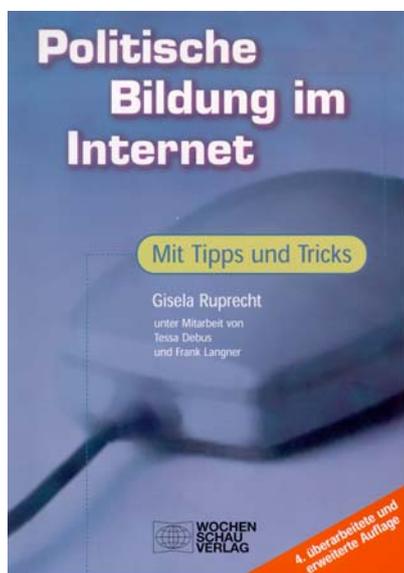
In Abteilung IV werden einige Aspekte des Umgangs mit dem Holocaust nach 1945 dokumentiert. Die einzige Einheit unter dem Titel Auschwitz gliedert sich in a) Prozess gegen den Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß, b) Gedenken an Einzelpersonen (Maximilian Kolbe, Edith Stein), c) Gedenken philatelistisch, d) Gedenken in Medaillen- und Plakettenform, e) Plakate.

Dieser kurze Überblick über Aufbau und Inhalte der Ausstellung verdeutlicht, dass sie sich ähnlich wie das vorliegende Buch zur Ausstellung hervorragend für didaktische Zwecke eignet. Dokumente, Fotografien und Karikaturen sind sorgfältig ausgewählt und für die Präsentation vorbereitet worden. Die Konzentration auf den Lageralltag und einige wenige Einzelschicksale hinterlässt beim Betrachter Betroffenheit. Die Dokumentation zu den Ausstellungsobjekten fällt sehr informativ, aber auch erfreulich knapp aus, so dass einem Betrachter genügend Freiraum bleibt, die Objekte auf sich wirken zu lassen.

Nimmt man die im ersten Teil dieser Rezension besprochenen Expertenartikel hinzu, so haben wir es mit einer erstrangigen Veröffentlichung zu tun, der man eine möglichst weite Verbreitung – vor allem in Schulen und Institutionen der Weiterbildung – wünschen darf.

ZW

Gisela Ruprecht (Hg): Politische Bildung im Internet. Wochenschau Verlag Schwalbach.



In sieben Kapiteln unterteilt liegt die nun mittlerweile vierte Auflage dieses Buches vor. Im ersten Kapitel beschreibt Gisela Ruprecht die Möglichkeiten, die das Internet im Allgemeinen bietet. Wer sich auf dem Gebiet des Internets als Neuling versteht, findet in diesem Kapitel alles, was man rund um die technischen Begriffe wissen muss und welche Möglichkeiten das Netz bietet.

Im Anschluss an die Begriffe geht die Autorin kurz auf ein paar Kritikpunkte ein, die das Internet nach sich zieht. Was aber in der Ausführung sicher nicht vollständig genug ist.

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Informationsbeschaffung zu Politik und politischer Bildung. Die Autorin geht von der Erkenntnis aus, dass ausführliche Informationen zu Politik und politischer Bildung ein Nischendasein im Internet darstellen. Dieses Kapitel hält einige Links zur politischen Bildung bereit. Zum Teil sind diese Links kommentiert, aber wer hier auf eine Bewertung hofft, wird enttäuscht. Für den Einstieg einer

eigenen Recherche - ohne sich einer Suchmaschine bedienen zu müssen - eignet sie sich aber gut. Weiter beschreibt die Autorin in diesem Kapitel die Arbeitsweise von Suchmaschinen und gibt Tipps für deren Nutzung.

Einen Streifzug durch die Entstehungsgeschichte bietet unter anderem das dritte Kapitel. Hier geht sie auch kurz auf die Nutzerzahlen im europäischen Vergleich ein, doch leider sind diese Zahlen nicht mehr aktuell, weil sie aus dem Jahre 2001 stammen.

Mehr Demokratie durch das Netz? Das ist die Frage, mit der sich Gisela Ruprecht im vierten Kapitel beschäftigt. Mit einigen Beispielen aus anderen Ländern wie China, den Niederlanden oder den USA versucht die Autorin anhand von Tatsachen die Schwierigkeiten und auch die Möglichkeiten des Internets zu erklären. Das Beispiel zur bürgernahen Politik, das in Kapitel 1 schon auftaucht, wiederholt sie in Kapitel 4 noch einmal. Die Statistiken in Kapitel 7 zum Thema Internet in der Schule sind aus dem Jahre 2000. Für die Aktualität dieser Auflage spricht das wohl kaum. Für die eigene weitere Recherche sind die angeführten Modellprojekte von Interesse. Als praktisch erweisen sich die Linkhinweise am Seitenrand, die zur eigenen Recherche einladen. Als Linksammlung und für technisches Grundwissen für den Laien ist das Buch sicherlich zu empfehlen. Wer nach didaktischen Konzepten sucht, wird allerdings nicht fündig.

Stem

